

Preussische Allgemeine



Nr. 15 · 12. April 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Kinder auf Bestellung

Hintergründe und Abgründe des globalen Geschäfts mit der Leihmutterschaft Seite 3



Interview Nancy Faesers zweierlei Umgang mit Extremismus Seite 8



Geschichte Vor 75 Jahren trat der Republic of Ireland Act in Kraft Seite 10

VON WERNER J. PATZELT

Lange Zeit war es wirklich schön, ein FDPler zu sein. In der alten Bundesrepublik regierte man fast immer mit, zuerst mit der Union, später mit der SPD, schließlich mit Helmut Kohl. Auch als die zwei einst „großen Volksparteien“ wegen des Aufkommens der Grünen und dann auch noch der AfD zu Schatten ihrer selbst geworden waren, profitierte die FDP weiterhin. Denn wo Union und SPD sich zum Regieren meist auf Dreierbündnisse einlassen müssen, kann man die FDP gut gebrauchen.

Doch das Mitregieren wird dann anstrengend. In der gegenwärtigen Bundesregierung zeitigen Versuche zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen unseres Sozialstaates Konflikte mit sozialdemokratischen Ausbauwünschen und grünen Transformationsvisionen. Und darüber, ob man dem Bürger mehr Geld lassen oder die Steuern erhöhen oder die Schuldenbremse lockern sollte, zerstreitet sich die FDP mit beiden Partnern.

Doch bei den derzeitigen FDP-Problemen geht es nicht nur um „die Sache“ oder um Taktik. Es geht schlicht um die Parteixistenz. 1969 führte der Wechsel von der Union zur SPD die Liberalen zu großen Mitgliederverlusten. Ebenso war es 1982 beim Schritt an die Seite Helmut Kohls. Wechsel oder gar Brüche einer Koalition sind für die FDP schlicht lebensgefährlich. Für praktizierte Koalitionstreue gilt das aber auch. Am Ende der zunächst so „natürlich“ anmutenden Koalition mit Angela Merkel flog die FDP aus dem Bundestag. Ähnliches widerfährt ihr immer wieder bei Landtagswahlen. Verließe die FDP nun die Ampelregierung, wäre das vielleicht sogar ein Sprung ins politische Nichts. Anders als 1982 könnte nämlich keine starke Union mehr die FDP auffangen. Bei Neuwahlen im Herbst drohte gar ein Zerschellen an der Sperrklausel.

Und eine Regierungsbildung nach Koalitionsbruch ohne Neuwahlen? Könnte da

Für die FDP stellt sich wieder einmal die Existenzfrage

Sollen die Liberalen die Koalition verlassen oder ihren derzeitigen „Opfergang“ fortsetzen? Wie ginge es dann weiter – und welche Folgen hätte dies für die FDP?

ernstlich „Jamaika“ zum Notnagel werden – ausgerechnet nach koalitionszermürbendem Streit mit den Grünen? Oder will jemand hoffen, nach einem „Ende mit Schrecken“ werde sich die „Ampel“ mit veränderter Vertragsgrundlage neu zusammensetzen? Eher geht es dann weiter ohne die FDP – oder, falls die Reißleine von den Grünen gezogen würde – ohne die Vizekanzler-Partei.

Verschiedene Szenarien

In beiden Fällen könnte der SPD-Kanzler zwar eine Minderheitsregierung anführen. Gesetzgeberisch wäre die aber kaltgestellt. Und ohne Etat bliebe sie auf die „vorläufige Haushaltsführung“ angewiesen, in deren Rahmen sich monatlich ein Zwölftel des Vorjahresetats ausgeben lässt. Durchhalten kann man das allenfalls, wenn auf politische Gestalten verzichtet wird. Das würden sich viele Deutsche nach den törichten Amplexperimenten mit Heizgesetz, Kindergrundsicherung und Cannabisfreigabe wohl sogar wünschen. Doch mit Russlands Krieg in der Ukraine müsste man trotzdem umgehen, auch zur defensiven Kriegstauglichkeit der NATO beitragen, desgleichen Deutschlands schwächelnde Wirtschaft stärken. Mit einer Minderheitsregierung könnte man, ganz im Wortsinn, dabei „nicht viel Staat machen“. Also bräuchte es Neuwahlen.

Wie bekäme man die? Im für die FDP wohl weisesten Fall würde deren Führung

den Kanzler bei einem Gesetzesvorhaben so provozieren, dass diesem wenig anderes übrigbliebe, als die FDP-Minister zu entlassen. So hielt es einst Helmut Schmidt. Verkaufen könnten die Liberalen das mit einem Slogan folgender Art: „Die FDP geht voll ins Risiko, wenn Deutschlands Zukunft auf dem Spiel steht!“

Falls anschließend nicht die Union in eine SPD-geführte Koalition eintritt, oder wenn die SPD nicht einen CDU-Politiker zum Kanzler wählen mag, bleibt Scholz nur noch die Vertrauensfrage. Die wird dem Kanzler vom Bundestag gewiss abschlägig beschieden. Anschließend ist der Bundespräsident in einer Zwickmühle. Er kann sagen: Kanzler, weitermachen! Das wird dem Land aber nichts nutzen. Also löst er wohl besser den Bundestag auf. Die Neuwahl wird dann die Union an die Macht bringen und der AfD eine größere Bundestagsfraktion als die jetzige bescheren.

Um das zu vermeiden, könnte der Kanzler zurücktreten. Dann würden neue Koalitionsverhandlungen fällig. Die ermöglichen vielleicht den Erfolg eines konstruktiven Misstrauensvotums. Doch wahrscheinlicher ist, dass sie nicht zur Regierungsbildung mit absoluter Mehrheit führen. Als Ausweg kennt das Grundgesetz glücklicherweise die Wahl eines Bundeskanzlers mit nur relativer Bundestagsmehrheit.

Den Gewählten kann der Bundespräsident dann zum Kanzler ernennen. Auf die-

se Weise entstünde eine Minderheitsregierung nicht durch Zerfall der bisherigen Mehrheit, sondern durch präsidentiale Ernennung. Wiederum wäre diese wenig handlungsfähig. Doch sie hätte wohl eine veränderte parteipolitische Färbung und könnte beim Fortgang laufender Krisen vielleicht mehr Zuversicht stiften als ein von der FDP im Stich gelassener Kanzler der SPD. Will aber der SPD-Bundespräsident dennoch keine CDU-Minderheitsregierung, so wird er den Bundestag auflösen und vieles von dem herbeiführen müssen, was oben beschrieben wurde.

Es käme dann zu einem Wahlkampf, in dem die FDP – unter Verweis auf ihren „Opfergang“ – jenes Vertrauen wiederzugewinnen versuchte, das sie in der Ampelkoalition verspielt hat. Ob das gelingt, ist offen. Misslänge der FDP ihr Wiedereinzug in den Bundestag, wäre das durchaus tragisch für diese Partei. Im Jahr 2017 nämlich, beim Ringen um eine Jamaikakoaalition, konnte der FDP-Vorsitzende sich noch leicht der Übernahme von womöglich parteischädigender Regierungsverantwortung mit dem Satz entziehen, nicht zu regieren sei besser, als schlecht zu regieren. Doch 2021, nach der Merkel-Ära, war die CDU so schwach, dass kein verantwortbarer Weg an einer von der FDP ermöglichten Machtübernahme von Rot-Grün vorbeiführte. Jetzt ist dafür der Preis zu entrichten. Also wird die FDP wohl ein zweites Mal zum „Opfer Merckels“.

PLANSPIELE

IN DIESER AUSGABE

Politik
Nach dem jüngsten Anschlag steht Russlands Migrationspolitik auf dem Prüfstand Seite 6

Kultur
Immer weniger Verlage haben die großen Klassiker in ihrem Programm Seite 9

Das Ostpreußenblatt
In Königsberg wächst die Furcht vor islamistischen Terroranschlägen Seite 13

Lebensstil
Kryptowährungen – die Suche nach den digitalen Goldadern Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Corona-Files Die gerichtlich erzwungene Offenlegung von Protokollen des Krisenstabs im Robert-Koch-Institut zeigt, dass die renommierte Forschungseinrichtung der Bundesregierung keineswegs wissenschaftlich agierte

Das Kartenhaus aus Lügen wankt

Bevölkerung wurde gezielt auf „Folgebereitschaft“ getrimmt – Weisung von bislang unbekannter Person

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 14. Februar 2023 verkündete Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach: „Deutschland ist gut durch die Pandemie gekommen. Das verdanken wir nicht zuletzt einer konsequenten Corona-Politik. Eine der konsequentesten in Europa.“ Wie sich mittlerweile herausstellte, resultierte diese Politik oftmals aus Lügen und einer erschreckend hohen Bereitschaft sämtlicher Verantwortungsträger, den Wust an Unwahrheiten als Begründung für freiheitsbeschränkende Maßnahmen zu nutzen.

Der breiten Öffentlichkeit wurde das jetzt durch die gerichtlich erzwungene Offenlegung der Sitzungsprotokolle des Corona-Krisenstabs im Robert-Koch-Institut bewusst. Diese decken den Zeitraum vom 14. Januar 2020 bis zum 30. April 2021 ab und zeigen trotz zahlreicher Schwärzungen, dass es hier zu einem regelrechten Komplott zugunsten der Bevölkerung kam, nachdem auf Weisung einer bislang noch nicht identifizierten Person das Corona-Risiko von „mäßig“ auf „hoch“ heraufgesetzt worden war, ohne dass dafür sachliche Gründe vorgelegen hätten. Diese vom Online-Magazin „Multipolar“ freigelegten 2500 Seiten der sogenannten „Corona-Files“ sind jedoch nicht der einzige Grund, warum das Corona-Kartenhaus der Bundesregierung nun einstürzt.

Unwahrheiten als Begründung

Da wären zum Beispiel auch die Geheimprotokolle des Corona-Expertenrates des Bundeskanzleramtes aus dem Zeitraum vom 14. Dezember 2021 bis zum 4. April 2023. Hier erfolgte die Offenlegung der Papiere ebenfalls aufgrund einer Klage – diesmal vonseiten des Arztes Christian Haffner. Aus den gleichermaßen teilschwärzten Mitschriften geht hervor, dass die „Experten“ einerseits fachlich überfordert waren und andererseits genau wie die Mitglieder des RKI-Krisenstabs als willfähiges Sprachrohr der Regierung fungierten, sofern sie nicht sogar Falschbehauptungen verbreiteten, um einen noch radikaleren Kurs zu erzwingen.

So wurde während der Diskussionen um die allgemeine Impfpflicht gegen Corona im Beisein von Bundesjustizminister

Marco Buschmann wider besseres Wissen behauptet, die „Immunisierung“ gegen den SARS-CoV-2-Erreger verringere auch das Risiko der Übertragung von Mensch zu Mensch.

Darüber hinaus ergaben Indiskretionen des Soziologen Heinz Bude, einem früheren Mitglied der Corona-Task-Force des Bundesinnenministeriums, dass das im März 2020 erarbeitete Strategiepapier aus dem Hause Seehofer zur Einstimmung der Bevölkerung auf die Maßnahmen zur „Eindämmung des Virus“ ganz bewusst empfahl, die Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen, um eine maximale „Folgebereitschaft“ zu erzielen – was dann auch geschah.

Hierzu äußerte Bude im Fachjournal „Soziologie“: „Da die damalige Politik einer ‚starken Rechtfertigung‘ bedurft hatte, galt es, Zwänge zu verordnen und Zustimmung zu gewinnen und dabei die Deutungshoheit in der Hand zu behalten.“ Diesem Zweck dienten unter anderem emsig verbreitete Falschmeldungen.

Weitere Missstände während der Corona-Zeit deckten die Zeitung „Die Welt“ und der Bundesrechnungshof auf. Das unabhängige Organ der Finanzkontrolle meldete unlängst, dass durch die Anschaffung der nachgewiesenermaßen nutzlosen oder sogar gesundheitsschädlichen FFP-2-„Schutzmasken“ durch den Bund Kosten in Milliardenhöhe entstanden seien. Und das Springer-Blatt berichtete über den systematischen Betrug in den Corona-Testzentren, der zu absurd hohen, aber staatlicherseits gerne aufgegriffenen „Infektionszahlen“ geführt habe.

Abwehr und Verdrängung

Ebenso aufschlussreich wie diese Enthüllungen sind die Reaktionen hierauf. So schwelgen der frühere RKI-Chef Lothar Wieler und Lauterbach weiter in ignorantem Selbstlob: Die Corona-Politik beziehungsweise die Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus hätten trotz allem sehr vielen Menschen das Leben gerettet. Außerdem behaupten Lauterbach und

Co., die Berichterstattung über den Inhalt der „Corona-Files“ sei die Folge der „Eingemischung fremder Regierungen“ beziehungsweise der „Einflussnahme ausländischer Nachrichtendienste ...“, um unsere Gesellschaft vor dem Hintergrund von Russlands Krieg gegen die Ukraine weiter zu spalten“. Umfassende Klarheit könnte daher nur die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags bringen, gegen die sich Lauterbach und die Grünen aber vehement sträuben.

Insofern wäre es nun Aufgabe der Medien, die nötige Aufarbeitung einzufordern, aber auch hier dominiert bis auf wenige Ausnahmen Abwehr und Verdrängung. Beispielsweise wird das „Multipolar“-Magazin in die rechtsextreme Ecke gerückt und der Umstand, dass nahezu jeder dritte Deutsche eine Bestrafung der Verantwortlichen für die Corona-Exzesse fordert, als „erschreckend“ hingestellt. Damit setzt sich das fast flächendeckende Medienversagen während der Corona-Pandemie nahtlos fort.



PCR-Tests haben den Steuerzahler ein Vermögen gekostet. Um überhaupt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, waren sie während der Corona-Pandemie verpflichtend: Schlange vor einem Testzentrum in München Foto: imago/Sven Simon

MASSNAHMEN

Management-Experte als Ratgeber

Wie der Soziologe Heinz Bude von der Corona-Task-Force des Bundesinnenministeriums ganz offen zugab, basierte das zutiefst alarmistische Corona-Strategiepapier der Behörde (siehe links) nicht zuletzt auf den Publikationen des französisch-spanischen Management-Experten mit Spezialisierung in Verhaltenspsychologie, Tomas-Alexandre Pueyo-Brochard: „Wir mussten ... ein Modell finden, um Folgebereitschaft herzustellen, das so ein bisschen wissenschaftsähnlich ist. Und das war die Formel ‚flatten the curve‘ ... Wenn ihr schön diszipliniert seid, könnt ihr die Kurve (der Infektionen) abflachen ... Das haben wir geklaut von einem Wissenschaftsjournalisten.“

Obwohl der bis dahin völlig unbekannte Pueyo weder Mediziner noch Virologe oder Epidemiologe war, wurde sein erster Aufsatz vom 10. März 2020 mit dem Titel „Coronavirus: Warum Du jetzt handeln musst“ umgehend in 30 Sprachen übersetzt und genauso zur Grundlage des Handelns zahlloser Regierungen rund um die Welt wie die fünf nachfolgenden Texte zu Themen wie „Isolations- und Quarantänemaßnahmen“ oder „Testen und Kontaktverfolgung“.

Das wirft eine Reihe von Fragen auf: War der stupende Erfolg des Laien Pueyo tatsächlich nur Zufall oder gesteuert? Und wenn ja, von wem? Auf jeden Fall steht fest, dass Pueyo Anfang 2020 für das US-amerikanische Unternehmen Course Hero arbeitete, das unter anderem eine Online-Lernplattform betrieb und über die G.V.S. Capital von den IT-Riesen Google und Microsoft sowie der Bill & Melinda Gates Stiftung finanziert wurde. Später wiederum war er dann für die Firma Ankorstore tätig, die Amazon Konkurrenz machen will.

Derartige Informationen zu finden, ist allerdings nicht leicht, weil die Einträge über Pueyo in der Online-Enzyklopädie Wikipedia und ähnlichen Datenbanken inzwischen fast vollständig verschwunden sind – was darauf hindeuten könnte, dass hier etwas vertuscht werden soll. W.K.

BEISPIEL BRANDENBURG

Polizei wurde zur Überwachung der Maßnahmen eingesetzt

Polizeidirektionen wollen nichts von speziellen Anweisungen wissen – Berichte von verdeckten Einsätzen widersprechen dem

Auf Initiative der AfD hat der Brandenburger Landtag die Corona-Untersuchungsausschüsse 7/1 und 7/3 eingesetzt, die überprüfen sollen, ob das Handeln der Landesregierung zur Eindämmung der Pandemie angemessen, erforderlich und wirksam war. Dabei wurde am 16. Februar und 11. März dieses Jahres auch das Verhalten der Polizei während der „Corona-Spaziergänge“ unter die Lupe genommen.

So sollte der Leiter der Polizeidirektion Ost, Mike Toppel, zu einem Todesfall am Rande der Demonstration in Wandlitz am 24. Januar 2022 Stellung nehmen. Damals war der Musiker Boris Pfeiffer nach dem „Einsatz einfacher körperlicher Gewalt“ durch die Polizei zusammengebro-

chen und kurz danach verstorben – laut Angaben des Ausschussmitgliedes Lars Hünich (AfD) behinderten die Beamten 15 Minuten lang die medizinische Versorgung des Bewusstlosen. Toppel sagte hierzu, dass der Vorfall keinerlei Konsequenzen für die beteiligten Einsatzkräfte hatte.

Außerdem gab er zu Protokoll, nichts von speziellen Anweisungen bezüglich eines verschärften Vorgehens gegen Corona-Maßnahmenkritiker zu wissen. Das steht jedoch im Widerspruch zu der expliziten Forderung des brandenburgischen Generalstaatsanwaltes Andreas Brehm, Straftaten im Verlaufe von Corona-Demonstrationen mit besonderem Nachdruck zu verfolgen.

Des Weiteren konnte sich Toppel an keinen einzigen Fall von Remonstration in seinem Verantwortungsbereich erinnern, bei dem es um den Einsatz gegen „Corona-Spaziergänger“ ging. Unter Remonstration versteht man das Recht eines jeden Beamten, Bedenken gegen die Zulässigkeit dienstlicher Anordnungen bei seinem Vorgesetzten geltend zu machen. Das Gleiche wie Toppel sagten auch die Leiter der drei anderen Brandenburger Polizeidirektionen aus. Dem hielt Hünich entgegen, ihm lägen mehrere Berichte über Remonstrationen vor, wonach er hinzufügte: „Was wir gehört haben, ist, dass die, die remonstriert haben, sofort kaltgestellt wurden.“

„Was wir gehört haben, ist, dass die, die remonstriert haben, sofort kaltgestellt wurden“

Lars Hünich (AfD)
Mitglied der Corona-Untersuchungsausschüsse des Brandenburger Landtags

Bemerkenswert war darüber hinaus der Auftritt von Sven Bogacz, dem Chef der Polizeidirektion Süd. Der berichtete unter anderem von seinen verdeckten Einsätzen unter den Corona-Demonstranten, bei denen ihm vielfältige Formen „konspirativen Verhaltens“ zum Zwecke der „Delegitimierung des Staates“ aufgefallen seien.

Außerdem bejahte er die Frage, ob sich die Polizei bei ihren Entscheidungen über die zwangsweise Auflösung von Versammlungen an den offiziell verkündeten Inzidenzzahlen des Robert-Koch-Institutes orientiert habe. Wie heute feststeht, entbehrten diese Daten jedweder verlässlichen Grundlage. W.K.

„Eine neue Form von Menschenhandel“

Über das globale Milliardengeschäft der Leihmutterschaft, in dem Anbieter damit werben, Kinderlosen einen sehnlichsten Wunsch zu erfüllen – wobei das Leiden der betroffenen Frauen und Kinder jedoch systematisch ausgeblendet wird

IM GESPRÄCH MIT BIRGIT KELLE

Die Sache mag auf den ersten Blick harmlos klingen. Schließlich soll mit einer Leihmutterschaft jenen Menschen geholfen werden, die auf natürliche Weise keine Kinder bekommen können. Dennoch ist das Austragenlassen von Embryonen durch fremde Frauen in Deutschland verboten. Zumindest bislang. Denn die Ampelregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, die Legalisierung der „nicht-kommerziellen Leihmutterschaft“ zu überprüfen. Erste Vorschläge dazu werden in Kürze erwartet. Die Publizistin Birgit Kelle sieht das Thema seit Langem kritisch. Für ihr neues Buch hat sie sich intensiv damit befasst – und stieß dabei auf viele menschliche Abgründe.

Frau Kelle, was stört Sie grundsätzlich an der Leihmutterschaft, sodass Sie sich nun damit vertieft auseinandergesetzt haben?

Zunächst einmal die Tatsache, dass hier Kinder – also Menschen – wie eine Ware bestellt werden können, ohne dass darüber debattiert wird. Wenn das Thema überhaupt Erwähnung findet, dann ist der Fokus zumeist darauf gerichtet, dass Frauen und Männern, die sich sehnlichst ein Baby wünschen, eine Freude bereitet wird. Dass dies jedoch eine neue Form von Menschenhandel ist, spielt keine Rolle. Ebenso wird ausgeblendet, dass die Sache für die beteiligten Personen gesundheitlich alles andere als harmlos ist.

Was genau ist unter Leihmutterschaft zu verstehen?

Leihmutterschaft bedeutet, dass eine Frau ein fremdes Kind austrägt, um es nach der Geburt anderen Personen zu überlassen. Die Konstellationen können sehr verschieden sein. So kann zum Beispiel eine Frau, die selbst noch empfängnisfähige Eizellen hat, aber selbst keine Kinder austragen kann, ihre Eizellen entnehmen und in einem Labor mit einem Samen ein Kind zeugen lassen, das dann einer anderen Frau eingesetzt wird. Es kann auch sein, dass ein Mann noch zeugungsfähig ist, die Eier seiner Partnerin jedoch für eine Schwangerschaft ungeeignet sind. Zu den Kunden gehören ebenso alleinstehende Männer und Frauen, homosexuelle Paare, aber leider auch Verbrecher. In der modernen Reproduktionsindustrie können alle Wünsche erfüllt werden.

Sie beschreiben Leihmutterschaften vor allem als knallhartes Geschäftsmodell. Wer sind die Akteure dabei?

Es ist in den letzten Jahren ein globales Netzwerk an Agenturen entstanden, die zwischen Kunden, Leihmüttern, Spenderinnen von Eizellen, beteiligten Laboren und Kliniken vermitteln. Seriöse Wirtschaftsinstitute schätzen das Marktvolumen auf derzeit 14 Milliarden US-Dollar. In zehn Jahren, schätzt man, wird es bei 130 Milliarden liegen. Wir reden derzeit allein in den USA von über 10.000 Kindern und in der Ukraine von 3000 Kindern jährlich.

Die Kosten für das Geschäft variieren je nach Land enorm. In den USA ist eine Leihmutterschaft nicht unter 100.000 US-Dollar zu bekommen. Deutlich billiger ist Europa, trotz des Krieges vor allem die Ukraine. Diese ist auf europäischem Boden das Eldorado der Leihmutterschaft, weil die Gesetzgebung entsprechend freundlich gestaltet ist. Ein Kind gibt es dort schon für rund 50.000 Euro. Ähnlich sieht es in Georgien und Zypern aus. Dort hat mir eine Agentur sogar ein Angebot für 36.000 Euro gemacht.

Wer die Kunden im Einzelnen sind, wird nirgendwo erfasst. Wir wissen jedoch durch entsprechende Gerichtsverfahren, dass auch Pädophile dieses Angebot nutzen. Wobei gerade hier niemand weiß, wie hoch die Dunkelziffer ist. Das Problem ist, dass Leihmutter-



Geschäft ohne Grenzen: „In der modernen Reproduktionsindustrie können alle Wünsche erfüllt werden“ Foto: action press

schaft auf einer privatrechtlichen Ebene stattfindet.

Wie viel von den genannten Beträgen erhalten die Frauen, die ja die Hauptlast tragen?

Das hängt davon ab, wo die Schwangerschaft durchgeführt wird. In den USA, wo es noch die besten Konditionen für Leihmütter gibt, kann eine Frau durchaus 20.000 bis 25.000 Dollar erhalten. Davon können Leihmütter in anderen Teilen der Welt nur träumen. In Georgien, Zypern oder in der Ukraine bekommen sie meist nicht mehr als 10.000 Euro, manche Schätzungen gehen sogar von nur 5000 bis 6000 Euro aus. Die Agenturen rekrutieren gezielt Leihmütter in prekären Lebenslagen. Wo eine Frau mit normaler Arbeit nur 200 oder 300 Euro im Monat verdient, sind 10.000 Euro für das Austragen eines Kindes ein äußerst verlockendes Angebot.

Der größte Teil des von den Kunden gezahlten Geldes landet bei den Agenturen und den mit ihnen arbeitenden Kliniken. Sie streichen rund 70 Prozent ein, wie ein Fall in Griechenland zeigt, wo Behörden im Sommer 2023 einen Menschenhändler-Leihmutterschafts-Ring ausheben konnten und 30 schwangere Frauen aus Bulgarien, Kasachstan und Georgien in angemieteten Wohnungen fanden, die dort auf ihre Geburt warteten.

Wie steht es um die gesundheitlichen Risiken für die austragenden Frauen?

Die Gefahr etwa der Schwangerschaftsvergiftung verdoppelt sich sofort. Komplikationen, Fehlgeburten und Frühgeburten sind an der Tagesordnung. Denn eine Frau muss, damit man ihr einen Embryo einsetzen kann, hormonell überstimuliert werden, um ihrem Körper vorzutäuschen, schwanger zu sein. Sonst würde sie den Embryo sofort wieder verlieren. Auch während der Schwangerschaft muss sie Medikamente nehmen, damit ihr Körper das Kind nicht abstößt. Deshalb liegt die Erfolgsrate bei künstlicher Befruchtung generell nur bei rund 23 Prozent pro Versuch. Kommt es zu Fehlgeburten, sind weitere Anläufe erforderlich, die jedes Mal mit neuen Hormonbehandlungen verbunden sind.

Das alles ist hochgradig belastend für die weiblichen Körper und verursacht auch Langzeitschäden, Bluthochdruck, Gefäßkrankheiten. Hinzu kommen die psychischen Folgen. Die Leihmütter müssen damit klarkommen, dass sie neun Monate ein Kind in sich tragen, das sie anschließend weggeben sollen. Es gibt viele Frauen, die das nicht verkraften. Sie sind aber vertraglich verpflichtet, ihr Kind

herzugeben, dürfen nicht abrechnen und werden sonst juristisch belangt

Neben den Müttern am meisten betroffen sind die bestellten Kinder. Ist bekannt, ob deren Leben anders verläuft als das von natürlich gezeugten Kindern?

Hierzu gibt es bislang wenig Erkenntnisse, weil niemand statistische Daten erfasst. Viele betroffene Kinder wissen nicht einmal, dass sie von einer Leihmutter ausgetragen wurden.

Ich kenne zwei Personen, die sich gegen Leihmutterschaft engagieren aufgrund der Erfahrungen, die sie selbst machen mussten. Sie hatten sehr lange mit psychischen Problemen zu kämpfen, für die sie keine Erklärung hatten. Bis die Wahrheit ans Licht kam.

Mehr empirisch belegbare Erkenntnisse gibt es über das Leid der Kinder anonymer Samenspender, das lässt sich wahrscheinlich analog auf die „Eispender-Kinder“ und „Bauch-Kinder“ anwenden. Sie suchen oft jahrzehntelang nach Verwandten und Geschwistern.

Wir erleben also einen gesellschaftlichen Großversuch mit ungewissem Ausgang?

Absolut! Es ist ein Experiment am offenen Herzen unserer Gesellschaft. Niemand will wissen, welche psychischen Auswirkungen es für ein Kind hat, wenn es im Bauch einer Mutter groß wird, die es ablehnt. Wir geben diesem Kind ein Trennungstrauma zur Geburt mit, meist kommen die Kinder direkt aus dem Kreissaal in fremde Hände. Niemand erfasst, welche Schäden die Frauen und Kinder dabei davontragen.

Wo bleiben bei all dem die Frauenrechtler, die Kinderrechtler und sonstige Verfechter von Menschenrechten, die sonst stets laut zu vernehmen sind?

In der feministischen Szene gibt es durchaus zwei unterschiedliche Lager dazu. Die einen sagen, wenn eine Frau sich freiwillig darauf einlasse, sei das ein normaler Job. Das ist etwa die gleiche Fraktion, die Prostitution als Sexarbeit interpretiert. Das andere Lager spricht sehr klar von Ausbeutung der Frauen, nur dass hier eben kein Sex, sondern Fruchtbarkeit gekauft werde.

Aber generell – da haben Sie mit Ihrer Frage recht – fällt auf, dass die sonst so lauten Verfechter von Menschenrechten bei Leihmutterschaft sehr still sind. Im Ergebnis wird die Debatte vor allem unter dem Aspekt der Gleichberechtigung und Antidiskriminierung für jene geführt, die auf herkömmliche Weise kein Kind bekommen können.

„Unsere Gesellschaft ist längst an einem Punkt, wo es scheint, dass alles, was technisch machbar ist, auch erlaubt ist. Doch damit bewegen wir uns in Richtung von Frankensteins Labor, wo unaufhaltsam an der Schaffung eines neuen Menschen gebastelt wird“

Debatte



Birgit Kelle
Ich kauf mir ein Kind. Das unwürdige Geschäft mit der Leihmutterschaft
FinanzBuch Verlag 2024, Softcover, 256 Seiten, ISBN 978-3-95972-770-9, 18 Euro

Wohingegen Sie am Ende Ihres Buches schreiben: „Es gibt kein Recht auf ein Kind.“

Richtig. Das ist in der Tat ein wichtiger Aspekt. Aber auch viel grundsätzlicher muss geklärt werden, ob alles, was medizinisch machbar ist, auch gemacht werden darf. Wir müssen die Fakten akzeptieren, dass wir weder unser Geschlecht noch unsere Hautfarbe aussuchen können. Und wir müssen eben akzeptieren, dass Kinder keine Sachen sind, auf die man einen Anspruch hat, der von Gesellschaft, Gesetzgebern und Medizinern ermöglicht werden muss.

Unsere Gesellschaft ist längst an einem Punkt, wo es scheint, dass alles, was technisch machbar ist, auch erlaubt ist. Doch damit bewegen wir uns in Richtung von Frankensteins Labor, wo unaufhaltsam an der Schaffung eines neuen Menschen – inzwischen sogar in künstlichen Gebärmüttern – gebastelt wird.

Was halten Sie von dem Ansatz, durch eine (Teil-)Legalisierung von Leihmutterschaften und die Abwicklung über das öffentliche Gesundheitswesen die kriminellen Begleitumstände zu beheben?

Das ist eine interessante Frage für jeden Sklavenmarkt. Menschenhandel wird aber nicht freundlicher, wenn er auf der Basis schöner Verträge erfolgt. Bei Leihmutterschaft würde auch weiterhin ein Kind wie eine Ware produziert und an die Kunden ausgeliefert werden.

Hinzu kommt, dass eine Legalisierung wie ein Steigbügelhalter für das illegale Geschäft wirken würde. In Großbritannien sind seit über dreißig Jahren „altruistische“ Leihmutterschaften erlaubt, bei denen die Schwangere angeblich kein Honorar bekommt, jedoch eine „Aufwandsentschädigung“, die bis zu 25.000 britische Pfund betragen darf. Es fließt immer Geld, und es siedeln sich drumherum dubiose Agenturen an, die den Kunden abseits des „altruistischen“ Bereichs kommerzielle Hilfe anbieten. Sie nutzen also das legale Umfeld, um Dinge anbieten zu können, die eigentlich verboten sind.

„Verboten“ ist ein gutes Stichwort. Obwohl Leihmutterschaft in vielen Ländern illegal ist, findet sie statt. Kann man sie überhaupt verhindern – oder müssen wir damit leben, dass es sie gibt?

Man kann in einer globalen Welt so etwas nicht national regeln, man muss es global ächten wie beim Organhandel. Und es ist auch nicht einzusehen, warum sich die Welt darauf verständigen kann, dass Nieren nicht verkauft werden dürfen, aber der Erwerb eines ganzen Kindes erlaubt sein soll.

Es gibt aber durchaus auch nationale Möglichkeiten, den Handel mit Kindern einzudämmen. Italien hat Leihmutterschaften nicht nur im eigenen Land verboten, sondern für Italiener auch im Ausland, um den Fertilitäts-Tourismus einzudämmen. Damit können diese nicht mehr ins Ausland gehen, um dort ein Kind zu erwerben, und dafür hinterher in Italien die Elternschaft anmelden.

Was jedes Land auch tun kann, ist ein Verbot der Baby-Messen. Es kann nicht sein, dass Leihmutterschaft und auch ihre Vermittlung in Deutschland angeblich illegal sind, aber gleichzeitig auf Messen in Köln oder in Berlin dafür geworben werden darf. Dort finden regelrechte Verkaufsgespräche zwischen Agenturen und interessierten Kunden statt. Auch die Kliniken sind da und sogar ehemalige Kunden – wie ein schwuler Mann, der mir erzählte, wie gut alles geklappt hat mit der Agentur auf Zypern.

Ich bin mir sicher, wenn es eine Steuerermesse gäbe, bei der Agenturen erklären würden, wie man den Staat um seine Einnahmen bringen kann, würden die Behörden ganz anders reagieren. Doch wenn es um Kinder geht, ist die Neigung zum Wegsehen immer groß.

Das Gespräch führte René Nehring.

MELDUNGEN

Grüne wollen EU-Agenten

Berlin – Der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Omid Nouripour, hat sich für die Schaffung einer „Europäischen Nachrichtendienstagentur“ ausgesprochen. Dabei verwies er zunächst auf den „furchtbaren Terroranschlag auf Konzertbesucher in Moskau“, der „uns erneut die Brutalität des dschihadistischen Terrorismus vor Augen geführt“ habe. Danach behauptete Nouripour, „dass Russland mit Gewalt, Lügen und Desinformation auf das Attentat reagiert“, was für die EU-Sicherheitsbehörden eine enorme Herausforderung darstelle. Damit knüpft er an Forderungen der Grünen-Politiker Konstantin von Notz und Irene Mihalic an, die ebenfalls für die Einrichtung eines EU-Geheimdienstes plädiert hatten, was sie unter anderem mit internationalem Terrorismus, Wirtschaftsspionage und Angriffen auf kritische Infrastrukturen begründet haben. W.K.

Kritik an ÖPNV-Politik

Berlin – Eine aktuelle Untersuchung des Management- und Strategieberatungsunternehmens KCW, die im Auftrag der Gewerkschaft ver.di und der Klima-Allianz Deutschland durchgeführt wurde, ergab, dass die von der Ampel-Regierung angestrebte Verdopplung der Fahrgastzahlen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bis 2030 offensichtlich illusorisch ist. Laut KCW gehen in den nächsten sechs Jahren 63.000 Fachkräfte im ÖPNV in Rente oder wechseln wegen schlechter Arbeitsbedingungen ihren Beruf. Um das Ziel der Bundesregierung zu erreichen, müssten die Unternehmen zum einen Ersatz für all diese Fachkräfte finden und zum anderen noch weitere 87.000 Beschäftigte einstellen. Die Kosten hierfür und für die Bezahlung des übrigen Personals beziffert KCW auf 3,7 bis 4,4 Milliarden Euro pro Jahr. Die Bundesregierung ist jedoch lediglich bereit, den ÖPNV der Kommunen ab 2025 mit zwei Milliarden zu subventionieren. W.K.

Starker Anstieg im Nordosten

Schwerin – Die Zahl der Einbürgerungen in Mecklenburg-Vorpommern ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Erhielten 2019 lediglich 530 Immigranten einen deutschen Pass, waren es 2023 bereits 1706. Besonders groß fiel der Sprung zwischen 2021 und 2022 aus – nämlich von 850 auf 1670. Insgesamt verliehen die Behörden des nordöstlichen Bundeslandes zwischen 2019 und 2023 5266-mal die deutsche Staatsangehörigkeit. Das heißt, fast ein Drittel der Einbürgerungen fand vergangenes Jahr statt. Von den gestellten Anträgen wurden mehr als zwei Drittel positiv beschieden. Das alles geht aus einer Auswertung der AfD-Fraktion im Schweriner Landtag hervor, deren migrationspolitischer Sprecher Jan-Phillip Tadsen nun forderte: „Es sollte statistisch erhoben werden, welche sozialstaatlichen Leistungen bezogen wurden und wie hoch das zu versteuernde Einkommen innerhalb der letzten zehn Jahre vor dem Tag der Einbürgerung“ gewesen sei. W.K.



FOTO: MAURITIUSKURT SAUER

Er ist weisungsgebunden ihr unterstellt: BfV-Präsident Thomas Haldenwang und Bundesinnenministerin Nancy Faeser

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

BfV auf Abwegen

Haldenwang verteidigt sein Amt – doch die Kritik wird immer lauter

ROBERT MÜHLBAUER

Es ist ein ungewöhnlicher Schritt, dass Thomas Haldenwang, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), öffentlich zu Kritik an seiner Behörde Stellung nimmt. Offenbar hat der Druck zugenommen. Laut einer Insa-Umfrage halten es 48 Prozent der Deutschen für wahrscheinlich, dass der Verfassungsschutz politisch missbraucht werde (siehe PAZ Nr. 14, Seite 4).

In einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“) kurz nach Ostern verteidigte Haldenwang nun sein Amt. Allein die Überschrift klang provokant: „Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief“. Haldenwang schrieb, das BfV und seine Arbeit würden immer häufiger infrage gestellt. „Es ist die Rede von einer ‚Gesinnungspolizei‘, einer ‚Sprachpolizei‘ oder auch von einem ‚Regierungsschutz‘.“ Politische Meinungen würden als extremistisch diskreditiert, sobald sie vom

Mainstream abwichen oder Regierungshandeln kritisierten.

Das stimme alles nicht, so Haldenwang, der sich als besonders eifriger Gegner der AfD hervorgetan hat. Zwar gelte in Deutschland Meinungsfreiheit, aber die Behörde habe das Recht, auch bei legalen Meinungsäußerungen einzugreifen. Auch „unterhalb der strafrechtlichen Grenzen und unbeschadet ihrer Legalität können Meinungsäußerungen verfassungsschutzrechtlich von Belang sein“, dozierte Haldenwang. Etwa „wenn zulässige Kritik und demokratischer Protest in Teilen umschlägt, eskaliert und zu aggressiver, systematischer Delegitimierung staatlichen Handelns wird“.

Kritik aus der Wissenschaft

Besonders der Begriff der „Delegitimierung staatlichen Handelns“, die Haldenwang unterbinden will, stößt Kritikern sauer auf. Der Rechtswissenschaftler Josef Franz Lindner von der Universität Augsburg sagte der „Neuen Zürcher Zeitung“

(„NZZ“): Delegitimierung sei kein verfassungsschutzrechtlicher Begriff, sondern eine „Erfindung des Bundesamtes für Verfassungsschutz“. Man könne, wenn man die Kategorie weit auslege, „jede überspitzte Kritik an der Politik, an Politikern und ihren Entscheidungen darunter fassen. Das halte ich für eine äußerst bedenkliche Entwicklung.“ Der Verfassungsschutz könne damit zur Bedrohung für die demokratische Ordnung werden.

So sieht es auch der Juraprofessor Volker Boehme-Neßler von der Universität Oldenburg. Das Vorgehen sei auch deshalb so problematisch, weil das BfV weisungsgebunden dem Innenministerium unterstellt ist, aktuell Nancy Faeser (SPD). Boehme-Neßler sagte, er sehe die Gefahr eines politischen Missbrauchs des Verfassungsschutzes.

Kritik aus dem Regierungslager

Wenige Tage später antwortete FDP-Bundestagsvize Wolfgang Kubicki in der „FAZ“ auf Haldenwang und griff ihn scharf an:

„Dass dem Behördenchef seit geraumer Zeit eine ordentliche politische Schlagseite nachgesagt wird, ist ihm nicht verborgen geblieben. Wer allerdings erklärt, auch der Verfassungsschutz sei dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken, der muss sich selbstverständlich Fragen nach seinem Amtsverständnis gefallen lassen.“ Das BfV mit 4000 Mitarbeitern müsse in einem Rechtsstaat „über jeden Zweifel erhaben sein“. Kubicki ließ durchblicken, dass er erhebliche Zweifel an Haldenwangs Amtsführung habe.

Kritik vom Vorgänger

Besonders heikel ist der Umgang mit dem direkten Vorgänger im Amt des BfV-Präsidenten, Hans-Georg Maaßen, der sich gerade mit der Werteunion als Parteigründer betätigt hat. Haldenwang hat Maaßen in einem 20-seitigen Dossier als rechtsextremistischen Verdachtsfall einordnen lassen. Der Ex-Präsident wird nun also selbst „beobachtet“. Das ist schon ungewöhnlich. Maaßen hat angekündigt, sich dagegen gerichtlich zur Wehr zu setzen. Gegenüber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ („JF“) sagte er: „Wenn Sie den 20-seitigen Bescheid des Verfassungsschutzes lesen, finden Sie dort keine Aussage von mir, die sich in irgendeiner Weise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet. Ganz im Gegenteil: Ich mache mir große Sorgen um den Erhalt unserer Freiheiten.“

Der Verfassungsschutzbericht konstruiere weitgehend eine „Kontaktschuld“. Beispielsweise notiere er, ob unter den Zuhörern einer Maaßen-Veranstaltung auch ein Rechtsextremist gewesen sei oder ob solche Maaßen-Beiträge auf Twitter kommentieren oder ein Like geben. „Es ist nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes, Kontaktschuldschnüffelei zu betreiben“, sagte Maaßen in der „JF“. Der Verfassungsschutz sei nicht befugt, Menschen zu beobachten und zu verfolgen, welche die Bundesregierung kritisieren.

Von einem Verfassungsschutz-Freund zum -Kritiker gewandelt hat sich Matthias Brodkorb, der frühere SPD-Kultus- und -Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern. Als Autor des neuen Buchs „Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?“ (siehe Seite 22) erregt Brodkorb derzeit Aufmerksamkeit. „Ich war einmal glühender Anhänger des Verfassungsschutzes, bis ich im Sommer 2022 das erste Mal die Gelegenheit hatte, intensiv interne Unterlagen der Behörde sichten zu können. Und diese Akten zu verschiedenen Fällen von links bis rechts sind intellektuell erschütternd“, sagte er der „Welt“ in einem Interview. Der Verfassungsschutz greife mit unklaren Begriffen in Grundrechte von Leuten ein, warnte Brodkorb, und damit schade er selbst der Verfassungsordnung.

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Wer sich alles in Deutschland zur Wahl stellt

Wählen dürfen auch 16- und 17-Jährige sowie hier lebende Ausländer aus EU-Mitgliedstaaten

Zur Europawahl am 9. Juli wurden 35 Listen zugelassen. Das Wahlalter wurde auf 16 Jahre gesenkt. Wählen dürfen ab diesem Mindestalter nicht nur Deutsche, sondern auch Angehörige anderer EU-Mitgliedstaaten, die sich in Deutschland aufhalten. Das Europawahlgesetz schreibt ausdrücklich vor, dass das Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausgeübt werden darf. 96 Abgeordnete werden aus Deutschland nach Straßburg entsandt.

Die EU-Wahl ist vor allem für kleinere Parteien interessant, da es keine Sperrklausel gibt und 0,5 Prozent ausreichen, um in den Genuss der Parteienfinanzierung zu kommen. Zudem sind die Voraussetzungen für einen Wahlantritt deutlich geringer als bei der Bundestagswahl. Jahrelang waren die Europawahlen daher oft ein Stelldichein rechter Listen, die um die

Vorherrschaft im nonkonformen Lager buhlten. Durch Aufstieg und Etablierung der AfD hat sich dies ein wenig geändert. Lediglich die neugegründete Partei „Bündnis Deutschland“ tritt als „Alternative zur Alternative“ im konservativen Spektrum an. Spitzenkandidat ist der bisherige EU-Abgeordnete Lars-Patrick Berg, der 2019 noch für die AfD angetreten war.

Am äußersten rechten Rand kandidiert die NPD-Nachfolgepartei „Die Heimat“ erstmals unter ihrem neuen Namen. Ihr Frontmann ist ein alter Bekannter. Der langjährige Parteivorsitzende Udo Voigt will es noch einmal wissen. Er saß bereits von 2014 bis 2019 im Europaparlament.

Zum ersten Mal bei einer Wahl dabei sind das neu gegründete Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) und der Zusammen-

schluss sogenannter Klimaaktivisten namens „Letzte Generation“. BSW-Spitzenkandidat Fabio De Masi war schon einmal Abgeordneter in Straßburg sowie von 2017 bis 2021 Mitglied des Bundestags. Er wurde als Finanzaufklärer der Linkspartei unter anderem im Zuge des Cum-Ex-Skandals bekannt. Mit dem Oberbürgermeister Frankfurts an der Oder von 2014 bis 2020, Thomas Geisel, tritt auch auf dem zweiten Listenplatz ein prominenter Kandidat an.

Neben dem BSW rechnen sich vor allem die Freien Wähler gute Chancen aus. Bisher haben sie zwei Sitze in Straßburg. Parteichef Hubert Aiwanger hat eine Verdoppelung als Ziel ausgegeben. Ulrike Müller, 2019 als Spitzenkandidatin ins Europaparlament eingezogen, sitzt mittlerweile auch im bayerischen Landtag und

wird nicht mehr antreten. Listenplatz 1 hat diesmal die Landesbäuerin der Landfrauengruppe des Bayerischen Bauernverbands Christine Singer. Nach dem Europaabgeordneten Engin Eroglu auf Platz 2 kandidiert der rheinland-pfälzische Fraktionsvorsitzende und ehemalige Eifel-Landrat Joachim Streit auf dem dritten Listenplatz.

Auch die Ökologisch-Demokratische Partei (ödp), die Satire-Formation „Die Partei“ und die EU-freundliche Volt-Bewegung wollen ihre Sitze verteidigen. Für mit der türkischen Regierung sympathisierenden Wahlberechtigte mit Immigrationshintergrund sind die Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch (DAVA) und das Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG) eine Option.

Peter Entinger

DROGENPOLITIK

Schweres Zerwürfnis über Cannabis

Nach dem Beschluss auf Bundesebene ist in der Potsdamer Koalition ein heftiger Streit ausgebrochen

VON HERMANN MÜLLER

Fast 1500 Menschen haben sich in der Nacht zum Ostermontag in Berlin versammelt, um am Brandenburger Tor die Legalisierung von Cannabis mit einem „Ankiffen“ zu feiern. Pünktlich zu Mitternacht glimmten bei vielen Teilnehmern der offiziell als Demonstration angemeldeten Veranstaltung Feuerzeuge auf, wurden Joints angesteckt. Kurz darauf verbreitete sich rund um das Brandenburger Tor ein intensiver Geruch von Cannabis. Mit ähnlichen Veranstaltungen feierten bundesweit die Befürworter der Cannabis-Legalisierung das Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes zum 1. April.

Obwohl der Bundesrat Ende März auf einen Einspruch gegen das Gesetz aus dem Hause von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) verzichtet hat, geht in den Ländern die Diskussion um die Auswirkungen der Teillegalisierung von Cannabis weiter. In Brandenburg hat die Abstimmung im Bundesrat sogar für einen handfesten Koalitionskrach gesorgt.

„Man sieht sich immer zweimal“

Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hatte in der Länderkammer entgegen einer vorherigen Absprache mit den Koalitionspartnern CDU und Grüne nicht mit „Enthaltung“, sondern für die Anrufung des Vermittlungsausschusses gestimmt. Woidke berief sich dabei auf seine Richtlinienkompetenz als Regierungschef. Er sagte, die Bundesebene versuche mit dem Gesetz ein Experiment, das eklatant in das Leben und die Gesundheit von Menschen eingreife. Aus Verantwortung für das Land habe er keinen anderen Weg gesehen, als für eine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu stimmen.

Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) zeigte sich indessen empört und warf Woidke einen Vertrauensbruch vor. Mit Blick auf künftige Sondierungs- und Koalitionsgespräche kündigte die Politikerin an: „Man sieht sich immer zweimal im Leben.“

Aus Brandenburgs CDU kommt auch nach dem Inkrafttreten des Gesetzes weiterhin scharfe Kritik an dem Legalisierungsprojekt. Aus Sicht von CDU-Innenminister Michael Stübgen hat die Ampelkoalition mit dem Legalisierungsgesetz



Cannabis-Fans feiern Legalisierung: „Ankiffen“ vor dem Brandenburger Tor in der Nacht zum Ostermontag Foto: pa/dts-Agentur

„fachlichen Unfug“ beschlossen und für ein „Kifferchaos“ gesorgt: „Ab 1. April soll zwar jeder Erwachsene in der Öffentlichkeit kiffen dürfen, aber nicht überall und nicht zu jeder Uhrzeit, und der Stoff dafür bleibt auch erst mal illegal. Wie man das verstehen soll, ist mir schleierhaft“, so der Minister. Jan Redmann, Chef der CDU-Landtagsfraktion, erklärte, es sei nicht gelungen, Vernunft vor Ideologie zu stellen. Mit Blick auf die Amnestieregelung sagte Redmann: „Die Katastrophe für die Justiz nimmt ihren Lauf.“

Tatsächlich enthält das Ampel-Gesetz eine Amnestieregelung für Personen, die vor dem 1. April wegen Cannabis-Delikten verurteilt worden sind. Die Justizminister mehrerer Bundesländer warnen seit Wochen, dass durch die notwendige Prüfung zahlloser Altfälle der Justiz massive Überlastung drohe.

Tatsächlich mussten die Staatsanwaltschaften in Berlin und Brandenburg die

Zahl solcher Fälle, die mit Blick auf die Amnestieregelung nochmals geprüft werden müssen, nach oben korrigieren. Berlins Justizsenatorin Felor Badenberg (parteilos) sprach gegenüber dem Sender rbb von etwa 6000 Verfahren, die von der Amnestie betroffen sein könnten. In Potsdam teilte das Justizministerium mit, dass in Brandenburg insgesamt rund 4000 Urteile geprüft werden müssten. Nach Angaben des brandenburgischen Justizministeriums binden die Überprüfungen in erheblichem Umfang Personal, das für diese Zeit nicht zur Bekämpfung von Kriminalität zur Verfügung stehe.

Kritik auch aus anderen Ländern

Erst wenige Tage vor dem Inkrafttreten des Gesetzes hatten sich Experten auf einen neuen Cannabis-Grenzwert im Straßenverkehr geeinigt. Bislang drohen Geldbußen oder sogar ein Fahrverbot, wenn vom Cannabis-Wirkstoff THC mehr

als ein Nanogramm je Milliliter Blut nachgewiesen wird. Wenige Tage vor Ostern, also erst kurz vor der Legalisierung, hatte eine Expertenkommission einen neuen Grenzwert von 3,5 Nanogramm vorgeschlagen. Über den Grenzwert muss zunächst noch der Bundestag entscheiden.

Schon jetzt kommt allerdings scharfe Kritik. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) warnte vor „fatalen Auswirkungen der Legalisierung auf die Unfallzahlen“. Auch der verkehrspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Thomas Bareiß, bezweifelt, dass Cannabis-Konsum und Verkehrssicherheit unter einen Hut zu bekommen sind: „Inzwischen wird deutlich, die Cannabis-Legalisierung zugunsten einer kleinen Gruppe ist der Ampel wichtiger als die Verkehrssicherheit und Menschenleben.“ Bareiß plädiert dafür, die bisherige Regelung von einem Nanogramm pro Milliliter Blutserum beizubehalten.

GASTRONOMIE

Das Restaurantsterben geht weiter

Vor allem der Gästeschwund wegen der Steuer sowie die Personalnot fordern immer mehr Opfer

Kaum hatte das große Ausflugslokal „Loretta“ am Wannsee geschlossen (die PAZ berichtete), folgten nun gleich drei weitere traditionsreiche Lokale in der Nähe des Tegeler Sees. Das „Fisherman's“, das „Aarju“ und das „Haxnhaus“ haben im März dicht gemacht. Felix Schönebeck, Bezirksverordneter der CDU: „Dass diese drei Restaurants plötzlich schließen, war schon ein großer Hammer ... Diese Restaurants gibt es teilweise Jahrzehnte hier in Tegel, die Betreiber sind mittlerweile bekannte Persönlichkeiten in unserem Bezirk.“

Als Gründe geben die Wirte steigende Energiekosten und die wieder heraufgesetzte Mehrwertsteuer an. Auch Personal ist schwerer zu finden. Viele Kellner, die infolge der Corona-Anordnungen arbeitslos wurden, sitzen heute bei Aldi an der Kasse und wollen nicht zurück kommen.

Farid Jaddou vom „Aarju“: „Alle, die sich mittlerweile vorstellen, kommen vom Jobcenter und wollen nur noch einen Minijob.“ Oder sie wollten gar nicht erst angemeldet werden. „80 Prozent der Bewerber wollen schwarz arbeiten.“ Die stetig steigende Abgabenlast führe dazu, dass vermehrt Menschen lieber gegen „netto-cash“ arbeiten. Zudem könnten sich Familien seltener Restaurantbesuche leisten, weil sie weniger Geld in der Tasche haben.

Früher war der Laden immer voll

Auch das französische Restaurant „Vogelweide“ in Tegel ist mittlerweile geschlossen, obwohl die Inhaber gern einen Nachfolger gehabt hätten. Die schlechten wirtschaftlichen Aussichten führen offenbar dazu, dass sich weniger Leute finden, die ein Lokal übernehmen wollen. Die Ent-

wicklung in den Ausflugsquartieren Wannsee und Tegel ist kein Einzelfall. Die Bekanntheit der Lokale rückt sie nur besonders in den Fokus der Öffentlichkeit.

Im bevorzugten Wohnquartier Lichterfelde machen ebenfalls traditionsreiche Restaurants zu. Direkt am S-Bahnhof Lichterfelde West – mitten im Einkaufsviertel – lag das „Litehouse“. Schon Ende Februar musste es schließen. Es bot seit 1997 gutbürgerliche Küche. Von Frühstückspartys über internationale Klassiker wie Burger bis hin zu DDR-Spezialitäten – der Laden war fast immer voll. Manch einer musste weiterziehen, weil es keinen freien Sitzplatz mehr gab.

Die Schließung begründete der Betreiber so: „Die angespannte Arbeitsmarktsituation, die stark gestiegenen Kosten von Energie und Lebensmitteln“ sowie krankheitsbedingte Personalausfälle und

schließlich auch „Absagen von Reservierungen“ in dem sonst so gut besuchten Lokal hätten zum Kollaps geführt. Aber auch in Kreuzberg schließen Lokale wie die „Minibar“ in der Graefestraße – allerdings offenbar wegen einer Mieterhöhung. Der Wirt nahm es zunächst mit Humor und taufte einige seiner Getränke um in „Der bittere Nachgeschmack des Spätkapitalismus“, „Eigenbedarf Espresso“ und „Luxussanierung“.

Anderen Wirten geht es trotz allem gut. Björn Swanson vom Sterne-Restaurant „Faelt“: „Ich kann das Gejammer nicht mehr hören.“ Er hat den Menü-Preis von 134 Euro auf 99 Euro gesenkt, lässt das Fleisch weg, um einzusparen. Das scheint bei einer bestimmten Klientel, die angesichts dieser immer noch stolzen Preise überdurchschnittlich verdienen muss, gut anzukommen. Frank Bücker

KOLUMNE

„Nie wieder“?

VON THEO MAASS

In einem Berliner Bücherladen in der Nähe der Freien Universität entdeckte ich einen Aushang: „Kein Platz für Antisemitismus – Nie wieder ist jetzt.“ Der Laden warb vor Jahren damit, dass Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ hier nicht zu kaufen sei. Mit „Nie wieder ...“ soll hier also wohl ein Zeichen gegen die AfD gesetzt werden. Tatsächlich zeigt sich in Deutschland aber kaum noch aggressiver Antisemitismus unter der eingesehnen Bevölkerung.

Dafür sehen wir einen wachsenden importierten Judentum. Fast 75 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur hat Deutschland wieder ein handfestes Antisemitismus-Problem. Vor allem Moslems, die den Juden in Deutschland und Berlin das Leben schwer machen, verbreiten sich dank der unbehinderten Einreise. In Berlin lebt eine der größten palästinensischen Gemeinden außerhalb des Nahen Ostens. Und gerade an der „Freien Universität“ kommt es immer wieder zu antiisraelischen Ausschreitungen und Aufmärschen.

Die Proteste der Jugendorganisationen von SPD, Union, FDP und Grünen gegen den „Palästina-Kongress“ vom 12. bis 14. April in Berlin erscheint da wie Heuchelei, denn real wird von diesen Parteien nichts gegen den importierten Antisemitismus unternommen. Ein paar Plakate durch die Stadt zu tragen ist weniger als billig. Salah Said, einer der Organisatoren des „Palästina-Kongresses“, beklagt, dass er angefeindet werde, obwohl er zu Anti-AfD Demos gehe: „Ich erhalte täglich unzählige Droh- und Hassnachrichten. Ich wurde auf der Straße angegriffen.“ Umgekehrt wird ein Schuh draus. Warum müssen wir Leute wie Said nach Deutschland holen? Wenn er gegen Israel demonstrieren will, mag er das im arabischen Raum tun – nicht hier in Berlin. Hier braucht ihn niemand. Er hat in Deutschland studiert. Das Studium haben die Steuerzahler dieses Landes ihm ermöglicht. Zum Dank behelligt er uns mit kaum verhohlener antijüdischer Propaganda.

MELDUNG

Museen abzugeben

Potsdam – Bemühungen der Stadt Rheinsberg, zum 1. April die Stelle des Leiters des Kurt-Tucholsky-Literaturmuseums aus Kostengründen zu streichen und die Finanzierung an den Landkreis Ostprignitz-Ruppin abzugeben, sind gescheitert. Nach Angaben des Landkreises ist die schnelle Übernahme nicht realisierbar. Die Stadt Rheinsberg beklagt, dass ihr durch die hohen Kosten des Tucholsky-Museums Geld für andere wichtige Projekte fehle. Im Landkreis Oberspreewald-Lausitz erwägt derweil die Gemeinde Vetschau aus Kostengründen den Verkauf oder sogar die Schließung der „Slawenburg Raddusch“. Die Nachbildung einer slawischen Wallanlage samt einem Museum kostet die Stadt jährlich mindestens 300.000 Euro. Nach Angaben des Vetschauer Bürgermeisters Bengt Kanzler (parteilos) wollen sich weder der Landkreis noch das Land Brandenburg an den Kosten beteiligen. H.M.

● MELDUNGEN

Ukraine wirbt um Touristen

Berlin – Zur Wiederbelebung des Tourismus und des kulturellen Sektors in der Ukraine sind nach Schätzungen der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) in einem Zeitraum von zehn Jahren insgesamt mindestens neun Milliarden US-Dollar nötig. Die UN-Organisation geht davon aus, dass die Ukraine seit dem Kriegsbeginn im Tourismussektor Einnahmeverluste von 19,6 Milliarden Dollar hatte. Auf der weltweit führenden Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin hat die Staatliche Agentur für Tourismusentwicklung der Ukraine bereits für die Zeit nach dem Krieg mit dem Slogan „Ukraine is here“ (Die Ukraine ist hier) geworben. Als erste Gäste erwartet die Ukraine Touristen aus Polen und dem Baltikum. Wie Mariana Oleskiv von der ukrainischen Tourismusagentur auf der ITB erklärte, reisen innerhalb der Ukraine auch jetzt schon Menschen in Gebiete, die nicht unmittelbar vom Kriegsgeschehen betroffen sind. Hotels und Restaurants sind weiterhin geöffnet, so die Vertreterin des ukrainischen Tourismusverbandes. *H.M.*

Anstieg in der Corona-Krise

Washington/New York – Wie ein aktueller Bericht des Online-Portals Inequality.org zur Erfassung der Einkommens- und Vermögensungleichheit zeigt, ist das Gesamtvermögen der US-Milliardäre zwischen März 2020 und März 2024 um 88 Prozent gestiegen und liegt nun bei 5,529 Billionen US-Dollar. Hauptnutznießer dieser Entwicklung waren Hochtechnologie-Unternehmer, Besitzer von Einzelhandelsketten und Führungskräfte von Pharmakonzernen. Der Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson von der University of Missouri führt die wachsende Kluft zwischen Milliardären und Durchschnittsamerikanern vor allem auf die Geldpolitik der Federal Reserve sowie die Gesetze zur Überwindung der ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie zurück. Beide würden vorrangig den Interessen der Großkonzerne dienen. *W.K.*

Umstrittener Gesetzentwurf

Kiew – Das ukrainische Parlament diskutiert derzeit einen Gesetzesentwurf zur Schaffung eines „einheitlichen Systems der öffentlichen Videoüberwachung“ einschließlich Gesichtserkennungssoftware. Als Zweck des Ganzen werden offiziell Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, Schutz von Infrastruktureinrichtungen, Identifizierung und Verfolgung von Fahrzeugen und Verdächtigen, Bekämpfung von Obdachlosigkeit und Jugendkriminalität, Erhöhung der Verkehrssicherheit, Erleichterung von Grenzkontrollen und „Einschränkung illegaler Bewegungen“, Umweltschutz sowie Erhöhung der Sicherheit von Kindern, Schülern und Studenten angegeben. Kritiker der Vorlage sehen dahingegen vor allem ein Mittel zur leichteren Mobilisierung von Wehrpflichtigen. Sich dem Kriegsdienst zu entziehen, dürfte bei der flächendeckenden Überwachung des öffentlichen Raumes kaum mehr möglich sein. *W.K.*

RUSSLAND

Migrationspolitik auf dem Prüfstand

Nach Anschlag bei Moskau: Härtere Kontrollen und Abschiebungen könnten zum Bumerang werden

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Nach dem Anschlag auf die Crocus City Hall nahe Moskau reagierte die russische Öffentlichkeit teils ungehalten auf die nach ihrer Meinung gescheiterte Ausländerpolitik der Regierung. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung fand in zunehmenden fremdenfeindlichen Attacken auf Arbeitsmigranten ihren Ausdruck. Dabei traf es vor allem Menschen aus Tadschikistan und Kirgistan, obwohl die Migranten dieser ehemaligen Sowjetrepubliken normalerweise als billige Arbeitskräfte willkommen sind.

Probleme gab es bisher vor allem mit illegalen Immigranten. Besonders in der Metropole Moskau weiß keiner genau, wie viele Illegale sich dort aufhalten. Russlands Präsident Putin beeilte sich nach dem Terroranschlag zu verkünden, dass er eine härtere Gangart gegen illegale Immigration angeordnet habe. Laut Innenministerium hat es im vergangenen Jahr allein auf Entscheidung von Moskauer Gerichten 42.000 Abschiebungen gegeben. Derzeit sitzen 11.500 Ausländer in Russland vorübergehend in Haft, jährlich

werden 224.000 Verstöße gegen die Migrationsgesetze verzeichnet. Nun müssen alle Ausländer mit verschärften Kontrollen rechnen. Die Sicherheitskräfte erhalten mehr Befugnisse, eine Migrationsbehörde soll eingerichtet werden, und eine Wiedereinführung der Visapflicht für Bürger der ehemaligen Sowjetrepubliken ist angedacht. Einige Duma-Abgeordnete gingen gar so weit, die Wiedereinführung der Todesstrafe zu fordern.

Neue Ausländerbehörde und Integrationsprogramme

Putin sagte, bisher sei es den Migranten zu leicht gemacht worden, ins Land zu gelangen. Oft hätten Menschen eine Arbeitserlaubnis erhalten, die in ihren Herkunftsländern bereits durch eine lange Liste von Straftaten aufgefallen seien. Die Migrationspolitik müsse gründlich überarbeitet werden. Im letzten Dezember hatte er sich noch für ein Einreiserecht für Arbeitsmigranten ausgesprochen.

Nun gibt es Bestrebungen, Migranten, die kein Russisch sprechen, auszuweisen. Gleichzeitig sollen Integrationsprogramme für mehr Ordnung in der Ausländerpolitik sorgen. Bei Tests zu Grundkennt-

nissen der Sprache wurde geschummelt, und Arbeitserlaubnisse wurden bislang oft einfach gekauft. Bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft will man künftig stärker auf die Sprachkompetenz der Bewerber achten. Einen Familiennachzug soll es nur geben, wenn auch die Kinder der Immigranten Russisch sprechen oder lernen. Der Zuzug von unqualifizierten Arbeitskräften soll stärker als bisher ins Visier genommen und verhindert werden.

Muslimische Migranten stellen schon länger ein Problem für Russland dar. Seit 2015 befindet sich der Islamische Staat (IS) im Krieg mit Russland, weil Moskau das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und den schiitischen Iran unterstützt, vermuten Experten. Von Afghanistan aus bereite der IS Anschläge in Russland und in Tadschikistan vor mit dem Ziel, einen Keil zwischen beide Länder zu treiben und die tadschikischen Gastarbeiter aus Russland in ihre Heimat zu locken, um sie dort zu radikalieren. Der russische Geheimdienst FSB will allein in diesem Jahr mehrere geplante Anschläge in der Region Kaluga, in Sibirien und in der Moskauer Region vereitelt haben. Der IS-Ableger Viljat Chorasán betrachte Rus-

land als Feind wegen der Anwesenheit des russischen Militärs in Syrien.

Die Diskussion wird auch von der hohen Ausländerkriminalität angeheizt, die 2023 gegenüber dem Vorjahr um 75 Prozent stieg. Forderungen nach der Ausweisung von Migranten schon wegen kleiner Vergehen sind zwar verständlich, könnten sich aber als Bumerang für die russische Wirtschaft erweisen. Experten warnen vor den negativen Folgen einer verschärften Ausländerpolitik. Viele ausländische Arbeitnehmer haben Russland bereits den Rücken gekehrt. Vor allem Tadschiken befürchten, dass, wenn sie bleiben, sie zum Militär eingezogen und in den Ukrainekrieg geschickt würden.

Fachkräftemangel spitzt sich zu

Russland kann es sich überhaupt nicht leisten, zu viele Ausländer nach Hause zu schicken. Würde Moskau ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren, stünden viele Branchen vor dem Kollaps. Ob auf dem Bau, in Produktionsstätten oder im Dienstleistungssektor – überall ist man auf Arbeitsmigranten angewiesen. Der Weggang von Arbeitskräften würde zu Stagnation und in der Folge zu höheren Preisen führen. Da in Russland annähernd Vollbeschäftigung herrscht, müssen Arbeitgeber tief in die Tasche greifen, um jemanden zu ersetzen. Der Ökonom Nikita Mitrofanow gibt auf seinem Telegram-Kanal zu bedenken, dass die Mehrzahl der Ausländer sich ordentlich verhielten und nützlich seien.

Landesweit gibt es einen Fachkräftemangel in der Baubranche, der Industrie, dem Dienstleistungssektor und der Landwirtschaft, und es ist damit zu rechnen, dass das Defizit auf dem russischen Arbeitsmarkt noch größer wird. Das trifft im Besonderen auf Bereiche zu, in denen hoch qualifiziertes Personal benötigt wird. Teils ist der Arbeitskräftemangel auf die seit Jahren rückläufigen Geburtenzahlen des Landes zurückzuführen, teils darauf, dass die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Ein weiteres Loch reißt der Ukrainekrieg in den Personalbestand. Neben den vielen Kriegstoten und -teilnehmern ist geschätzt bis zu eine Million Menschen aus Russland geflüchtet. Russen, die im Ausland leben, zieht es im Augenblick nicht unbedingt in die Heimat zurück, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.



Könnten zukünftig häufiger werden: Kontrollen der Ausländerbehörde, hier auf einer Moskauer Baustelle *Foto: imago/ITAR-TASS*

KALIFORNIEN

Die Cannabis-Legalisierung war eine Katastrophe

Bessere Geschäfte für Drogendealer und Förderung der illegalen Immigration

Im Jahr 1996 entschieden 57 Prozent der kalifornischen Wähler in einer Volksabstimmung, den Cannabisgebrauch für medizinische Zwecke zu erlauben. Danach gab es verschiedene Initiativen für eine generelle Legalisierung des Cannabiskonsums. Ab dem 1. Januar 2018 wurde Cannabiskonsum und Anbau in begrenzten Mengen in Kalifornien erlaubt. Seither darf Cannabis an Personen, die mindestens 21 Jahre alt sind, in lizenzierten Läden verkauft werden. Der Besitz von bis zu 28 Gramm Marihuana ist legal, ebenso der Anbau von bis zu sechs Cannabispflanzen pro Haushalt. 2019 entschied ein Gericht, dass auch Gefängnisinsassen in Kalifornien Cannabis besitzen, aber nicht konsumieren dürften. Also blüht auch der Handel in Gefängnissen. Das legalisierte Cannabis ist zu einem wichtigen Wirt-

schaftsfaktor Kaliforniens geworden. Der Umfang des legalen Cannabismarkts wird auf sieben Milliarden US-Dollar geschätzt, der Staat gewinnt dabei Steuereinnahmen von rund einer Milliarde. Fast zwei Drittel der gesamten legalen Hanfernte der USA stammt aus Kalifornien.

Milliardeneinnahmen mit Cannabis

Der legale Anbau von Cannabis hat, anders als die Politiker erwarteten, den illegalen Anbau nicht verdrängt, sondern sogar verstärkt. Es gibt einen großen Markt für illegal angebautes Cannabis, das zumeist auf Flächen angebaut wird, die sogar dem Staat gehören. Auf Plantagen, versteckt in kaum zugänglichen Gebieten, wird jährlich Marihuana im Wert von etwa 31 Milliarden US-Dollar produziert. Hinter dieser Produktion stehen

mexikanische Kartelle, die mit Hilfe der illegalen Migration auch den Drogenanbau in den USA übernommen haben. Neben den kriminellen Effekten gibt es erhebliche Umweltschäden, da die Cannabispflanzen sehr viel Wasser und zusätzliche Chemikalien benötigen.

Die Kriminalität bricht in Kalifornien alle Rekorde. Das Immigrationsproblem, das Präsident Joe Biden nicht in den Griff bekommt, könnte eine Rückkehr von Donald Trump ermöglichen. In Kalifornien kann man Cannabis sowohl als Pflanze in ihrer natürlichen Form als auch in Form zahlreicher Nebenprodukte, wie Getränke, Süßigkeiten, Schokolade, Gesichtscremes, Arthrosalben, Körpermilch oder Badesalz, kaufen. Trotz dieser großen Auswahl an Produkten geht es der legalen Cannabisindustrie in Kalifornien

schlecht. Ihre Einnahmen von 5,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 bedeuten einen Rückgang von fast neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auf Bundesebene wird die weiche Droge wie Heroin als Betäubungsmittel eingestuft. Sie bleibt illegal, auch wenn 24 Staaten Cannabis für den Freizeitgebrauch legalisiert haben, während 16 andere es für den medizinischen Gebrauch zulassen.

Sieben Jahre nach der Teillegalisierung von Cannabis steht die kalifornische Industrie vor enormen Herausforderungen. Überproduktion, Verbot des Handels mit anderen Staaten, eine Kette von Steuern, Vorschriften, die von Gemeinde zu Gemeinde variieren, haben zu einer Situation geführt, die der Gesetzgeber nicht vorhergesehen hatte und die kaum zu kontrollieren ist. *Bodo Bost*

VON HERMANN MÜLLER

Politiker, die in Regierungsverantwortung stehen, sehen sich mittlerweile regelmäßig von Verbrauchern und Unternehmen mit der Forderung nach Planbarkeit und Verlässlichkeit ihrer Politik konfrontiert. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke hat vor einigen Wochen den Spieß umgedreht. Der SPD-Politiker forderte von den Bürgern mehr Bereitschaft ein, für eine positive wirtschaftliche Entwicklung Veränderungen zu akzeptieren. Gegenüber dem rbb24 Infradio sagte er: „Es wird nicht möglich sein, in Deutschland voranzukommen, wenn jeder meint: ‚In meinem Umfeld darf sich nichts verändern, aber natürlich will ich, dass der Wohlstand im Land wächst.‘“

Gerade in Woidkes Heimatregion, der Lausitz, trifft die Forderung nach weiterer Veränderungsbereitschaft nicht unbedingt auf Verständnis. Thomas Knott, Vorsitzender der Mittelstandsinitiative Brandenburg, wies im Gespräch mit der PAZ darauf hin, dass sich die Lausitz mittlerweile seit Jahrzehnten in einem Veränderungsprozess und im Strukturwandel befinde.

Ideologie statt Bürgerwohl

Tatsächlich ist die Lausitz sogar besonders drastisch von Veränderungen betroffen. Die Braunkohle galt noch bis Ende der 80er Jahre als „Schwarzes Gold“ und sorgte in der Region für gutbezahlte Arbeitsplätze. Nach jahrzehntelangem Boom folgte mit dem Mauerfall dann ein tiefer wirtschaftlicher Absturz der Kohleregion. „Bis 1990 waren zirka 60.000 Menschen in der Braunkohlenindustrie, also zu DDR-Zeiten, hier beschäftigt. Und da gab es dann schon mal einen Schlag, als reihenweise die Tagebaue dichtgemacht worden sind in der Lausitz. Sicherlich sind viele schöne Seen entstanden, aber diese Arbeitsplätze, die sind an keiner Stelle wiedergekehrt, und darunter hat die Lausitz bis heute zu leiden“, so die Einschätzung, die der frühere Cottbusser Oberbürgermeister Holger Kelch (CDU) vor einigen Jahren abgab. Mittlerweile gilt die Braunkohle nicht mehr als preiswerter einheimischer Energieträger, sondern als „Klimakiller“, auf den schnellstmöglich verzichtet werden soll.

Noch völlig offen ist, ob sich in den betroffenen Kohleregionen Deutschlands tatsächlich alternative Wirtschaftsstrukturen entwickeln, die sich langfristig aus eigener Kraft am Markt behaupten können. Bei der Energiewende samt Kohleausstieg handelt es sich zudem um ein extrem kostspieliges Vorhaben, das Verbrauchern und Wirtschaft im europaweiten



Brandenburgs Ministerpräsident fordert mehr Veränderungsbereitschaft von den Bürgern seines Bundeslandes: Dietmar Woidke an der Cottbuser Ostsee. Seine Heimatstadt Cottbus gilt als Zentrum von Strukturwandel und innovativen Wirtschaftsprojekten

BRANDENBURG

Schamlos hat Dietmar Woidke den Spieß umgedreht

Der SPD-Politiker fordert von den Bürgern mehr Bereitschaft ein, fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit der Politik zu akzeptieren

ten Vergleich extrem teure Strompreise eingebracht hat. Im vergangenen Jahr lagen die durchschnittlichen Strompreise in Deutschland mit 41,2 Cent pro Kilowattstunde 43 Prozent über dem europäischen Durchschnitt von 28,9 Cent.

Bundesweit sorgten zudem in den letzten Jahren monatelange Corona-Lockdowns, Energiepreisschocks und immer neue Wirtschaftssanktionen für wegbrechende Einnahmen, zusätzliche Belastungen und fehlende Planbarkeit. Allein schon diese Entwicklung hat dafür gesorgt, dass Unternehmen und auch die Bürger ständig Bereitschaft zeigen mussten, mit Veränderungen umzugehen.

Handwerklich schlechte Gesetze

Fraglich ist vielmehr, ob sich der Ruf nach Veränderungsbereitschaft nicht zunächst einmal an die Politik selbst richten müsste. Diese hält zäh an ideologie-

getriebenen Vorhaben wie dem Ausstieg aus der Kernenergie fest und verschärft die Lage zusätzlich durch handwerklich schlecht gemachte Gesetze, etwa bei der „Heizungswende“ des grünen Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck oder durch die Schaffung von Bürokratiemonstern wie beim „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“. Das Projekt „Industriestrom“, mit dem der Bundeswirtschaftsminister Unternehmen mit Steuergeldern gegen hohe Energiepreise schützen wollte, ist nach monatelanger Diskussion sogar gescheitert.

Das von Habeck mit viel Tam-Tam angekündigte „Wachstumschancengesetz“ wird die deutsche Wirtschaft lediglich um etwas mehr als drei Milliarden Euro jährlich entlasten. Die zusätzlichen Belastungen, welche die Wirtschaft im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz durch hohe Energiekosten, hohe Steuern und Ab-

gaben sowie Bürokratie schultern muss, liegen dagegen im Bereich von Hunderten Milliarden Euro.

Das Wachstumschancengesetz ist ein „Trippelschritt“, so die Einschätzung des Verantwortlichen für den Bereich Recht und Steuern in der Geschäftsführung des Verbandes der Chemischen Industrie, Berthold Welling. Der Interessenverband „Die Familienunternehmer“ kritisierte Habecks Wachstumschancengesetz sogar als ein „giftiges Angebot“. „Es braucht echte Strukturformen, um unseren Standort Deutschland wieder attraktiv zu machen“, so Marie-Christine Ostermann, die Präsidentin des Interessenverbandes.

Standardforderung von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und auch vieler Landwirte an die Politik sind mittlerweile die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen und Planbarkeit, vor allem bei den Energiekosten.

HOCHTECHNOLOGIE

Indien baut seine Halbleiterindustrie aus

Die USA sehen im Subkontinent eine Alternative zu China – Europa hält sich skeptisch zurück

Im Jahr 2021 kündigte der indische Regierungschef Narendra Modi eine „Halbleiter-Offensive“ seines Landes an. Den Worten folgten Taten. Am 13. März nahm Modi an drei virtuellen Grundsteinlegungen für Halbleiterfabriken teil.

Zwei der Werke in Dholera in Modis Heimatbundesstaat Gujarat und in Morigaon im Bundesstaat Assam entspringen einer Initiative des indischen Tata-Konzerns. In Dholera tritt die Powerchip-Gruppe aus Taiwan als Partner auf und in Morigaon die Test & Research India PL. Das Gesamtvolumen der Investitionen beläuft sich auf 13,3 Milliarden US-Dollar.

Der Standort der dritten Produktionsstätte ist Sanand, das ebenfalls in Gujarat liegt. Dort errichtet die indische CG Power and Industrial Solutions Limited

gemeinsam mit der Renesas Electronics K.K. aus Japan und der Stars Microelectronics PCL aus Thailand ein weiteres Werk für zehn Milliarden Dollar. Hauptpartner der drei neuen Halbleiterfirmen, die ab 2026 den Markt beliefern sollen, wird der US-Chip-Gigant Micron Technology sein, der in der Welttrangliste der Branche auf Platz 5 rangiert.

Indien setzt große Hoffnungen in seine Halbleiterindustrie und will „bis 2029 zu den Top Fünf der Chip-Ökosysteme der Welt“ gehören, so der Infrastrukturminister Ashwini Vaishnaw. Das werde den geopolitischen Einfluss seines Landes vergrößern und viele tausend Arbeitsplätze schaffen. Des Weiteren verringere Indien damit die Abhängigkeit von wirtschaftlichen Rivalen wie dem Reich der Mitte.

Derzeit stellt sich die Lage auf dem Chip-Sektor so dar, dass der Westen im Bereich der Patente führt, während Taiwan die Fertigung dominiert und China auf dem Gebiet der Montage und Prüfung den ersten Platz belegt. Sollte also die Volksrepublik China die Republik China annectieren, könnte dies schwerste Folgen für die globale Versorgung mit Halbleiterbauteilen haben. Das ist auch der Grund für das Engagement von Micron Technology.

Dahingegen verzichten europäische Unternehmen derzeit noch weitestgehend darauf, es der US-Konkurrenz gleichzutun. Ein Grund ist die Sanktionspolitik gegenüber Russland. So steht auf der EU-Sanktionsliste auch das indische Unternehmen Si2 Microsystems, das integrierte Schaltungen für die Militär- und

Raumfahrtindustrie entwirft und mit dem indischen Ministerium für Elektronik und Informationstechnologie sowie dem staatlich finanzierten Indian Institute of Technology Madras kooperiert, um die Herstellung von Chips mit photonischen Prozessorkernen aus Silizium voranzutreiben. Die EU wirft dem Konzern vor, seine Schaltkreise auch nach Russland zu liefern, wo sie in Waffensysteme eingebaut werden könnten.

Allerdings gibt es noch zwei weitere Gründe für die europäische Zurückhaltung bei der Kooperation mit Unternehmen der indischen Halbleiterbranche: die mangelhafte Infrastruktur im Lande, die häufig zu Stromausfällen führt, und der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, der mittlerweile auch in Indien herrscht.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

Mehr Schulden in Polen

Brüssel/Warschau – In einem Bericht prognostiziert die EU-Kommission für Polen den drittgrößten Anstieg der Staatsverschuldung bis zum Jahr 2034 von allen EU-Mitgliedstaaten. In ihrem Schuldennachhaltigkeitsbericht geht die EU-Kommission davon aus, dass die polnische Staatsverschuldung in den nächsten zehn Jahren auf fast 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ansteigen wird. Im Jahr 2022 lag die Schuldenquote bei rund 49 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Ökonom Jakub Sawulki von der Warsaw School of Economics schätzt die Prognose der Kommission als zu pessimistisch ein. Allerdings prognostiziert er, dass ein geringeres Wirtschaftswachstum sowie höhere Zinsen und Haushaltsdefizite die Staatsverschuldung bis 2034 auf immerhin 77 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen lassen. Der Ökonom geht davon aus, dass nach 2030 das Wirtschaftswachstum in der Republik Polen nicht über zwei Prozent liegen wird und die Zinsen von zwei auf vier Prozent steigen werden.

H.M.

Polen lehnen den Euro ab

Warschau – Obwohl der Zloty gegenüber dem Euro zuletzt an Wert verloren hat, würden es laut einer aktuellen Umfrage von United Surveys im Auftrag des Webportals Wirtualna Polska 66,8 Prozent der Polen vorziehen, den Zloty als Währung beizubehalten, anstatt den Euro einzuführen. Fast die Hälfte der Befragten gab zudem an, definitiv gegen einen Beitritt zur Eurozone zu sein. Lediglich 27,3 Prozent befürworten die Einführung des Euro. Wie zudem aus der Umfrage hervorgeht, bereiten den Polen vor allem steigende Preise für Grundgüter und die Abhängigkeit der polnischen Finanzpolitik von Entscheidungen Brüssels Sorgen. Ministerpräsident Donald Tusk hat bislang keine Bemühungen zum Beitritt des Landes zur Eurozone angekündigt.

H.M.

E-Auto-Aktien brechen ein

New York – Die Aktienkurse der 13 größten Hersteller von Elektroautomobilen lagen vergangenes Jahr durchschnittlich 91 Prozent unter den Höchstständen des Jahres 2021. Damit ging ein Kapitalverlust von rund einer Billion US-Dollar einher. Beispielsweise sackte der Börsenwert der US-amerikanischen Konzerne Tesla, Rivian und Lucid von 1,5 auf 0,6 Billionen Dollar ab. Rückschläge mussten auch deren chinesische Konkurrenten BYD, Xpeng und Nio hinnehmen. Das konnten auch üppige staatliche Subventionen und der politische Zwang zum Elektroauto mittels verschärfter Emissionsvorschriften nicht verhindern. Experten wie Olaf Stotz von der Frankfurt School of Finance & Management bezeichnen den nunmehr zu Ende gegangenen kurzlebigen Run auf Elektroauto-Aktien als „Lehrbuchbeispiel für eine psychologisch getriebene Übertreibungsphase“ mit eklatanter Überschätzung der Wachstums- und Gewinnchancen.

W.K.

HINTERGRUND

Eigenes Versagen tarnen

HERMANN MÜLLER

Issa Remmo, bislang staatenloses Oberhaupt einer arabischen Großfamilie, hat laut Recherchen des Onlineportals „Wir sind Müritzer“ seinen Wohnsitz von Berlin nach Mecklenburg-Vorpommern verlegt und im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte einen deutschen Pass beantragt. Einige Mitglieder der Familie Remmo werden für schwere Straftaten, etwa den Einbruch im Dresdner Grünen Gewölbe, verantwortlich gemacht. Issa Remmo selbst ist jedoch nicht vorbestraft. Laut Medienberichten verfügt er zudem über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Der Umzug und das Einbürgerungsgesuch haben sich schnell zu einem Politikum entwickelt. Offenbar suchen das Land Mecklenburg-Vorpommern, das Land Berlin als Remmos bisheriger Wohnort und der Bund nach Möglichkeiten, die Einbürgerung zu verhindern. Dazu melden sich auch Politiker mit starken Forderungen zu Wort. Laut „Bild“-Zeitung hat Innenministerin Nancy Faeser (SPD) an die örtlichen Behörden appelliert: „Kein deutscher Pass für Kriminelle, keiner für Antisemiten, keiner für Menschen, die nicht glasklar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, keiner für Männer, die die Gleichberechtigung von Frauen missachten, und kein deutscher Pass für Menschen, die nicht selbst für sich und ihre Familie sorgen können.“

Remmo: Gleiches Recht für alle

Während solche Wortmeldungen in der Bevölkerung auf Zustimmung treffen dürften, musste sich Rechtsanwalt Peter-Michael Diestel inzwischen den Vorwurf gefallen lassen, er versuche, sich mit seinen Äußerungen zu Issa Remmo zu profilieren. Mit Blick auf die Aufregung um den Umzug von Berlin nach Mecklenburg sagte Diestel: „Ich kenne Issa Remmo nicht, aber gegen den Mann liegt offenbar nichts vor. Dementsprechend darf er auch umziehen und ein Haus mieten.“ Diestel, letzter und demokratisch gewählter Innenminister der DDR, wies im Zusammenhang mit dem Einbürgerungsantrag zudem darauf hin, dass das deutsche Recht für alle und jeden gleich gelte: „Soweit ich weiß, ist der Herr bisher nicht vorbestraft. Und wenn dem so ist, dann steht ihm die Staatsbürgerschaft zu.“

Die Behörden in Mecklenburg-Vorpommern tun tatsächlich gut daran, die diversen Forderungen von Politikern zum Umgang mit dem Einbürgerungsantrag Issa Remmos zu ignorieren und den Antrag streng nach Gesetzeslage zu prüfen. Steht am Ende der Prüfung nämlich eine Ablehnung des Einbürgerungersuchens, dann muss die Ausländerbehörde dies rechtssicher begründen können. Sollten sich Anhaltspunkte finden lassen, dass die Bearbeitung des Antrags auf politischen Druck hin nicht rechtsstaatlich verlaufen ist, wird ein versierter Anwalt dies vor einem Verwaltungsgericht mit Sicherheit aufgreifen, um die Entscheidung der Ausländerbehörde anzufechten.

Gesetze „unter aller Kanone“

Die markigen Sprüche einiger Politiker zum Einbürgerungsantrag haben noch aus einem anderen Grund einen Beigeschmack: Sie können als Versuch gesehen werden, ein teilweise jahrzehntelanges Versagen der Politik zu kaschieren. Im Kampf gegen Clankriminalität sind Polizisten, Staatsanwälte und auch die Mitarbeiter von Ausländerbehörden immer wieder im Stich gelassen worden. Ein Blick auf die Berliner Politik lohnt dabei ganz besonders. Berliner Ermittler hatten im Jahr 2000 beispielsweise eine Ermittlungsgruppe „GE Ident“ gegründet, die sich speziell mit der Klärung von Identitäten von Straftätern befasste, die vorgaben, Bürgerkriegsflüchtlinge zu sein. Die Ermittler hatten einen extrem genauen und sogar bundesweiten Überblick über die Strukturen von Großclans. Nichtsdestotrotz wurde die erfolgreiche Ermittlungsgruppe 2008 aufgelöst.

Mittlerweile erklären Teile von SPD, Grünen und Linkspartei sogar den Begriff „Clankriminalität“ zum Tabu und stellen Ermittler unter Rassismusverdacht. Versäumnisse muss sich auch der Bundestag als Gesetzgeber gefallen lassen. Immer häufiger beklagen Juristen, dass Gesetzestexte vom juristischen Handwerk her „unter aller Kanone“ seien. Schwammige Formulierungen und weite Ermessensspielräume haben auch im Aufenthaltsrecht dazu geführt, dass Bearbeiter in den Ausländerämtern oft besser fahren, wenn sie Anträge gleich durchwinken, als dass sie später vor einem Verwaltungsgericht eine Niederlage kassieren.



Sieht die Innenministerin als Gefahr für die innere Sicherheit: MdB Christoph de Vries

Foto: imago/Future Image

INTERVIEW

„Faeser überzeugt nicht“

IM GESPRÄCH MIT CHRISTOPH DE VRIES

Seit Monaten sorgt ein Bericht des Bundesinnenministeriums über vermeintliche Islamfeindlichkeit in Deutschland für Ärger. Nach Protesten und Klagen darin genannter Personen hatte das Haus von Ministerin Nancy Faeser das Dokument zwar aus dem Netz genommen, sich jedoch eine Wiederveröffentlichung vorbehalten. Nun hat die Innenministerin im Rahmen einer Regierungsbefragung angekündigt, den Namen des CDU-Innenexperten Christoph de Vries auf dessen Intervention hin offiziell aus dem Bericht zu streichen. Fragen an den Betroffenen über eine einmalige Affäre in der deutschen Politik.

Herr de Vries, vor wenigen Tagen kündigte die Innenministerin an, Ihren Namen aus dem umstrittenen „Islam-Bericht“ zu streichen. Was genau hatte Sie daran gestört?

Das Kernproblem des Berichts ist, dass das legitime Ziel, nach dem Anschlag von Hanau 2020 Muslimfeindlichkeit in Deutschland aufzuzeigen, von den Autoren instrumentalisiert worden ist, um die berechtigte Kritik am Islamismus zu diffamieren. Das geschieht in teils absurder Weise, etwa indem Wissenschaftler wie Sigrid Herrmann oder der Journalist Henryk M. Broder in die Nähe von Muslimfeindlichkeit gerückt wurden. Auch vor meiner Person und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde nicht Halt gemacht. Das weisen wir in aller Schärfe zurück.

Was halten Sie generell von einem solchen Bericht?

Unsere Verfassung schützt Religionsgemeinschaften in besonderem Maße. Sie erlaubt ihnen aber nicht, sich selbst über den Staat oder andere Glaubensgemeinschaften zu stellen. Deshalb ist Religionskritik nicht nur zulässig, sondern mitunter – vor allem, wenn ihre Anhänger unsere freiheitliche Demokratie infrage stellen – unerlässlich. Wenn nun den Warnern vor extremistischen Tendenzen, die lediglich unsere freiheitliche Demokratie schützen wollen, dafür eine Form von Menschenfeindlichkeit unterstellt wird, ist das ein beklemmendes Indiz dafür, wie das Meinungsklima in Deutschland in Schiefelage geraten ist.

Was sagt das alles über Frau Faeser aus, die als zuständige Fachministerin die politische Verantwortung trägt?

Das Kernproblem von Frau Faeser ist, dass sie im Kampf gegen den Rechtsextremismus sehr engagiert ist, jedoch beim Islamismus und beim Linksextremismus beide Augen zudrückt. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Agenda der Ampelregierung. So hat Faeser den Experten-

kreis „Politischer Islamismus“, den ich mit Horst Seehofer eingerichtet hatte, nach ihrem Amtsantritt eingestellt. Und in ihrem „Demokratiefördergesetz“ finden sich alle möglichen demokratiegefährdenden Phänomene, aber zum Islamismus – der eine gewaltige Bedrohung darstellt – fand sich zunächst kein Wort.

Dabei sind die Zahlen erschreckend klar: Wir haben zum Beispiel 483 islamistische Gefährder in Deutschland – und damit sechsmal so viele wie rechtsextremistische Gefährder. Der Generalbundesanwalt hat im letzten Jahr 461 Terrorismusverfahren gegen muslimische Verdächtige geführt und lediglich 21 mit rechtsextremistischem Hintergrund. Dennoch versucht Frau Faeser, Kritik am Islamismus zu desavouieren, womit sie auch die offensichtliche Gefahr durch den Islamismus verharmlost.

Haben Sie eine Forderung als Resultat aus dieser Affäre?

Aus meiner Sicht und der meiner Fraktion hat der „Islam-Bericht“ keinerlei Legitimation mehr. Zumal daran islamistische Organisationen wie die türkische Millî Görüş oder der Verband Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS), der vom IZH, der Propagandazentrale des iranischen Mullah-Regimes, dominiert wird, mitgewirkt haben. Das heißt, Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, durften hier über ihre Kritiker richten. Insofern muss Frau Faeser den Bericht nicht nur vorübergehend „auf Eis legen“, sondern sie muss ihn ganz zurückziehen.

Sehen Sie auch Frau Faeser als Innenministerin beschädigt?

Sie ist zumindest nicht glaubwürdig, wenn sie eine extremistische Gefahr – die von rechts – zur Bedrohung für unsere Demokratie erklärt und zugleich eine deutlich größere Gefahr ausblendet. Was Frau Faeser fehlt, ist der 360-Grad-Blick auf alle Formen des Extremismus. Das gefährdet letztlich die innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

Apropos Gesellschaft: Dort steht Frau Faeser keineswegs allein. Anfang des Jahres marschierten Hunderttausende in deutschen Städten „gegen Rechts“. Doch als nach dem 7. Oktober zehntausende Islamisten durch die Straßen zogen und mit dem Ruf „Allahu akbar“ nicht nur ihren Glauben bekundeten, sondern auch die staatliche Ordnung infrage stellten, herrschte Schweigen.

Das ist ein wichtiger Punkt. Ich bin unter anderem auch Berichterstatter für jüdisches Leben im Innenausschuss des Bundestages. In dieser Funktion muss man leider feststellen, dass die erschreckenden Demonstrationen, bei denen tausende

de Demonstranten Israel faktisch das Existenzrecht abgesprochen haben, zu keinen politischen Konsequenzen seitens der Regierung geführt haben.

Fakt ist: Es gibt seit Langem neben dem rechtsextremistischen Antisemitismus auch einen linksextremistischen Antisemitismus, den wir in der Kulturszene beobachten können – Stichwörter: „documenta“ und „Berlinale“. Und es gibt einen massiven muslimischen Antisemitismus. Warum also gibt es einen „Aktionsplan Rechtsextremismus“, aber keinen Aktionsplan zum muslimischen oder linken Antisemitismus? Allein diese Begriffe scheut die Bundesregierung wie der Teufel das Weihwasser.

Vor wenigen Tagen sorgte Frau Faeser mit einem anderen Thema für Furore, als sie den Polizisten der Bundespolizei untersagte, während der bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft im Dienst schwarz-rot-goldene Symbole zu zeigen. Was sagen Sie dazu?

Ich finde auch diese Sache ärgerlich. Zum einen zeigt es, welch verkrampftes Verhältnis Teile der Bundesregierung gegenüber unserem Land und seinen verfassungsmäßigen Symbolen haben. Wer Deutschland gegenüber positiv eingestellt ist, verbietet seinen Staatsdienern nicht, die Flagge zu zeigen. Auch das von Frau Faeser genannte Argument der Neutralitätspflicht überzeugt nicht. Kein ausländischer Fan, der zur EM zu uns kommt, hätte doch Hemmungen davor, sich bei Bedarf an unsere Polizisten zu wenden, wenn diese im Rahmen eines Fußballspiels unsere Flagge tragen. Außerdem halte ich es für eine Zumutung, Beamten, von denen wir während des Turniers unzählige Überstunden erwarten, gleichzeitig zu untersagen, dass sie mit ihrer Nationalmannschaft mitfeiern.

Ich erinnere mich noch gern an die Fußballweltmeisterschaft 2006. Damals war ganz Deutschland wochenlang in Schwarz-Rot-Gold gekleidet und niemand hat sich davon bedroht gefühlt. Ganz im Gegenteil haben sich gerade die ausländischen Gäste mit uns zusammen über ein wunderbares „Sommermärchen“ gefreut. Ich wünsche mir, dass das auch diesmal der Fall sein wird, auch wenn die eigene Regierung offensichtlich ein Problem mit diesem Land hat – und auch damit, sich dazu zu bekennen.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **Christoph de Vries** ist Mitglied des Deutschen Bundestages und dort Mitglied im Innenausschuss und im Parlamentarischen Kontrollgremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes (PKGr) sowie Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion. www.christophdevries.de

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de

Das Ende der Weltliteratur?

Verlage pflegen kaum noch Buchklassiker – Diogenes macht eine Ausnahme beim Schweizer Gotthelf und Brandenburger B. Traven

VON HARALD TEWS

Buchklassiker haben in Deutschland keinen leichten Stand. Es gibt sie, aber sie werden aus Kostengründen kaum noch gepflegt. Viele Verlage schleppen sie höchstens als Nebenprodukt mit durch ihr Programm.

Wer Goethes „Faust“ oder Schillers „Räuber“ lesen möchte, kann nach wie vor zu den Reclam-Bänden greifen, eine Zierde für das Bücherregal sind diese gelben Hefte aber nicht gerade. Alle anderen Verlage haben ihre Klassikerreihen ausgedünnt oder ganz eingestampft. Bei dtv und im Insel-Verlag führt die Weltliteratur ein Schattendasein im allgemeinen Bestsellerprogramm, wo sich Grimms Hausens „Simplicissimus“ neben Titeln wie „Weihnachten für Verliebte“ wiederfindet; die Goldmann-Klassiker von einst sind nach und nach verschwunden, seitdem der Verlag von Bertelsmann übernommen wurde; in der ebenfalls zu Bertelsmann zählenden Penguin Random House Verlagsgruppe hält sich der Manesse-Verlag, in dessen „Bibliothek der Weltliteratur“ einst luxuriös ausgestattete Dünndruckausgaben erschienen waren, mit aktuell gerade noch fünf Buchtiteln über Wasser; Artemis & Winkler, früher einmal der angesehenste Verlag für hochwertige Dünndruckbände der Weltliteratur, ist seit 2016 als Marke verschwunden.

Bevor das Internet die Lesegewohnheiten grundlegend veränderte, gab es mit der „Bibliothek deutscher Klassiker“ im zu Suhrkamp/Insel gehörenden Deutschen Klassiker Verlag ein letztes Aufbäumen mit Neueditionen klassischer deutscher Literatur. Von 1981 an erschienen hier kommentierte Gesamtausgaben von Lessing, Goethe, Schiller, Kleist, E. T. A. Hoffmann, Eichendorff oder Wieland. 2013 war das Projekt abgeschlossen. Viele Bände sind seitdem vergriffen und Neu-



Klassikerverfilmung nach B. Traven: Horst Buchholz, Mario Adorf und Helmut Schmid (v.l.) auf dem „Totenschiff“ von 1959 Foto: pa

auflagen nicht vorgesehen. Diese lohnen sich bei abflauenden Leserzahlen kaum.

Wer nicht auf die lieblos aufgemachten Billigausgaben vom Anaconda- oder Marix-Verlag zurückgreifen möchte, muss sich seine verstreut erscheinenden Lieblingsklassiker in anderen Verlagen zusammensuchen. So etwa die Große Brandenburger Ausgabe der Werke Fontanes bei Aufbau, Schillers sämtliche Werke bei Hanser oder Kafka bei S. Fischer.

Als Deutscher schaut man neidvoll ins Ausland. In England legt man Dickens und Co. bei den „Wordsworth“ und „Penguin Classics“ stets neu auf. In Frankreich

genießen Molière, Balzac, Zola oder Proust ihren Sonderstatus in der legendären „Bibliothèque de la Pléiade“ des Verlags Gallimard. Selbst in Italien sind bei Mondadori alle unsterblichen Edelfedern von Dante bis Italo Svevo versammelt.

In der Schweiz geht der Diogenes Verlag mit gutem Beispiel voran und sorgt für Neueditionen von klassischen deutschen Texten. Jüngst hat man damit begonnen, den Werken von Jeremias Gotthelf im Rahmen der Zürcher Leseausgabe zu neuem Schwung zu verhelfen. Der Schweizer Schriftsteller und Pfarrer Albert Bitzios, der unter dem Pseudonym Jeremias Got-

thelf Romane und Erzählungen schrieb, ist immer eine Wiederentdeckung wert. In „Uli der Knecht“ und dem Folgeroman „Uli der Pächter“ hat er wie kein anderer die Schweizer Bauernwelt in farbenprächtigen Bildern geschildert. Dies gelang ihm ebenso mit seiner gleichnishaften Novelle „Die schwarze Spinne“, in der eine als Spinne dargestellte Seuche jeden daharrafft, der nicht gottesfürchtig ist.

Die im Berndeutscher eingefärbte Sprache ist für heutige Leser nicht immer leicht zu verstehen. Ein Glossar und Nachworte zu den Texten helfen jedoch über Verständnisschwierigkeiten hinweg.

Neben Gotthelf erweckt Diogenes auch B. Traven wieder zum Leben. Dieser schrieb Abenteuergeschichten wie den 1959 mit Horst Buchholz und Mario Adorf verfilmten Roman „Das Totenschiff“, den Diogenes jetzt mit einem Nachwort des Bestseller-Autors Volker Kutscher („Babylon Berlin“) neu verlegt hat.

Traven ist der bekannteste Unbekannte in der neueren deutschen Literatur. Der Name ist ein Pseudonym, hinter dem nach letzten Erkenntnissen wohl der aus dem brandenburgischen Schwiebus stammende Anarchist Ret Marut steckt. Nach seiner Teilnahme an der Münchner Räterepublik floh er nach Mexiko und schuf dort Klassiker wie den „Schatz der Sierra Madre“. In „Das Totenschiff“ zeigt er sich als engagierter Augenzeuge, der die höllischen Arbeitsbedingungen der Heizer an Bord eines Frachtschiffs schildert.

Man kann darüber diskutieren, ob Traven mit den textlichen Säuberungen der neuen Edition, die den Begriff „Neger“ eliminiert, einverstanden gewesen wäre. Vielleicht erleben die Klassiker dadurch ja eine Renaissance, wenn sie demnächst alle im „woken“ Verständnis unserer Zeit sprachlich reformiert werden.



B. Traven: Das Totenschiff, Diogenes, Zürich 2023, 416 Seiten, gebunden, 26 Euro



Jeremias Gotthelf: Uli der Knecht, Diogenes, Zürich 2023, 480 Seiten, gebunden, 32 Euro. In der Zürcher Leseausgabe der Werke Gotthelfs sind bislang auch erschienen: **Uli der Pächter**, **Die schwarze Spinne**, **Der Bauernspiegel**

SAKRALE KUNST

Romantische Spiegelungen

In Caspar David Friedrichs Farben schuf der Künstler Ólafur Elíasson Chorfenster für den Greifswalder Dom

Ein Glanzlicht der Greifswalder Festlichkeiten zum 250. Geburtstag Caspar David Friedrichs (1774–1840) sind Ólafur Elíassons farbenprächtige neue Chorfenster im 800 Jahre alten Dom St. Nikolai. In ihm wurde der romantische Maler am 7. September 1774 getauft. Nachdem Napoleons Truppen den Dom entweicht hatten, erfolgte die Neugestaltung des Inneren zwischen 1824 und 1833 unter der Leitung des mit Friedrich befreundeten Malers und Architekten Gottlieb Giese. Die Holzarbeiten wie zum Beispiel die als „Binnenchor“ bezeichneten Stellwände erledigte ein Bruder Friedrichs: der Kunstschmied Christian Joachim. Dompastor Tilman Beyrich erklärt: „Diese romantische Umgestaltung ist einzigartig in Norddeutschland.“

Vorgesehen war damals auch die farbige Gestaltung der drei Chorfenster. Doch dafür fehlte das Geld. Die Wiederaufnahme des Projekts durch Beyrich und die Dombaubegleitgruppe heißt „Dom romantisch!“ und umfasst sowohl Restaurierungsarbeiten am Bauwerk als auch Buntglas für die zuvor eintonig grauen Chorfenster. Was das Kunstwerk gekostet hat, will Beyrich nicht verraten.

Der weltweit erfolgreiche isländisch-dänische Künstler Elíasson entwickelte mit seinem Berliner Studio, dem etwa 100 Mitarbeiter angehören, ein Kunststück, das mehr ist als ein Werk aus farbi-

gem Glas. Durch seine Fenster soll das Licht von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang in den Dom fallen. Möglich macht das ein „Heliostat“ genannter drehbarer Spiegel im Außenbereich. Weitere Spiegel

sind für den Innenraum vorgesehen. Aber die Installation der Innen- und des Außenspiegels steht noch aus. Und so ist das von Elíasson „Fenster für bewegtes Licht“ betitelte Kunstwerk trotz seiner Einweihung am 7. April unvollendet. Es wird jedoch im Laufe des Jahres vervollständigt.

Aber die Chorfenster sind auch ohne die noch fehlenden technischen Raffinesse sehenswert. Sie bestehen aus 3383 Scheiben mundgeblasenen Antikglases in 65 Farbtönen. Für die entwarf Elíasson eine geometrische Bleiverglasung aus Rauten und Kreisen. Elíassons Fenster sind eine Hommage an Caspar David Friedrichs Himmelsdarstellungen.

Insbesondere das Gemälde „Huttens Grab“ (um 1823/24) inspirierte ihn. Das Bild aus dem Besitz der Klassik Stiftung Weimar wird ab August in Dresdens Albertinum und ab November im Schiller-Museum Weimar ausgestellt. Es zeigt drei leere Fenster der Klostersruine Oybin, durch die das rote, gelbe und blaue Himmelslicht fällt. Diesen Farbverlauf griff Elíasson auf.

Veit-Mario Thiede



Rechtes Chorfenster im Greifswalder Dom St. Nikolai: „Fenster für bewegtes Licht“

● MELDUNG

Mit Kant durch Königsberg

Lüneburg – Zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreussische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant vom 18. April bis 13. Oktober eine Sonderausstellung. Zu sehen sind zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Objekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, Ölgemälde oder das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte der Aufklärer in seiner Heimatstadt Königsberg. „Virtual Reality“ lässt das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen. Geboten wird auch eine Vorschau auf die entstehende Kant-Dauerausstellung im Landesmuseum: Wie bringt man Kants Philosophie ins Museum? Welche seiner Ansätze sind heute besonders relevant, welche kritikwürdig? Die Dauerausstellung wird 2025 fertig sein und dann vor allem Kants Ideenwelt thematisieren. Infos: www.ol-ig.de tws

● Dom St. Nikolai, Domstraße 54, Greifswald. www.dom-greifswald.de

BERLIN

Erscheinen
am Sonntag
eingestellt

Der Berliner Zeitungsmarkt ist seit Kurzem um zwei weitere Traditionsangebote ärmer. Bereits zum 30. Juli vergangenen Jahres hatte die Berliner Boulevardzeitung „B.Z.“ ihre gedruckte Sonntagsausgabe eingestellt. Seit Anfang dieses Monats erscheinen nun auch die „Berliner Morgenpost“ und der „Tagesspiegel“ sonntags nicht mehr mit Druckausgaben. Die Funke Mediengruppe als Eigentümer der „Morgenpost“ will sich zu konkreten Geschäftszahlen nicht äußern, teilte aber mit, sie habe keine „robuste wirtschaftliche Perspektive“ für die Sonntagsausgabe gesehen. Die Ära der extrem umfangreichen Sonntagsausgaben ist damit auch auf dem Berliner Zeitungsmarkt beendet. Überregionale Angebote wie die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ und die „Welt am Sonntag“ erscheinen bereits seit 2021 immer schon sonnabends.

Der Berliner „Tagesspiegel“ hatte seinen Entschluss, keine gedruckte Sonntagsausgaben mehr anzubieten, mit steigenden Logistikkosten begründet. Die „Berliner Zeitung“, Hauptkonkurrent des „Tagesspiegel“, verwies in ihrer Berichterstattung darauf, dass schon der Relaunch der Printausgabe des „Tagesspiegel“ nicht funktioniert habe, und stellte die Frage, wie lange Verleger Dieter von Holtzbrinck am „Tagesspiegel“ noch festhalten werde. Derlei Kommentare sind Teil einer schon seit Monaten ausgetragenen Fehde zwischen den beiden Hauptstadtzeitungen. So warf der „Tagesspiegel“ dem Konkurrenzblatt etwa vor einigen Wochen vor, ein Interview mit Roger Waters verfälscht zu haben. Die „Berliner“ konterte mit dem Vorwurf, der „Tagesspiegel“ verzerrte die Wahrheit.

Wieder aufgelebt erscheint damit eine Konkurrenzsituation, wie sie bereits im Gründungsjahr beider Zeitungen bestand. Im Herbst 1945 war der „Tagesspiegel“ die erste deutsche Tageszeitung, die von der US-amerikanischen Besatzungsmacht eine Lizenz erhalten hatte. Die US-amerikanischen Behörden selbst hatten nach dem Einzug in ihrem Berliner Besatzungssektor am 8. August 1945 die „Allgemeine Zeitung“ herausgebracht.

Mitarbeiter der bereits im November 1945 wieder eingestellten Zeitung waren unter anderem der spätere Regierungssprecher Peter Boenisch, der bekannte Theaterkritiker Alfred Kerr und Egon Bahr. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte schon am 21. Mai die „Berliner Zeitung“ ins Leben gerufen. Die Chefredaktion lag zu diesem Zeitpunkt noch in sowjetischer Hand. Einer der ersten Journalisten des Blattes war Konrad Wolf, der später als Filmmacher bekannt wurde.

Jahrzehnte nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung der Stadt ist zumindest auf dem Zeitungsmarkt Berlins noch immer eine Teilung zu erkennen. Der „Tagesspiegel“ hat seine Kernleserschaft weiterhin im Westteil Berlins. Unübersehbar hat das Blatt bis heute seine stark transatlantische Ausrichtung behalten. Hinzugekommen sind in den letzten Jahren mancherlei Zeitgeistthemen, etwa der „Queerspiegel“ mit „News zu LGBT-Themen“. Die „Berliner Zeitung“ hat seit 1990 gleich mehrmals den Eigentümer gewechselt. Im Jahr 2019 übernahm der mitteldeutsche Unternehmer Holger Friedrich die „Berliner Zeitung“ und versucht sich seitdem an einer Neuausrichtung des Blattes. Hermann Müller

REPUBLIC OF IRELAND ACT

Dublin vollendet die
Loslösung von London

Vor 75 Jahren, zum 33. Jubiläum des Osteraufstandes, machte (Süd-)Irland klar, dass es eine Republik ist, dass an seiner Spitze sein Präsident und nicht der britische König steht und dass es nicht dem Commonwealth angehört



Am Ostermontag 1949 in Dublin: Der nun unbezweifelbare neue Status als unabhängige Republik außerhalb des britischen Commonwealth wird mit Freudenfeuer begrüßt

Foto: pa/Associated Press

VON HEINRICH PRINZ VON
HANNOVER

Zwischen 1801 und 1921 stand Irland direkt unter britischer Herrschaft. Ein wesentlicher Aspekt irischer Bestrebungen in dieser Epoche bestand im Kampf um Katholikenemanzipation und eine von Großbritannien unabhängige Regierung. Daraus entwickelte sich ein irischer Nationalismus (Gaelic League), der Irland seine eigene Kultur und Sprache wiedergeben wollte, um Irlands Recht unter den Nationen der Welt herauszustellen und schließlich auch Großbritannien davon zu überzeugen, die eigenständige irische Nation anzuerkennen. Je mehr sich jedoch die irische Nation als katholisch verstand, desto klarer wurde der protestantische Norden ausgegrenzt, und Ulster trieb man auf die Seite des protestantischen Großbritanniens. Die irischen Abgeordneten wollten sich aus Westminster zurückziehen, um in Dublin ein neues Parlament zusammentreten zu lassen. Dafür wurde 1905 die Partei Sinn Féin (wir selbst) gegründet. Doch als neue Kraft entwickelte sich in Irland die Arbeiterbewegung.

Irische Arbeiter kamen aus England zurück und schlossen sich in Belfast und Dublin der Arbeiterbewegung an. Ihr Ziel war es, sich vom Empire, zu lösen, was dazu führte, dass sich mittlerweile die unionistischen Gegenkräfte formierten. Sie vertraten die Ansicht, dass es Irland besser habe in einer Union mit Großbritannien. Die Entscheidung für Irlands Selbstverwaltung (Home Rule) fiel in Westminster 1911 mit dem Parliament Act, einem Gesetz des britischen Parlaments vom 10. August 1911, nachdem das Oberhaus die dritte Home Rule Bill für Irland nicht mehr verhindern konnte.

Am 18. September 1914 unterschrieb der englische König Georg V. die dritte Home Rule Bill mit der Maßgabe, dass sie

erst nach dem Ende des Krieges in Kraft treten solle. Es kam daraufhin kurzfristig zu einer Art Burgfrieden, und es kämpften 200.000 irische Freiwillige in der regulären britischen Armee, von denen 60.000 fielen.

Government of Ireland Act

Über die dritte Home Rule Bill gingen indes die unruhigen Kriegszeitgen hinweg. Stattdessen passierte nach dem Krieg eine vierte Home Rule Bill, der sogenannte Government of Ireland Act vom 23. Dezember 1920, das englische Parlament. Dieses neue Gesetz sah eine Trennung Irlands von Großbritannien vor und teilte Irland in einen unabhängigen Freistaat und ein weiterhin zum Vereinigten Königreich gehörendes Nordirland. Staatsoberhaupt aber sollte vorerst der englische König bleiben, auf den die irischen Parlamentsmitglieder einen festgeschriebenen Eid zu leisten hatten.

Beide Teile Irlands erhielten jeweils eigene Zweikammerparlamente nach englischem Vorbild. Dies führte im Süden dazu, dass eine Minderheit von protestantischen Grundbesitzern im Parlament übermäßig stark vertreten war. Überdies

behielt sich Großbritannien das Recht vor, außenpolitisch beide irische Teile zu vertreten sowie über Krieg und Frieden zu entscheiden, also das gesamte irische Heer zu befehligen.

Es war keine nachhaltige Lösung, die man sich in London für Irland ausdachte. Sie befriedigte keine Seite. Die Unionisten des Nordens wollten weiterhin zu Großbritannien gehören. Der Freistaat im Süden unter Sinn Féin verlangte die völlige Unabhängigkeit von Großbritannien und deshalb eine Loslösung von Nordirland, also Freiheit vor Einheit. Im Gegensatz dazu forderten die katholischen Nationalisten unter ihrem charismatischen Politiker Éamon de Valera ein geeintes Irland ohne Großbritannien, also Freiheit und Einheit. 1926 gründete er vor allem aus Sinn-Féin-Mitgliedern die neue Partei Fianna Fáil (Soldaten Irlands) und war bis 1959 deren erster Vorsitzender. Im Parlament des Freistaates wurde seine Partei 1932 stärkste Kraft und er selbst zum Präsidenten des Exekutivrats gewählt.

Die von ihm geführte neue Regierung schaffte in einer der ersten Amtshandlungen den festgeschriebenen Eid auf die bri-

Staats- und Regierungschefs Irlands



FOTO: NATIONAL PHOTO COMPANY



FOTO: NATIONAL PHOTO COMPANY



FOTO: LIBRARY OF CONGRESS

König Georg V. regierte von 1910 bis 1936 und damit zu Zeiten der dritten sowie der vierten Home Rule Bill, des sogenannten Government of Ireland Act.

Éamon de Valera war 1932 bis 1948, 1951 bis 1954 und 1957 bis 1959 irischer Regierungschef sowie von 1959 bis 1973 der dritte Präsident von Irland.

Georg VI. war der letzte König von Irland und Kaiser von Indien. In seine Regierungszeit als britischer Monarch von 1936 bis 1952 fällt der Republic of Ireland Act.

tische Krone ab. In der Folge von gut gemeinten Wirtschaftsreformen, die allesamt fehlschlügen, rutschte der Freistaat in eine langanhaltende Wirtschaftskrise. Dabei erstarkte die Irish Republican Army (IRA), eine militante irische Unabhängigkeitsbewegung, die vor allem mit Gewalt eine Loslösung Irlands von Großbritannien forderte. In dieser Zeit des Umbruchs entwickelte sich de Valeras Fianna Fáil zu einer staatstragenden Partei, und die IRA wurde von der Regierung unterdrückt und erfolgreich bekämpft.

1937 ließ de Valera eine neue Verfassung ausarbeiten. Aus dem „Irischen Freistaat“ (Saorstát Éireann) wurde „Irland“ (Éire), so der neue Staatsname. Der Präsident des Exekutivrats wurde zum Premierminister aufgewertet. „Vorrang gegenüber allen anderen Personen innerhalb des Staates“ hatte nun ein direkt vom Volk gewählter „Präsident von Irland“.

Verfassung von 1937

Anders als die IRA vertrat de Valera die Ansicht, dass eine Loslösung Irlands von Großbritannien fürderhin nur über den parlamentarischen Weg verwirklicht werden könne. Ein wichtiger Schritt bei dieser Loslösung war seine Neutralität im Zweiten Weltkrieg. Die öffentliche Meinung in Irland stand in dieser wichtigen Frage geschlossen hinter de Valera. Der Grund war wohl im alten Hass gegen Großbritannien zu suchen, der es undenkbar erscheinen ließ, noch einmal dessen Kriege auszufechten.

Der britische Premier Winston Churchill versprach den Iren zwar die Wiedervereinigung nach dem Zweiten Weltkrieg als Gegenleistung für den Kriegseintritt. Doch de Valera wollte davon nichts wissen, weil er nicht daran glaubte, dass Churchill die Unionisten Nordirlands zum Einlenken bringen könnte. So entging Irland den Schrecken des Zweiten Weltkrieges. Die Frage, ob Churchill sein Versprechen wahrgemacht hätte, ist ebenso offengeblieben wie die irische Frage.

Offen oder zumindest umstritten blieb vorerst auch die Staatsform Irlands. War das Commonwealth-Mitglied seit der Verfassungsreform von 1937 eine Republik oder weiterhin eine Monarchie? Der „Präsident von Irland“ hatte „Vorrang gegenüber allen anderen Personen innerhalb des Staates“, aber hatte er auch den britischen König als Staatsoberhaupt abgelöst? Immerhin nannte sich Letzterer immer noch „König von Großbritannien, Irland und den britischen Dominions“. Und war Irland noch Mitglied des Commonwealth?

Hier brachte nun vor 75 Jahren der Republic of Ireland Act Klarheit. Bewusst wurde allen Verbindungen zu Großbritannien eine Absage erteilt. Irland war nun explizit eine Republik und sein Staatsoberhaupt der Präsident. Für Indien war kurz zuvor die Möglichkeit geschaffen worden, trotz der Abkehr von der Monarchie Mitglied des Commonwealth zu sein. Irland machte von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch.

Im Ireland Act 1949 akzeptierte Großbritannien die Entscheidung Irlands. 1952, im Jahre des Thronwechsels von Georg VI. zu Elisabeth II. wurde der Titel des Monarchen entsprechend von „König(in) von Großbritannien, Irland und den britischen Dominions“ in „König(in) des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland sowie ihrer/seiner anderen Reiche und Territorien“ angepasst.

Hochsymbolisch war das Datum, an dem der Republic of Ireland Act in Kraft trat. Mit dem 18. April 1949 war es der Ostermontag jenes Jahres. 33 Jahre zuvor, am Ostermontag 1916, hatte er angefangen, der legendäre Osteraufstand.

● **Heinrich Prinz von Hannover,** Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlich-Prinz von Großbritannien und Irland, ist ein Urenkel Kaiser Wilhelms II. und ein Ururenkel König Ernst Augusts I. Er arbeitet als Verleger in Göttingen.

VON MARTIN STOLZENAU

Am 11. April 1824 wurde Johanna von Puttlamer als zweites Kind von Heinrich von Puttkamer, Herr auf Viartlum, Darsekow und Reddies, im pommerschen Viartlum geboren. Kindheit und Jugend verlebte sie in und bei Reinfeld. Der Ort im Landkreis Rummelsburg, Regierungsbezirk Köslin, ist 1527 erstmals schriftlich in einem Lehnbrief erwähnt worden, kam später an die Adelsfamilie von Glasenapp und fiel 1839 an Luitgard von Puttkamer, eine geborene von Glasenapp. Das war die Mutter von Johanna.

Ihr Vater war ein kirchlich-konservativer Landjunker, der einem Uradelsgeschlecht aus Hinterpommern entstammte. Es ist ab 1257 nachgewiesen, hat mehrere Güter in Pommern besessen, spaltete sich in die vier Hauptzweige Barnow, Norkatten, Schickerwitz und Wollin auf und brachte viele hohe Staatsbeamte, Minister und Generäle hervor. Auch Jesco von Puttkamer, der berühmte Raumpfadspzialist, der in der Nachfolge Wernher von Brauns bei der US-amerikanischen Luft- und Raumpfadbehörde NASA Karriere machte, ist ein Spross der Familie, die bis heute existiert und regelmäßige Familientage durchführt.

Die Eltern Puttkamer erzogen die einzige Tochter Johanna auf Gut Alt Kolziglow nahe Reinfeld streng pietistisch. Da war der flotte Otto von Bismarck mit seinem eher etwas ausschweifenden Lebenswandel zunächst kein Thema. Der junge Herrenreiter, der ab 1839 die eigenen Familiengüter vor allem auch in Pommern in die Gewinnzone wirtschaftete, kam dabei in Kontakt zum Pietistenkreis um Moritz von Blankenburg und Heinrich von Puttkamer.

Bei ihm war es anfänglich Vernunft

Lange widmete er sich Marie von Thadden-Trieglaff, der attraktiven und überaus gebildeten Ehefrau Blankenburgs, die seine auffällende Aufmerksamkeit allerdings, um Peinlichkeiten zu vermeiden, auf Johanna von Puttkamer lenkte. Zuerst erfolglos. Deshalb arrangierten die Blankenburgs 1846 für ihre pietistischen Freunde eine Harzreise. Mittendrin Otto von Bismarck und Johanna von Puttkamer, die sich inmitten der idyllischen Natur näherkamen. Der Junker auf Freiersfüßen ließ den Sekt in Strömen fließen, gab sich überaus weltmännisch und wandte sich schließlich immer stärker der Puttkamertochter zu. Man besuchte die mittelalterliche Märchenburg Falkenstein, wo Eike von Repkow den berühmten „Sachsenspiegel“ Anfang des 13. Jahrhunderts verfasst haben soll, genoss das Selketal und weilte im damaligen Modebad Alexisbad im Fürstentum Anhalt-Bernburg. Spätestens hier funkte es wohl zwischen Otto und Johanna. Diese Harzreise war im Sinne der Eheanbahnung letztlich ein voller Erfolg.

Nach der Heimkehr nach Pommern und dem plötzlichen Tod von Marie von Thadden nahm Bismarck seinen berühmten Werbebrief an den Vater von Johanna von Puttlamer in Angriff. Er gab sich in gewählten Worten als reuiger Sünder, der auf dem Weg der Besserung sei und für Johanna das Beste wolle. Das hatte Wirkung, überzeugte den skeptischen Vater Puttkamer und führte am 28. Juli 1847 geradewegs zur Hochzeit auf Gut Alt Kolziglow, nahe dem anderen Puttkamergut Reinfeld.

Anlässlich seiner Heirat schrieb Bismarck an seinen Bruder: „Ich glaube ein großes und nicht mehr erhofftes Glück gemacht zu haben, indem ich ganz kaltblütig gesprochen eine Frau von seltenem Geist und seltenem Adel der Gesinnung heiratete, dabei liebenswürdig und sehr vacille á vivre wie ich nie ein Frauenzimmer gekannt habe.“ Das sagt alles.

Ein Jahr später kam mit Marie das erste von drei Kindern des Ehepaares zur Welt. Es folgten 1849 Herbert und 1852 Wilhelm.

Bismarck indes machte Karriere, wurde Abgeordneter, Botschafter, Minister



Otto und Johanna von Bismarck um 1850: Holzstich aus der Zeit um 1890 nach einer Fotografie

Foto: akg images

JOHANNA VON PUTTKAMER

„Du bist mein Anker an der guten Seite des Ufers“

Die Ehefrau Otto von Bismarcks kam vor 200 Jahren im pommerschen Viartlum zur Welt

und schließlich Ministerpräsident mit dem wachsenden Vertrauen des preussischen Königs Wilhelm I., dem er schließlich die Kaiserkrone verschaffte. Der Aufsteiger war rastlos tätig, lebte recht ungesund, genoss nur selten sein Eheglück und war dann bei der Ehefrau in besten Händen.

Ihre Liebe war grenzenlos

Nach Preußens Sieg im Deutschen Krieg gegen Österreich erwarb Bismarck von einer Dotation seines dankbaren Herren

in Höhe von 400.000 Talern das Rittergut Varzin südöstlich von Schlawe und nahe Reinfeld und Alt Kolziglow. Dort verbrachte das Paar viele Sommer und Winter. 1868 ließ Bismarck an der Wipper die Papierfabrik Hammermühle errichten, 1871 folgte die größere Fuchsmühle. Diese Papierfabriken, die 1890 unter dem Namen Varziner Papierfabrik AG firmierten, entwickelten sich zum größten Industrieunternehmen in Ostpommern und einem bedeutenden Produzenten für Banknoten. Der spätere „Alte aus dem Sachsen-

wald“ kümmerte sich in Varzin bereits besonders um den Wald. Dort fand er Ruhe und Erholung. Das Schloss blieb bis zur Besetzung Pommerns durch die Rote Armee 1945 im Besitz der Bismarcks. Ab 1946 wurde das Schloss als Schulungszentrum genutzt, 1951 wurde die noch heute bestehende Forstschule gegründet.

Über alle Jahrzehnte war es Johanna, die Bismarck pflegte, tröstete und aufbaute. Der Kanzler wusste um ihre Bedeutung für sich und schrieb von allen Aufenthalten in der Fremde eine richtiggehende Briefflut, die weitgehend überliefert ist.

Als Johanna, der er in einem Brief schrieb: „Du bist mein Anker an der guten Seite des Ufers, reißt der, so sei Gott meiner Seele gnädig“, am 27. November 1894 bei einem Aufenthalt in Varzin starb, war das für ihren Mann wie ein Erdbeben. Er ließ das Varziner Gartenhaus, den Lieblingsplatz der Verstorbenen, in eine Grabkapelle umbauen und seine Frau hier bestatten. Erst nach dem Tod ihres Ehemannes 1898 wurde ihr Leichnam von Varzin in das Bismarck-Mausoleum in Friedrichsruh überführt. Vor 125 Jahren, am 16. März 1899, wurden die Särge der beiden Ehepartner in einer feierlichen gemeinsamen Beisetzung in zwei Sarkophagen aus Untersberger Marmor in der Kapelle eingelassen.

GROSSHERZOGIN SOPHIE

Verdient um Kultur und Soziales

Sophie von Oranien-Nassau war nur drei Tage älter als Johanna von Puttkamer, entstammte aber nicht dem niederen, sondern dem Hochadel. Ihr Vater war der zweite König der Niederlande und Großherzog von Luxemburg, Wilhelm II., ihre Mutter die russische Großfürstin Anna Pawlowna, eine Tochter des Zaren Paul I. und damit Enkelin Katharinas der Großen.

1842 heiratete Sophie in der Residenzstadt ihres Vaters, in Den Haag, ihren Cousin ersten Grades Carl Alexander. Dessen Mutter Maria Palowna war eine ältere Schwester von Sophies Mutter. Carl Alexanders Vater war der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach Carl Friedrich. Als Letzterer 1853 starb, wurde Sophies Ehemann als dessen einziger legitimer Sohn auch dessen Nachfolger.

Die nun beginnende Ära des seenverwandten, liberalen großherzoglichen Paares ist als Silbernes Zeitalter in die Geschichte Weimars eingegangen. Die Landesmutter wirkte sowohl auf kulturellem als auch auf sozialem Gebiet äußerst segensreich. An der Gründung diverser kultureller wie sozialer Einrichtungen wie dem Goethe- und Schiller-Archiv hatte die überzeugte Christin, Mäzenin und Protektorin der Goetheforschung maßgeblichen Anteil. Dabei standen der niederländischen Königstochter aus ihrem diesbezüglichen Erbe bedeutende finanzielle Mittel zur Verfügung.

Aus der Ehe des Großherzogpaares gingen vier Kinder hervor. Der Geburt des Erbprinzen Karl August im Jahre 1844 folgten 1849 Marie Alexandrine, 1851 Anna und 1854 Elisabeth. Das Paar musste den Tod der Hälfte seiner Kinder noch miterleben. Anna starb 1859 noch im Kindesalter, Karl August 1894. Der Erbprinz, dessen Volkstümlichkeit und unkompliziertes Zugehen auf die Bewohner des Großherzogtums gerühmt wurde, war chronisch krank. Er verstarb während eines Kuraufenthaltes im südostfranzösischen Kanton Menton, das wegen seines Klimas als heilsam für Tuberkuloseerkrankte bekannt war. Nach dem Tod des Hoffnungsträgers zog sich die



Sophie und Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach um 1885

Mutter weitestgehend aus der Öffentlichkeit zurück. Sie verstarb nach einer Erkältung am 23. März 1897 in der Residenzstadt Weimar an Herzschwäche. Wie Johanna von Puttkamer ging sie damit ihrem Ehemann vier Jahre voraus. Die Nachfolge Carl Alexanders trat Karl Augusts ältester Sohn Wilhelm Ernst an. Der Enkel Sophies war der letzte regierende Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach und Initiator des Neuen Weimar. *Manuel Ruoff*

Kurzbiographien



FOTO: SENKOWSKI/WIKIMEDIA

Marie von Thadden-Trieglaff trug denselben Vornamen wie die einzige Tochter ihrer Jugendfreundin Johanna von Puttkamer und Otto von Bismarcks.



FOTO: UNBEKANT/WIKIMEDIA

Herbert von Bismarck arbeitete seinem Vater im Auswärtigen Amt zu. Nach dessen faktischer Entlassung trat er als Staatssekretär des Äußeren zurück.



FOTO: CHRISTIAN WILHELM ALB. VON WITTE/USA

Wilhelm von Bismarck war ab 1885 Landrat von Hanau, ab 1889 Regierungspräsident von Hannover und ab 1895 Oberpräsident in Ostpreußen.

VON WOLFGANG KAUFMANN

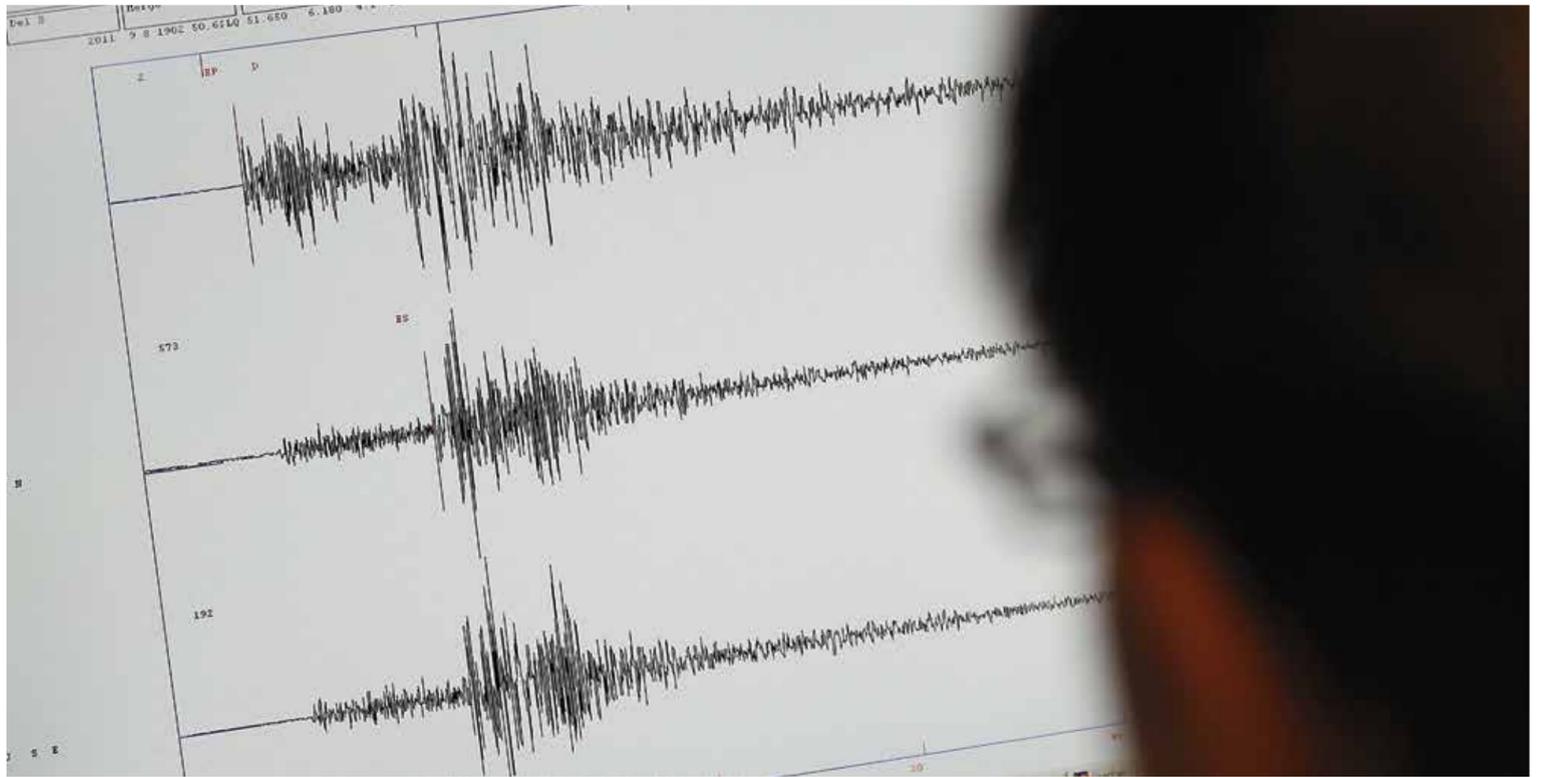
Auch wenn dies in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vorkommt: Deutschland ist ein typisches Erdbebenland. In den vergangenen 2000 Jahren ereigneten sich auf unserem Boden mehr als einhundert schwere Erdbeben und viele Millionen leichtere Erschütterungen der Erdkruste. Dabei waren ganz unterschiedliche Regionen von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen betroffen. Das größte Erdbebenrisiko hierzulande besteht in der Kölner Bucht, in der Schwäbischen Alb südlich von Tübingen, im Oberrheingraben sowie im Gebiet zwischen Leipzig und dem Vogtland.

In diesen Regionen fanden in den Jahren 803, 998, 1080, 1728, 1756, 1872, 1911, 1978 und 1992 Erdbeben mit Stärken von etwa 5,7 bis 6,4 auf der Richterskala statt. Die verheerendste dieser Naturkatastrophen ereignete sich wohl am 18. Februar 1756 im Raum Köln, Aachen, Jülich und Düren. Damals stürzten Teile der Stadtmauern von Düren und Bad Münstereifel ein, und der Turm der Aachener Augustinerkirche geriet derart in Schräglage, dass er später abgerissen werden musste. Außerdem starben vier Menschen. Nicht ganz so schwer war das Beben von Albstadt-Ebingen am 16. November 1911 – dessen Stärke betrug statt 6,4 nur 6,1. Dennoch kam es zu Schäden an 6250 Gebäuden.

Bis zu einer Stärke von 7,0

Es existieren ernst zu nehmende Hinweise darauf, dass in Deutschland noch wesentlich folgenreichere Beben möglich sind. Dies jedenfalls meinen Paläo-Seismologen wie Christoph Grützner von der Universität Cambridge und Kirs Vanneste vom Königlichen Observatorium in Brüssel. Dabei verweisen sie auf einige uralte Verwerfungszonen unweit von Jülich mit erheblichen Höhenunterschieden zwischen den Bodenschichten auf beiden Seiten der geologischen Störungen, welche auf Erdbeben mit einer Magnitude von 7,0 oder mehr hindeuten. Und solche Ereignisse wären auf jeden Fall äußerst dramatisch, denn bei einem Beben der Stärke 7,0 auf der logarithmischen Richterskala wird zehnmal mehr Energie freigesetzt als bei einem 6,0-Beben.

Angesichts dessen stellt sich die Frage, ob die bestehenden deutschen Vorschriften zur „Auslegung von Bauwerken gegen Erdbeben“ tatsächlich ausreichend sind. Denn die Zuordnung von Kernkraftwerken, Chemieanlagen, Staudämmen und Hochhäusern zu einer Gefährdungszone basiert auf Erkenntnissen über die Erdbeben der vergangenen 1500 Jahre. Was nun aber, wenn in gewissen Abständen auch viel größere Beben möglich sind? So vermutet der Geophysiker Ludwig Ahorner von der Universität Köln, dass Erdbeben



Klassische Erdbebenmodelle taugen für Vorhersagen hierzulande nur wenig: Seismologe bei der Arbeit

Foto: pa/Oliver Berg

SEISMOLOGIE

Die unterschätzte Gefahr unter unseren Füßen

Vor Erdbeben wähen sich die Deutschen weitgehend sicher. Doch ein Blick in Geologie und Geschichte zeigt, dass auch schwere Erschütterungen unser Land heimsuchen können

der Stärke 6,7 oder mehr im Bereich der Kölner Bucht alle 18.000 Jahre auftreten könnten. Und niemand weiß, wie viel Zeit seit dem jüngsten Beben dieser Art vergangen ist.

Indes leiden Wahrscheinlichkeitsannahmen wie die von Ahorner unter dem Manko, dass das klassische zyklische Erdbebenmodell nur sehr wenig taugt, um die Verhältnisse hierzulande zu beschreiben. Erdbeben entstehen zumeist, wenn zwei Kontinentalplatten aneinanderstoßen oder voneinander wegdriften, was zu kontinuierlich wachsenden Spannungen in den Gesteinsschichten an den Plattenrändern führt. Diese lösen sich dann plötzlich und ruckartig, wobei oftmals das Hundertfache der Energie einer Wasserstoffbombe freigesetzt wird. Danach beginnt der Prozess wieder von vorn. Der Zeitrahmen hierfür lässt sich relativ genau abschätzen. Deutschland liegt aber an keiner Plattengrenze, sondern mitten auf

der Europäischen Platte. Deshalb sind die hiesigen Beben sogenannte Intraplattenbeben, bei denen weitgehend unklar ist, woher die Kräfte kommen, welche für die Spannungen im Gestein sorgen.

Schäden von 100 Milliarden Euro

Eine Theorie basiert auf der Tatsache, dass infolge der Kollision der Apulischen mit der Europäischen Platte nicht nur die Alpen in die Höhe wuchsen, sondern vor etlichen Millionen Jahren auch ein gewaltiger Riss in der Erdkruste vom Westrand der Alpen bis zur Nordsee entstand, den Flüsse wie der Rhein später mit einer 1000 Meter mächtigen Sedimentschicht füllten. Zu diesem Riss gehören unter anderem der Ruhrgraben, der Oberrheingraben und die Niederrheinische Bucht sowie zahlreiche weitere kleine Störungen, welche sich bildeten, als der große Graben im Bereich des Niederrheins vor 25 Millionen Jahren trichterförmig aufzuklaffen

begann. Hier geschieht im Prinzip das Gleiche wie an den Plattengrenzen, allerdings in sehr viel geringerem Tempo. So verschiebt sich selbst die „schnellste“ der vielen niederrheinischen Verwerfungen, die Peelrand-Störung, um gerade einmal einen zehntel Millimeter jährlich.

Das ist hundertmal langsamer als das Wachstum von Fingernägeln. Bis hierdurch Spannungen in der Erdkruste entstehen, die Erdbeben auslösen können, vergehen Zehntausende von Jahren. Also muss es neben den Bewegungen im Bereich der Grabenbruchsysteme quer durch Westdeutschland noch andere Ursachen für die häufigen Erschütterungen geben.

Glaukt man einer weiteren Theorie, liegen diese in der Eiszeit. Beim Drenthel-Vorstoß während der Saale-Riß-Kaltzeit vor rund 150.000 Jahren schoben sich kilometerhohe Gletscher von Skandinavien aus bis in den Raum des heutigen Düssel-

dorf und von den Alpen her bis in die Gegend von München, Wien und Bern. Durch das ungeheure Gewicht dieser Eismassen wurde der Boden tief nach unten gedrückt. Danach kam es infolge des Abschmelzens der Gletscher zu einem Zurückschwingen der Gesteinsschichten nach oben, welches bis heute andauert. Dass dies Erdbeben auslösen kann, zeigte sich zu Beginn der Warmzeit vor rund 10.000 Jahren, als in Schweden plötzlich Erdbeben bis zur Stärke 8 auftraten. Und später wurden dann auch Usedom und die Nordseeküste erschüttert.

Aber was auch immer die Hauptursache für die Erdbeben in Deutschland ist: Sollte sich jetzt ein Beben mit einer Stärke um 7,0 ereignen, dann betrüge der Schaden nach Berechnungen der Rückversicherungsgesellschaft Munich Re wohl um die 100 Milliarden Euro. Dazu käme eine überhaupt nicht seriös abzuschätzende Zahl von Todesopfern.

GESUNDHEIT

Wo Stuhlproben aus aller Welt gesammelt werden

Züricher Wissenschaftler betreiben einen riesigen „Kot-Tresor“ – mit der Aussicht auf Durchbrüche in der Medizin

Tief im Inneren einer alten Kohlengrube auf der norwegischen Insel Spitzbergen befindet sich das Weltsamengewölbe (Global Seed Vault). Darin lagern eine Million Samenproben, mit deren Hilfe der Anbau überlebensnotwendiger Nutzpflanzen nach größeren Katastrophen ermöglicht werden soll. Diese Gen-Bank erhält derzeit ein kleines Pedant auf dem Campus der Universität Zürich – allerdings beherbergt die dortige Schatzkammer mit dem Namen „Microbiota Vault“ mehrere tausend menschliche Stuhlproben aus der ganzen Welt.

Der Kot-Tresor, in dessen Innerem minus 80 Grad Celsius herrschen, ist das Er-

gebnis einer Initiative der Mikrobiologen Adrian Egli und Maria Gloria Dominguez-Bello. Die beiden fanden heraus, dass sich das Bakterienspektrum im menschlichen Darm je nach Lebensraum und Ernährung stark unterscheidet. So haben die Ureinwohner des Amazonasgebietes wesentlich mehr unterschiedliche Bakterien im Verdauungstrakt als Angehörige der westlichen Industriegesellschaft.

Das lässt sich ändern, wie der britische Epidemiologe Tim Spencer durch einen Selbstversuch feststellte. Nachdem er einige Tage bei Jägern und Sammlern in Tansania verbracht und wie diese allerlei lokale Früchte und das Fleisch von Wild-

tieren gegessen hatte, stieg die Zahl der Bakterienarten in seinem Darm um 20 Prozent. Doch bei den Bewohnern moderner Industriestaaten geht die Darmbakterienvielfalt eher zurück. Gründe dafür sind Stress, einseitige Ernährung und der massive Gebrauch von Antibiotika.

Deshalb soll der „Microbiota Vault“ so viele unterschiedliche Bestandteile der noch existierenden Darmflora wie möglich konservieren, bevor diese für immer aus dem menschlichen Mikrobiom verschwunden sind. Welch gigantische Aufgabe das ist, zeigt der Umstand, dass sich in nur einem einzigen Gramm Homo-sapiens-Kot um die 100 Milliarden Bakte-

rien tummeln – 12,5 Mal so viele, wie Menschen auf der Erde leben.

Darüber hinaus gibt es ganz praktische Probleme beim Sammeln der Proben in allen Regionen der Welt: Diese müssen kurz nach der Entnahme in flüssigem Stickstoff schockgefroren und dann ohne jegliche Unterbrechung der Kühlkette in die Schweiz gebracht werden. Dafür sind etliche Aus- und Einfuhrpapiere nötig.

Der Nutzen des Ganzen besteht darin, dass die Erforschung der Darmflora, die momentan noch in den Kinderschuhen steckt, wichtige Erkenntnisse im Hinblick auf die Bekämpfung von Krankheiten wie Rheuma und anderen Autoimmun-Störungen

verspricht. So verfügen manche Darmbakterien offensichtlich über die Fähigkeit, die Ansiedlung von Erregern zu verhindern, welche Entzündungen auslösen. Daher arbeiten Mediziner inzwischen mit Stuhltransplantationen.

Aus der Analyse des Mikrobioms im Darm könnten sich des Weiteren innovative Therapieansätze bei Krebs und Diabetes ergeben. Aufgrund der Wichtigkeit der Konservierung der Bakterienvielfalt im menschlichen Verdauungstrakt und der Begrenztheit der derzeitigen Aufbewahrungsmöglichkeiten in Zürich steht voraussichtlich bald eine Erweiterung des Tresors an. W.K.



KÖNIGSBERG

Furcht vor radikalen Moslems

Nach dem Terroranschlag in Moskau: Behörden sind wachsamer geworden

VON BODO BOST

Nach dem Anschlag auf die Crocus City Hall bei Moskau geht auch im Königsberger Gebiet die Angst vor radikalen Moslems um. Allerdings leben in der Exklave nur etwa 1000 Tadschiken.

Der 22. März war für die gesamte Russische Föderation ein Tag des Schreckens, als fast 150 Konzertbesucher von vier radikalen Moslems auf grausamste Art umgebracht wurden. Unter den Konzertbesuchern war auch die „Miss Kaliningrad-2024“. Der Vater der jungen Frau, Alexander Pawlow, hatte einer Ortszeitung seine Sorgen um seine Tochter mitgeteilt, die das Massaker unverletzt überlebte. Miss Kaliningrad berichtete nach ihrer Rückkehr nach Königsberg ausführlich über ihre Erlebnisse im Konzertsaal.

Der 24. März war auch in Königsberg ein Tag der Staatstrauer. Im gesamten Gebiet waren alle kulturellen und sportlichen Veranstaltungen abgesagt worden. Zum Gedenken an die tragisch ums Leben gekommenen Menschen legten die Einwohner Königsbergs den ganzen Tag über Blumen zum spontanen Mahnmal auf dem Platz des Sieges nieder.

Jugendliche erhielten seltsame SMS-Nachrichten

In den Tagen nach dem Massaker, als der IS sich bereits zum Terroranschlag bekannt hatte und die Hauptverdächtigen gefasst worden waren, tauchten in Königsberg verdächtige SMS-Meldungen bei Schulkindern auf mit folgendem Inhalt: „Hallo. Es gibt einen Job für dich. Du hast wahrscheinlich von dem Terroranschlag im Crocus-Konzertsaal gehört, ich weiß, dass du in Kaliningrad lebst, und ich kenne deine Adresse. Ich zahle dir 700.000 Rubel (gut 7000 Euro). Ich gebe dir die Koordinaten, wenn du zustimmst. Es wird eine Vorauszahlung von 50.000 Rubel (etwa 500 Euro) geben.“

Die Behörden des Königsberger Gebiets baten diejenigen, die solche Nachrichten erhalten haben, dies sofort den Strafverfolgungsbehörden zu melden. Ekaterina Misulina, Leiterin der „Liga für sicheres Internet“, empfahl Schulkindern, die Nummer, von der die Nachrichten



Fühlen sich oft als Menschen zweiter Klasse: Arbeitsmigranten in Königsberg

Bild: J. Tschernyschew

kommen, sofort zu sperren. Sie wies darauf hin, dass alle diese Nummern in der Ukraine registriert seien. Dies deutet darauf hin, dass Trittbettfahrer künstlich erzeugte Spuren in die Ukraine lenkten, da keine Beweise für eine direkte Verwicklung der Ukraine in den Terrorakt vorgelegt werden konnten.

Bei den Muslimen im Königsberger Gebiet wächst die Unzufriedenheit. Sie haben viele Gründe, unzufrieden zu sein. Es gibt für die Muslime im Gebiet, von denen es zwischen 50.000 bis 100.000 gibt, keine einzige Moschee, in der sie beten können. Eine im Südpark der Stadt 2010 begonnene Moschee wurde im September 2022 noch im Bau endgültig abgerissen, auch zwei von Konvertiten geplante Kulturzentren im Ort Jänischken [Sasojnoje] kamen nicht zustande, weil die Behörden einschritten. Diese sind in der Russischen Föderation gegenüber Konvertiten (Botschafter eines friedlichen Islam) besonders wachsam. Die einzige zugelassene religiöse Organisation der Königs-

berger Muslime „Nur“ organisierte im Februar dieses Jahres ein spirituell-pädagogisches Treffen unter dem Motto „Keiner ist vergessen, nichts ist vergessen“. Die Organisation ehrt das Andenken an den Sowjetsoldaten Turgun Achmedow, einen Helden der Sowjetunion.

Der Usbeke Turgun Achmedow überquerte 1944 als Angehöriger des 169. Garde-Schützenregiments die litauische Grenze und kam an den Fluss Memel, die letzte große Wassergrenze am Rande Ostpreußens. Achmedow schaltete während des Kampfes am Brückenkopf drei Maschinengewehrstellungen des Feindes aus und setzte einen deutschen Mörser außer Kraft. Das Andenken an Achmedow soll darüber hinwegtäuschen, dass sich heutzutage vor allem die Tadschiken, die im Königsberger Gebiet leben, als billige Arbeitskräfte sowie als Bürger zweiter Klasse und nicht mehr als Helden fühlen.

Die Veranstaltung im Februar war die erste interreligiöse Veranstaltung in Groß Holstein [Pregolskij] nahe Königsberg.

Hier leben besonders viele Muslime. 2020 bekamen sie dort neben dem Kulturzentrum einen Betsaal zugewiesen, der jedoch für die islamischen Feste, wie das Fest des Fastenbrechens, zu klein ist. Dann kommt es vor, dass Tausende muslimischer Männer auf einem Platz in der Nähe in aller Öffentlichkeit beten.

Muslime in Königsberg sind unzufrieden

Das islamische Kulturzentrum ist zu einem Anziehungspunkt für den Mikrobezirk am Stadtrand von Königsberg geworden. Hier sollen sich Christen und Muslime versammeln und über „Fragen des Patriotismus, der geistigen und moralischen Erziehung, der interethnischen Harmonie und des Friedens zu diskutieren“, heißt es in einer Meldung des Stadtrats. Die Harmonie wird nur dadurch getrübt, dass sich in unmittelbarer Nähe des islamischen Kulturzentrums die größte Mülldeponie der Stadt Königsberg befindet.

MELDUNGEN

Anklage wegen Terrorakt

Konradswalde – Anfang April entgleiste ein Zug auf der Strecke von Tilsit nach Königsberg in der Höhe von Konradswalde. Die 207 Passagiere kamen mit dem Schrecken davon. Grund für das Unglück war eine auf den Schienen deponierte Gasflasche, auf die der Zug auffuhr, wodurch die Räder des vorderen Waggons aus den Schienen sprangen. Da die Gasflasche gefüllt war, entwich Gas. Als Täter wurde ein 20-jähriger Bewohner von Konradswalde ermittelt, der angab, den Zug anhalten zu wollen, damit die Passagiere zu spät zur Arbeit kommen. Er selbst sei arbeitslos und unzufrieden darüber. Dem schenken die Behörden, die nach dem Anschlag auf die Konzerthalle Crocus in Moskau landesweit alarmiert sind, keinen Glauben. Sie gehen davon aus, dass der Mann von ukrainischen Stellen angeheuert wurde, den Zug in die Luft zu sprengen. Er wurde wegen terroristischer Handlungen angeklagt. Dem jungen Mann drohen nun 20 Jahre Haft. MRK

Riesenstein gefunden

Palmnicken – Im Bernsteinwerk von Palmnicken wurde ein Stein mit einem Gewicht von 1,4 Kilogramm angeliefert, der im Bernstein-Tagebauwerk abgebaut wurde. Es ist der erste Riesenstein dieses Jahres. Der honigfarbene Stein mit rötlichem Schimmer hat die Abmessung von 19,5 mal 15,5 mal elf Zentimetern. Die Edelsteinexpertin des Bernsteinkombinats, Anna Dugina, erklärte gegenüber der Presse, dass bei dem matten Edelstein keine Einschlüsse organischen oder anorganischen Ursprungs sichtbar seien. Bernsteinexemplare aller Farben und Schattierungen gelten als einzigartig, wenn sie mindestens 1000 Gramm wiegen. Im vergangenen Jahr wurden zwölf solcher Steine abgebaut, im Durchschnitt sind es bis zu 20 pro Jahr. Sie werden zunächst einem staatlichen Gutachten unterzogen, dann wird entschieden, ob sie verkauft oder als Museumsexponat verwendet werden. MRK

NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Dem Königsberger Gebiet gehen die Arbeitskräfte aus

Unternehmen klagen über einen drastischen Mangel an Fachkräften – Arbeitgeber locken mit lukrativen Angeboten

Der Entwicklung der Wirtschaft im Königsberger Gebiet und der Wiederbelebung verschiedener Branchen wie dem verarbeitenden Gewerbe und der Landwirtschaft steht ein eklatanter Mangel an Arbeitskräften entgegen. Allein im vergangenen Jahr stieg die Nachfrage der Arbeitgeber nach Personal um 77 Prozent.

Das regionale Statistikamt „Kaliningradstat“ meldete am 1. März 13.300 freie Stellen, die den Arbeitsämtern gemeldet wurden. Besonders gefragt waren Berufe des verarbeitenden Gewerbes sowie des Groß- und Einzelhandels. Doch es fehlen an allen Ecken und Enden Mitarbeiter, und das nicht nur im nördlichen Ostpreußen, sondern in der gesamten Russischen Föderation (siehe auch Seite 6).

Im Königsberger Gebiet rechnet man damit, dass sich die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage weiter vergrößern wird, zumal große Unternehmen Investitionsprojekte in der Region starten. So hat die „Atlantis Group of Companies“ für die kommenden Jahre einen Bedarf von mehr als 6000 Arbeitnehmern für ihre Lebensmittel- und Agrarproduktionsanlagen angemeldet. Rosatom benötigt 900 Beschäftigte, um seine Gigafabrik in Ragnit vollständig in Betrieb nehmen zu können.

Mit der wachsenden Nachfrage der Arbeitgeber steigen auch die Gehälter. In diesem Jahr liegen sie mit durchschnittlich gut 500 Euro etwa 21 Prozent höher als im Vorjahr. Der höchste Anstieg der Gehälter ist bei den dringend benötigten

Drehern mit durchschnittlich 1000 Euro zu verzeichnen. Bei Schichtarbeitern, wie sie in der Automobilindustrie, der Metallurgie, dem Maschinenbau und dem Baugewerbe benötigt werden, liegen die Einkommen zwischen 1400 und 2000 Euro pro Monat. Im Gastgewerbe, das ebenfalls mehr als 500 freie Stellen meldet, stiegen die Löhne auf durchschnittlich 400 Euro.

Trotz der gestiegenen Gehälter ist es schwierig, Arbeitnehmer zu finden, die beispielsweise in Schichten arbeiten wollen. Besonders betroffen sind die Verkehrsbetriebe. An qualifizierten Fahrern mangelt es besonders deutlich. Die Fahrer der Königsberger Verkehrsbetriebe arbeiten zwölf Stunden täglich. Ange-

sichts des Mangels an Fahrern ist es nicht möglich, neue Strecken zu bedienen, und die bestehenden werden abends und an Wochenenden nur noch eingeschränkt betrieben.

Gehälter steigen in allen Branchen

Um dem Mangel entgegenzuwirken, lassen sich die Unternehmen einiges einfallen. Sie mussten erkennen, dass vor allem für junge Menschen neben dem Gehalt die Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeiten und Betriebsklima eine immer größere Rolle spielen. Wohl wissend, dass die Exklavenlage der Kaliningrader Oblast bei der Anwerbung von Fachkräften aus anderen Regionen erschwerend wirkt, locken die Arbeitgeber mit der Beschaffung

von Wohnungen in Ostseenahe, Familienfreundlichkeit und großzügigen Sondervergütungen.

Die russische Regierung hat im März zudem ein mit umgerechnet 100.000 Euro gefördertes Programm zur „Unterstützung der freiwilligen Umsiedlung von im Ausland lebenden Landsleuten in das Kaliningrader Gebiet“ ins Leben gerufen, das auf die Gewinnung von Rückkehrern vor allem aus den Nachbarländern wie den baltischen Staaten abzielt. 4000 Personen haben sich zwar den Status eines „Landsmanns in der Kaliningrader Oblast“ gesichert, umgezogen sind sie aber noch nicht, weil sie eine Verbesserung der politischen Lage abwarten wollen. Manuela Rosenthal-Kappi

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Borutta, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 12. April
Nikoleit, Hedwig, geb. **Foltin**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 15. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Mitzig, Eleonore, aus Lyck, am 13. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dettmann, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. April
Kilanowski, Helga, geb. **Schulz**, aus Lyck, am 18. April
Kintscher, Ursel, geb. **Schneider**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 14. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gronwald, Käthe, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 17. April
Günther, Erika, geb. **Bangel**, aus Neidenburg, am 14. April
Lang, Inge, geb. **Kohnke-Laupichler**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 15. April
Rüppel, Lieselotte, geb. **Waschulewsk**, aus Schuchten, aus Treuburg, am 13. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Adermann, Eva, geb. **Ruge**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. April
Bandilla, Gustav-Otto, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. April
Druba, Erwin, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 18. April
Josuweit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. April
Milewski, Herbert, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Scheffler, Kurt, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gäth, Rosemarie, geb. **Henseleit**, aus Wehlau, am 13. April

Klimaschewski, Oskar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 18. April
Kulschewski, Reinhold, aus Milucken, Kreis Lyck, am 13. April
Nitschmann, Helene, geb. **Katzmarski**, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Rutkewitz, Werner, aus Ortelsburg, Försterei, am 14. April
Schwabe, Gertraud, geb. **Becker**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 15. April
Steiner, Margarete, geb. **Bleyer**, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 18. April
Todtenhaupt, Frau, geb. **Stumpf**, aus Wehlau, am 16. April
Zoellner, Sidonie, geb. **Fink**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 12. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Becherer, Lisbeth, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. April
Donde, Ingeborg, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. April
Färber, Herta, geb. **Artischewski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 14. April
Kowalzik, Alfred, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. April
Lasarzik, Gerd, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 15. April
Löbert, Konrad, aus Horn, Kreis Mohrunen, am 12. April
Miehling, Adelheid, geb. **Buxa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. April
Müller, Charlotte, aus Kahlau, Kreis Mohrunen, am 17. April
Pruß, Hans, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 13. April
Romanowski, Hildegard, geb. **Dembeck**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 12. April
Schlösser, Ursela, geb. **Todzy**, aus Ortelsburg, am 18. April
Seinwill, Herbert, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 12. April
Trilat, Liselotte, geb. **Lottermoser**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 12. April
Wegelin, Heinz, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 17. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blichke, Anneliese, geb. **Sinofzik**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 12. April

In liebevoller Erinnerung an unsere Mutti aus Pommern und ihren 100. Geburtstag

Ilse-Dore Stabenow

geb. Peter

* 31. 3. 1924 in Stettin-Bredow, Bredowerstraße 17
 † 11. 8. 2010 in Magdeburg

Ulrich Stabenow als Sohn mit Ehefrau Ingrid aus Rostock

Bodis, Ingrid, geb. **Manzau**, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 16. April
Granitzki, Erich, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. April
Habicht, Helmut, aus Reichertsvalde, Kreis Mohrunen, am 16. April
Jorde, Gerlinde, geb. **Spingies**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 16. April
Konoppa, Walter, aus Großsakrau, Kreis Neidenburg, am 16. April
Kowalewski, Erwin, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 14. April
Ludwig, Eva, geb. **Link**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 13. April
Petrat, Günter, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 18. April
Polok, Lieselotte, geb. **Gallmeister**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Preuß, Eva, geb. **Schulz**, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, am 13. April
Schwenke, Doris, geb. **Bickeleit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April
Steckel, Paula, geb. **Kyck**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Wojdyla, Irmgard, geb. **Gregel**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 18. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Beermann, Gerhard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 111, am 13. April
Bischoff, Günter, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 13. April
Böttcher, Hildegard, geb. **Kellmann**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 15. April

Ende, Hildegard, geb. **Pohl**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunen, am 18. April
Grigull, Dieter, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 17. April
Gröbert, Brigitte, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. April
Jeroch, Siegfried, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 12. April
Jurr, Gertrud, geb. **Barth**, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 13. April
Keller, Manfred, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April
Koch, Johannes, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Krüger, Ursula, geb. **Masuch**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 13. April
Packieser, Willi, aus Wehlau, am 17. April
Rehbein, Waltraut, geb. **Schedwill**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 12. April
Schneewind, Ursula, geb. **Roy**, aus Lyck, am 15. April
Schöps, Waltraut, geb. **Kwiedor**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 15. April
Willemsen, Gerda, geb. **Klatt**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 14. April
Zander, Gertraud, geb. **Gruszla**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 12. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brauns, Ursula, geb. **Warschkat**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 12. April
Brunkhorst, Sigrid, geb. **Stuhlemmer**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 15. April
Clausen, Erika, geb. **Lyß, Wittmann**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 18. April
Gabrus, Edyta, geb. **Küssner**, aus Treuburg, am 14. April
Herbener, Olaf, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 15. April
Kerstan, Gertraud, geb. **Falk**, aus Großsakrau, Kreis Neidenburg, am 18. April
Kügler, Erna, geb. **Redmann**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. April
Masuhr, Fritz, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 13. April
Orlowski, Maria, geb. **Skirde**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Piotrowski, Harry, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 15. April
Rinke, Ronald, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 14. April
Strüwe, Gisela, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 12. April
Stüven, Anneliese, geb. **Radtke**, aus Cran, Kreis Fischhausen, am 16. April
Theye, Lilli, geb. **Gitt**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 15. April
Wagner, Elfriede, geb. **Weiss**, aus Royen, Kreis Mohrunen, am 16. April
Weigel, Jutta, geb. **John**, aus Koddien, Kreis Wehlau, am 16. April
Wessel, Helga, geb. **Philipp**, aus Lyck, am 14. April
Witt, Alfred, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 12. April

ANZEIGE

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
 1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
 22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Heilsberg
 20. bis 22. September: **Ge-schichtsseminar** in Helmstedt
 7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
 1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den** in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)

2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Wollesen, Lilly Martha, geb. **Hardt**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 13. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Besemer, Klaus, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 12. April
Beyreuther, Ingrid, geb. **Tubies**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 16. April
Chaberney, Otto, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. April
Cirkel, Hildegard, geb. **Boenig**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 14. April
Fischer, Ruth Edeltraut, geb. **Pappaj**, aus Filitz, Kreis Neidenburg, am 15. April
Gerlach, Walter, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 15. April
Gremke, Waltraut, geb. **Lunkowski**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 17. April
Hommel, Irmgard, geb. **Aßmann**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 14. April
Lissewski, Herbert, aus Statzen, Kreis Lyck, am 15. April
Lychottka, Elsbeth, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 18. April
Meyer, Marianne, geb. **Wolter**, aus Groß Sauerken, Kreis Mohrunen, am 14. April
Petrikowski, Siegfried, aus Wilenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. April
Schmalz, Hildegard, geb. **Müller**, aus Bergwalde, Kreis Lötzen, am 16. April
Schubmann, Marlene, geb. **Wenzel**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 17. April
Strauß, Anneliese, geb. **Abel**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 14. April
Sziegand, Irmgard, geb. **Rosenau**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 18. April
Wittstruck, Inge-Lore, geb. **Kristahn**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 17. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dornheim, Lilli, geb. **Grünke**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 13. April
Drochner, Wolfgang, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 17. April
Goldwich, Otto, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Josewski, Reinhard, aus Groß Wilmsdorf, Kreis Mohrunen, am 18. April
Krüger, Ingrid, geb. **Schwetlick**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 13. April
Lück, Annemarie, geb. **Arndt**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 13. April
Meyer, Willi, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. April

Quednau, Edith, geb. **Herzoneit**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 15. April
Rehme, Helga, aus Wehlau, am 18. April
Salewski, Christa, geb. **Skrotzki**, aus Dimern, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Schmidt, Manfred, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Schülke, Waltraut, geb. **Tuttlies**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 16. April
Szengel, Ingrid, geb. **Fritz**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 14. April
Timmermann-Nispel, Günter, geb. **Nispel**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 13. April
Walpuski, Ursula, geb. **Raeder**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Wierczoch, Gerhard, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. April
Zibell, Inge, geb. **Mose**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 15. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Holstein, Siegfried, aus Stobern, Kreis Ebenrode, am 17. April
Kaminski, Heinz, aus Niedena, Kreis Neidenburg, am 14. April
Klein, Joachim, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 17. April
Klisch, Inge, geb. **Nieswand**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. April
Raeder, Ullrich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 15. April
Rydzewski, Karl-Heinz, aus Abbau Funk, Kreis Lyck, am 15. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Micheel, Horst-Dieter, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 17. April
Räder, Ulrich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. April
Rohde, Klaus, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 16. April
Spauschus, Regina, geb. **Rudny**, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 18. April

Zusendungen für die Ausgabe 17/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 17/2024 (Erstverkaufstag 26. April) **bis spätestens Dienstag, den 16. April**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Hering und Loriot

Altmühlfranken – Donnerstag, 25. April, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: heimatisches Essen, Hering mit Pellkartoffeln; feiner Humor aus Preußen: Vicco von Bülow im Film „Pappa ante portas“.

Agnes Miegel

Hof – Sonnabend, 13. April, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen zum Thema „Agnes Miegel und Ostpreußen“.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Tag der Archive

Bremen – Bis Sonnabend, 20. April, montags bis freitags von 11 bis 17 Uhr, sonnabends von 11 bis 14 Uhr geöffnet, „Kapitel 8“, Bremische Evangelische Kirche, Domsheide 8: Ausstellung des „Arbeitskreises Bremer Archive“ im Rahmen des Tags der Archive.



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Grenzverschiebungen

Wetzlar – Dienstag, 16. April, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Wolfgang Warnat spricht zum Thema „Ost- und Westpreußen im 20. Jahrhundert – Grenzverschiebungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg“.

Bedeutende Frauen

Wiesbaden – Unter der Überschrift „Bedeutende Frauen unserer Heimat“ zeichnete die stellvertretende Vorsitzende Helga Kukwa ein Lebensbild der drei Künstlerinnen Johanna Ambrosius, Johanna Wolff und Käthe Kollwitz:

Johanna Ambrosius hat uns eines der schönsten Heimatlieder geschenkt. Mit den Anfangsworten: „Sie sagen all, du bist nicht schön“ wurde das Lied einst zur ersten ostpreußischen Landeshymne, so die Referentin.

Nach der Schulzeit war die „Gartenlaube“, ein damals literarisch wertvolles Familienblatt, hauptsächlich Quelle ihrer Bildung gewesen. Wann immer es ihre Zeit erlaubte, langte sie nach dieser Lektüre.

Professor Weiss-Schrattenthal aus Pressburg ist es zu danken, dass die anfangs nur gelegentlich in der „Gartenlaube“ erschienenen Werke der Heimatdichterin in kurzer Zeit im Land weit bekannt wurden. Ende des 19. Jahrhunderts veröffentlichte er zwei Gedichtbände von ihr, die sogar über die Grenzen Deutschlands hinaus einen unverhofften Widerhall fanden. Hermann Grimm, der bedeutendste Literaturhistoriker seiner Zeit, fand Worte hoher Anerkennung für die Volksdichterin.

„Sie war eine zarte bescheidene Frau, doch zielbewusst, rege und

klar. Sie liebte das Leben und liebte ihr Land, das Land, das ihr Heimatland war.“ So beschreibt Gert O.E. Sattler die Ostpreußin in einem seiner Gedichte.

Die aus Tilsit stammende Johanna Wolff war neben Agnes Miegel die bedeutendste Vertreterin der ostpreußischen Frauendichtung. Sie wird gelobt als scharfsinnige Beobachterin, gute Psychologin, als lebendige, volksnahe, humorvolle Erzählerin und als mütterliche Frau.

Wie schon Johanna Ambrosius kam auch Johanna Wolff mit der „Gartenlaube“ in Berührung, die für sie das Tor zu einer neuen, schönen Welt der Träume wurde. In dieser Zeit entstanden auch ihre ersten Gedichte, die wegen ihrer Ursprünglichkeit und Tiefe begeistert begrüßt wurden. Mit 50 Jahren veröffentlicht sie ihren Roman „Das Hanneken“ mit einer Auflage von 50.000 Stück. Es ist die Geschichte ihres Lebens, von Hanneken, dem Kind armer Leute in Ostpreußen, das schon früh seine Eltern verliert.

Neben ihrem dichterischen Schaffen hinaus ist ihr tapferes Leben, ihre Gradheit und Kraft, ihre leidenschaftliche Liebe zu ihrer Heimat zum Sinnbild des zähen, arbeitsamen, unverwüchtlichen Ostpreußen geworden.

Wohl mehr aus gesundheitlichen Gründen siedelte die Tilsiterin nach Orselina - Locarno am Lago Maggiore über. Von hier kamen nun die Manuskripte für Märchen und Gedichte für große und kleine Kinder und weitere Geschichten und Novellen.

Käthe Kollwitz zählt zu den bedeutendsten Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Ihre Werke umfassen Radierungen, Lithografien, Holzschnitte, Zeichnungen und Plastiken. „Zwei wartende Soldatenfrauen“ war die letzte Kleinplastik in Bronze der 1867 in Königsberg geborenen Künstlerin.

Ihr mitfühlendes Herz machte sie zur Meisterin, deren Werke noch heute ergreifen. Kunst im Dienst der Menschlichkeit, Kunst,

die den Betrachter nicht nur zum Hinschauen zwingt, sondern gleichzeitig an sein Herz appelliert. Eine der wohl bekanntesten Plastiken ist die von Vater und Mutter für das Gefallenendenkmal auf dem Soldatenfriedhof in Rogefeld in Belgien, auch zum Gedenken an ihren gefallenen jüngsten Sohn Peter.

„Der Mensch ist nicht zum Glück geboren, sondern dass er seine Pflicht erfülle.“ Diese Worte, die Käthe Kollwitz mit in ihr Leben und Schaffen nahm, stammte von ihrem Großvater mütterlicherseits Dr. Julius Rupp, dessen Gedenkstein noch heute in Königsberg neben dem Dom steht.

Dass ihr Ruhm über die ganze Welt geht, zeigt eine Kritik der New York Times über eine Ausstellung ihrer graphischen Blätter: „Kaum hat ein Künstler gelebt, der selbstloser, bescheidener und ehrlicher war. Sie gehört in die große Tradition von Rembrandt, Goya und Daumier, und ihre besten Blätter können sich wohl neben ihnen sehen lassen.“

In der „Käthe-Kollwitz-Ausstellung“ im Frankfurter Städel Museum sind bis 9. Juni 120 Arbeiten der großen Künstlerin zu sehen. low.ds



60 Jahre Haus der Heimat

Wiesbaden – Freitag, 19. April, 18 Uhr, YouTube-Kanal des BdV-Landesverbandes Hessen CULTURE TO GO, <https://www.youtube.com/culturetogo>: „Ort der kulturellen Vielfalt und des gegenseitigen Respekts – 60 Jahre Wiesbadener Haus der Heimat“. Anlässlich des 60-jährigen Bestehens des „Hauses der Heimat“ in der Wiesbadener Friedrichstraße 35 entstand Ende des Jahres 2023 im Auftrag des hessischen Landesver-

bandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Kooperation mit dem Wiesbadener Filmemacher Harald Kuntze ein 15-minütiger Filmbeitrag, der im Rahmen der YouTube-Reihe „Vertriebenengeschichte(n)“ am 19. April Premiere feiert.

Als Ort der Vielfalt und des gegenseitigen Respekts steht das „Haus der Heimat“ in Wiesbaden allen Bürgerinnen und Bürgern offen und trägt dazu bei, das kulturelle Spektrum der Stadt zu stärken. Säle und Konferenzzimmer stehen für Veranstaltungen für alle dem „Kulturring Haus der Heimat“ angeschlossenen Vereinen und Verbänden zur Verfügung. Auf Initiative des BdV-Landesverbandes Hessen wurde im Jahr 1959 der Grundstein für das Haus gelegt. Der Ursprungsgedanke war, für die Heimatvertriebenen und deren Organisationen und Landsmannschaften einen kulturellen und gesellschaftlichen Mittelpunkt zu errichten. Ein „Haus der Heimat“ sollte vor allem der Begegnung zwischen „Altbürgern“ und Heimatvertriebenen dienen, auch um das Verständnis und Interesse für die alte Heimat im östlichen Europa zu wecken. Nach der Fertigstellung im Jahr 1962 wurde das „Haus der Heimat“ am 14. Januar 1963 feierlich eröffnet.

Das „Haus der Heimat“ ist nach wie vor ein Ort der Begegnung und des Austauschs und dient der Förderung der kulturellen Identität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Geschäftsstelle des BdV-Landesverbandes Hessen und des Deutsch-Europäischen Bildungswerks in Hessen e.V. haben ebenso ihren Sitz im „Haus der Heimat“ wie zahlreiche Landsmannschaften und Vertriebenenorganisationen sowie weitere dem „Kulturring Haus der Heimat“ angeschlossenen Vereine in Wiesbaden, deren Vertreterinnen und Vertreter im Filmbeitrag zu Wort kommen.

Ab dem 19. April, 18 Uhr, ist der Film auf dem YouTube-Kanal des BdV-Landesverbandes Hessen CULTURE TO GO zu sehen, auf

dem spannende Beiträge rund um Geschichte und Kultur der Deutschen aus dem östlichen Europa kontinuierlich veröffentlicht werden.

Der Filmbeitrag ist Teil der YouTube-Reihe „Vertriebenengeschichte(n)“. Ein Projekt des BdV-Landesverbandes Hessen in Kooperation mit dem Filmemacher Harald Kuntze. Gefördert durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport. Carsten Becher



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Delegierten- und Frühjahrstagung der Landesgruppe

Oberhausen – Wie gewohnt, fand die Delegierten- und Frühjahrstagung der Landesgruppe NRW am 23. März in Oberhausen in dem vertrauten „Haus Union“ statt. Die Landsleute freuten sich, dass der PAZ-Redakteur Hans Heckel als Referent gewonnen werden konnte, und man hoffte auf lebhaft Diskussionen.

Der Tag war jedoch mit einem arbeitsreichen Programm gefüllt, denn es standen Neuwahlen des Vorstandes an. Regularien, Berichte und Arbeitsgespräche füllten den Vormittag aus.

Alfred Nehrenheim, langjähriges Vorstandsmitglied der LO NRW, übernahm die Wahlleitung. Zum Vorsitzenden wurde Klaus-Arno Lemke gewählt. Die Stellvertreter sind Dr. Bärbel Beutner und Joachim Mross. Herr Klaus-Arno Lemke erklärte sich bereit, für das

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefenbenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Amt des Schatzmeisters wieder zu kandidieren, und wurde mit großer Mehrheit gewählt. Er wird von der Geschäftsführerin Margitta Romagno unterstützt werden. Für das Amt der Schriftführerin stand nur Dr. Bärbel Beutner zur Verfügung und wurde mit Mehrheit gewählt. Auch dabei wird der Vorstand einen Weg zu verstärkter Teamarbeit angehen. Sieben Beisitzer und Beisitzerinnen wurden gewählt: Jochen Zauner (Fachreferent), Eckard Jagalla (Webmaster), Peter Harder (Jugendarbeit), Gerhard Scheer (Bezirksreferent Bielefeld/Detmold-Lippe), Margitta Romagno (Bezirksreferentin Düsseldorf), Gerda Wornowski (Bezirksreferentin Köln/Aachen) und Elke Ruhnke für allgemeine Beratung. Die Wahlperiode des Vorstandes umfasst zwei Jahre.

Der Vortrag von Hans Heckel wurde in der Einladung schlicht unter der Überschrift „Aktuelles aus Politik und Gesellschaft“ angekündigt. Der Referent wies aber gleich zu Beginn darauf hin, dass es für ihn schwierig sei, bei den momentanen rasanten Ereignissen und Veränderungen einen Schwerpunkt zu finden. „Die Geschichte macht keine Pause, und heute schon gar nicht!“, stellte er fest. Es sei eine Umbruchperiode wie zu Beginn der 1990er Jahre. Er habe sich schließlich dazu entschieden, die deutsche Innenpolitik genauer zu besprechen.

Dazu entwarf er allerdings ein düsteres Bild, indem er bei der Regierung die Absicht wahrnahm, das Land „in Grund und Boden zu re-

gieren“. Die Regierenden würden einen Machtverlust befürchten und daher immer stärkere Mittel einsetzen, um gegen den Willen des Volkes ihre Interessen durchzudrücken. Bei einer Umordnung müssten sie um ihre Existenz und die finanziellen Zuwendungen fürchten und setzen daher Methoden ein, die auf eine offene Ausschaltung der Demokratie hinauslaufen.

Den Weg der „Grünen“ zeichnete Heckel nach von der Anti-Atom-Bewegung über die Friedensbewegung bis hin zur „Anti-Deutschland“-Politik heute. Die Partei habe ihre Ziele erreicht: Ausstieg aus der Atomenergie, Abbau der Bundeswehr, Durchlässigkeit der Grenzen. Die Union sei mit ihrer Gegenwehr gescheitert.

Wie war das möglich? Der Referent erklärte das weitgehend mit der „Verschmelzung“ der Positionen. Die Parteien würden sich kaum noch voneinander unterscheiden. Inzwischen hätten die „Grünen“ jedoch ihre weltanschauliche Führungsrolle verloren, ebenso auffallend die Sympathie im Volk. Die Reaktion darauf sei eine Kontrollsteigerung des Bürgers bis hin zur Überwachung. Was angeblich zum „Schutz des Bürgers“ unternommen würde, sei eigentlich ein Schutz der Organisationen und des Systems vor dem Bürger und vor der Freiheit der Demokratie. Der Referent scheute sich nicht, die Begriffe „Schutzhafte“ (Drittes Reich) und „Gedankenpolizei“ (1984) ins Spiel zu bringen. Der „Schutz der Demokratie“ werde dann zu einem totalitären Verbot. Gefährlich sei dabei auch die schwammige Sprache, die

zu einer subjektiven Einschätzung von Schuld und Vergehen führt.

Die Demokratie könne nur überleben, betonte Heckel, wenn ein demokratisches Volk sich für sie einsetzt. Institutionen, selbst die Kirchen halten sich zurück aus Sorge um ihre Existenz. Hier hörten die Landsleute aus den Worten des Referenten den Philosophen Immanuel Kant (1724-1804), dessen 300. Geburtstag im April auf der ganzen Welt gefeiert wird. Der mündige Mensch ist gefordert, der sich seines eigenen Verstandes bedient und nach dem Moralgesetz handelt, das seine Vernunft ihm zeigt. Nur darin liegt letztlich die Lösung auch unserer Probleme.

Eine harte Arbeitstagung, in der nur einige erheiternde Beiträge über Geschichten aus Suleyken von Siegfried Lenz die Atmosphäre auflockerten, wurde mit dem Ostpreußenlied beendet.

Bärbel Beutner



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Immanuel Kant

Chemnitz – Sonnabend, 13. April, 10 bis 12 Uhr, Pfarrhaussaal der St. Matthäus Kirche, Zinsendorfer Straße 14; Gedenken an den 300. Geburtstag von Immanuel Kant mit Hans-Jörg Froese. Sie sind herzlich eingeladen.

Sonnabend, 1. Juni 2024
10-17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der **Landsmannschaft Ostpreußen**

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Rätsel

bedeckt, bezogen (Himmel)	Rauchfang, Schornstein	deutscher Komiker (Oto)	Klang, Laut	unnachgiebig, hart	Jugendbuch von Otfried Preußler	Blechblasinstrument	schikanieren (ugs.)	schmierig, fettig	Aufgeld	westindische Inselgruppe	fort; verschwinden	Steintrennwand	Barrenstange	fliederblau, hellviolett	äußerste Armut
Retungshelfer (Kurzwort)				indische Währungseinheit		längster Strom Europas			ungleich		Gemütsbewegung		altes Blasinstrument	Böses, Unangenehmes	
			unterstützende Expertenrunde				amerik.-engl. Dichter (T. S.)				Wasserstraße, Belt, Sund	Vokalveränderung			
Weltmacht (Abkürzung)				Karpfentisch				Wahlübung im Sport	poetisch: Biene			Pfannkuchen (ostdeutsch)	kleine Geldspende	mit den Füßen stoßen	
zarte, anmutige Märchengestalt	edle Blume	Brutstätte		Vorname d. Schauspielers Connery	abfällig über jemanden reden	männlicher Nachkomme			getestet, bewährt						
Bestand an Sportpferden e. Besitzers			die Kreiszahl	ungebraucht	Lachsforelle			Hauptstadt der Ukraine	Windschattenseite e. Schiffs			Stoffwechselorgan			
Kleidungsstück	Zeitraum; Abstand					feiner Spott		Träger der Regierungsgewalt	biomed. Institut (Abk.)		salopp: Feier, Party	italienische Weinstadt	schlangenförmiger Fisch		
eine Baitin				Zitterpappel			Bedeutung, Geltung	australischer Laufvogel	aufgebrühtes Heißgetränk	mit Wasser versorgen	eine Europäerin				
									nicht klar, nicht durchsichtig			Unterlage; Bodenbelag	Begleitmannschaft, Gefolge	Zierpflanze, Liliengewächs	
					Kopfbedeckung	tierisches Milchorgan	Zacke einer Burgmauer	Wohnungsnahmer							
					Hersteller, Fabrikant			verlassen; langweilig	englisch: eins	Stadt in NRW, am Hellweg		kratzig, rauchig			
					Monatsname, Brachmond	Schwanz des Hundes	Teil von Vietnam			Ferien	Unhold der nordischen Sage			Gestell z. Transportieren v. Lasten	
					Oper von Verdi				Plattfisch			Ostslawe			
										lateinisch: Erde, Land	Beste, Siegerin				
	braunhaarig	griechische Vorsilbe: lebens-		ungekocht	Kartellkartenkennzeichen	Laubbaum					Titelheldin bei Jane Austen	herbel, hierher (ugs.)	große Tür, Einfahrt		
	fachmännischer Mitarbeiter								Beamter des gehobenen Dienstes						
	dt. Bakteriologe (Robert)	Großmutter			Gebäudeteil, Zimmer						feinkörniges Stärkemehl				
					langer Schal aus Federn				Südwestdeutscher						

Magisch: 1. Befall, 2. Fernig, 3. Kleiber

Mittelwörter: 1. Schatten, 2. Formlar, 3. Reserve, 4. Schmitzel, 5. Denkmal, 6. Blüten, 7. Hoehlen - Aunkel

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

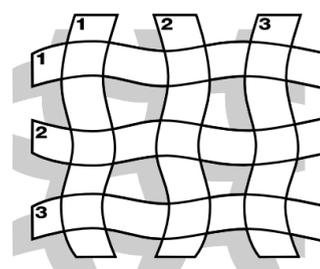
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABD	ACKL	DTTU	CIKT	BEIRT	ESTT	ORSTY
		RSTTU				OPP
CEIRU				OPT		
		CCEI OR				
AKT	AKTT			PTY		

Mittelwörter

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Gebirgsprimel, Schlüsselblume.

1	HALB					SEITE
2	STEUER					BLOCK
3	GOLD					BANK
4	LACHS					JAGD
5	NATUR					SCHUTZ
6	STIL					WEISS
7	ACHSEL					MENSCH



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Applaus
- 2 frühere deutsche Münze
- 3 Spechtmeise

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

Ostpreußisch behütet

Navyblaue Baseballmütze mit aufgesticktem Elchschaufelwappen
Stoffverschluss mit Metallschnalle
Preis: 12,- Euro,
zuzüglich 7,- Euro
Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de



Je
12,- Euro zzgl.
7,- Euro Porto
und
Verpackung

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen

Wesel – Wochenende, 10. und 11. August, Bürger-Schützen-Haus: 68. Rastenburger Hauptkreistreffen.

Treffen in Rastenburg

Rastenburg – Mittwoch, 1. Mai, Tag der Arbeit, bis Donnerstag, 9. Mai, Christi Himmelfahrt: gemeinsame Busfahrt nach Rastenburg. Als Ausgangs- und Endpunkte der Fahrt sind Magdeburg und Berlin geplant.

Wer Interesse daran hat, sollte sich umgehend bei Rita Kalmbach unter Telefon (039245) 2828 oder per E-Mail: er-kalmbach@t-online.de melden.

Alternativ gibt es noch die Möglichkeit der eigenen Anreise per Auto, Eisenbahn oder Flugzeug und Leihwagen. Vor Ort können dann gemeinsame Unternehmungen verabredet werden.

Bitte dann individuell die Zimmer innerhalb des Zeitfensters vom 1. bis 12. Mai im Hotel Koch, ul. Sportowa 1, PL-11-400 Kętrzyn, E-Mail: kochsportowa@wp.pl, Telefon (0048 89) 7511093, buchen.



Hessen beruft neuen Landesbeauftragten

Wiesbaden – Landesbeauftragte bleiben wichtige Bindeglieder in den Bundesländern.

Hessen hat Andreas Hofmeister, MdL (CDU) zum neuen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen. Hierzu erklärt der Bundesvor-

sitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Die aktuelle Hessische Landesregierung unter Ministerpräsident Boris Rhein MdL (CDU) beweist Kontinuität in vertriebenenpolitischen Fragen: Nachdem Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU) sich 15 Jahre lang segensreich für die auch von der OMV vertretenen Menschen und Themen eingesetzt hat, wurde nun Hofmeister in ihrer Nachfolge zum neuen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen. Er ist in Hessen genau die richtige Wahl, denn er vereint landespolitische Erfahrung als Abgeordneter und ehemaliger Vorsitzender des zuständigen Unterausschusses im Landtag mit familiärer Schicksalsverbundenheit, zumal ein Teil seiner Familie aus dem Sudetenland stammt. Überdies engagiert er sich seit 2019 auch im Bundesvorstand der OMV. Gemeinsam mit dem zuständigen Innenminister, Prof. Dr. Roman Poseck (CDU), der wiederum schlesische Wurzeln hat, wird Hessen sicher auch zukünftig ein

Vorbild für eine gelungene Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik bleiben. Insgesamt erweist sich, dass Landesbeauftragte wichtige Bindeglieder der Politik zu den Zielgruppen und ihren Verbänden, ihren Mitgliedern und ihren Anliegen bleiben. Deshalb setzt sich die auch OMV in Bund und Ländern seit vielen Jahren erfolgreich dafür ein, dass diese Ämter eingerichtet und gestärkt werden. Auch in Baden-Württemberg mit Innenminister Thomas Strobl, MdL (CDU), in Bayern mit Petra Loibl, MdL (CSU), in Nordrhein-Westfalen mit Heiko Hendriks (CDU) und in Sachsen mit Dr. Jens Baumann (CDU) ist dies bereits gut gelungen. Seit Jahresbeginn hat auch in Berlin, der Regierende Bürgermeister Kai Wegner, MdB (CDU), erstmals mit Walter Gauks, selbst Russlanddeutscher und Landesvorsitzender der OMV Berlin, eine „Ansprechperson des Senats für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene“ installiert. Weitere Bundesländer sollten diesen Beispielen folgen.

Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU

Kulturzentrum Ostpreußen

Seedienst Ostpreußen Die Sonderausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen ist von Sonnabend, 13. April bis Sonntag, 28. Juli zu sehen.

Die Provinz Ostpreußen wurde nach dem Ersten Weltkrieg durch die Abtretungen von Landesteilen an die Republik Polen von den restlichen deutschen Provinzen getrennt und das Gebiet zur Exklave. Auch wenn das wiederentstandene Nachbarland Polen von den Siegermächten in den Artikel 89 und 98 des Versailler Vertrages dazu verpflichtet wurde, den ungehinderten Bahn-, Schiffs-, Post-, Telefon- und Telegrafentelegraphenverkehr durch den sogenannten „Polnischen Korridor“ sicherzustellen, gestaltete sich die Durchsetzung dieser Garantie als besonders schwierig, sodass der Fokus durch die deutschen Entscheidungsträger auf den Schifflinienverkehr gelegt wurde: Der „Seedienst Ostpreußen“ sollte in Zukunft mit sei-

nen festen Fahrplänen und auch mit Sonderfahrten Ostpreußen mit seinem Mutterland verbinden. Neben der ursprünglichen Strecke Swinemünde – Pillau entwickelten sich Seewege zwischen Kiel, Lübeck (Travemünde), Swinemünde, Zoppot und Danzig bis Pillau und später nach Memel, Libau und Helsinki (Helsingfors).

Der Besucher wird etwas von den historischen Hintergründen sowie Anekdotisches erfahren und spannende Reisebeschreibungen sowie ausgewählte Schiffe und Reedereien des „Seedienstes Ostpreußen“ kennenlernen. Die farbenfrohen Prospekte und modern gestalteten Plakate warben für Reisen nach Ostpreußen. Besonders spannend sind die historischen Filmaufnahmen zum Stapellauf des dritten Seedienstschiffes, des Turbinen-Schneldampfers „Tannenbergs“, in Stettin und die Einfahrt der „Tannenbergs“ in den Hafen von Pillau.

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Spurwechsel – 150 Jahre Literatur über Züge, Strecken und Bahnhöfe im östlichen Europa.

Görlitz – Sonnabend, 13. April, 15 Uhr, Bahnhof Görlitz, Veranstaltungssaal „Gleis 1“, Bahnhofstraße 75: Szenische Lesung „Schlesische Nachtlesen“ mit Roswitha Schieb und Wolfgang Wagner, Vorverkauf: 10,- Euro, am Veranstaltungstag: 15,- Euro, gültig für alle Angebote des „Schlesischen Nachtlesens“.

Europaweit wurden Eisenbahnen ab den 1830er Jahren zum allgemeinen Verkehrs- und Reisemittel. Die neuartige Geschwindigkeit ließ die natürliche Welt immer mehr schrumpfen. Ein Teil der damaligen Zeitgenossen bejubelte Züge als technische Garantanten für Völkerverständigung, Fortschritt und Frieden. Ein anderer Teil empfand das schnelle, glatte Dahingleiten als Verlust und trauerte den nun langsam verschwindenden Kutschen hinterher.

Erfahrungen von Raum und Zeit wurden durch die Eisenbahn verändert, ja, nivelliert, Landschaft und Landschaftswahrnehmung wurden durch Tunnel,

Schneisen, Einschnitte, Viadukte umgemodelt. Man sprach von der „Vernichtung von Raum und Zeit“. Allerdings gab es auch Gebiete, deren bisher unbesiedelte Wildnis durch die Eisenbahn überhaupt erst erschlossen wurden. Die erschütternden Umbrüche, die das neuartige Eisenbahnwesen mit sich brachte, kommentierte Joseph von Eichendorff bereits um 1850 mit einem skeptischen Kopfschütteln:

„Diese Dampffahrten rütteln die Welt, die eigentlich nur noch aus Bahnhöfen besteht, unermüdlich durcheinander wie ein Kaleidoskop, wo die vorüberjagenden Landschaften, ehe man noch irgendeine Physiognomie gefasst, immer neue Gesichter schneiden, der fliegende Salon immer neue Sozietäten bildet, bevor man noch die alten recht überwunden hat.“ (Aus der Collage von R. Schieb). Mitwirkende: Synchronsprecher und Schauspieler Wolfgang Wagner bietet literarische Zitate über Zugfahrten, Eisenbahnlinien und Bahnhöfe im östlichen Europa dar, ergänzt durch kulturhistorische Kommentare der Autorin Roswitha Schieb, die die Collage verfasst hat. Schieb veröffentlichte

eine Reihe von kulturhistorischen Reisebüchern, darunter Literarischer Reiseführer Breslau und Jeder zweite Berliner. Schlesische Spuren an der Spree im Deutschen Kulturforum östliches Europa.

Auf der Internetseite www.kulturforum.info finden Sie weitere Informationen, auf unserem YouTube-Kanal einen Trailer. Die Veranstaltung ist eine Kooperation des Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz und des Deutschen Kulturforums östliches Europa.

Ariane Afsari

Spurwechsel – Ein Abend über Züge, Strecken und Bahnhöfe im östlichen Europa seit 1870

Dresden – Mittwoch, 16. April, 19 Uhr, Bibliothek Blasewitz, Tolkewitzer Straße 8, Eintritt: 7,- Euro / 4,- Euro mit gültigem Bibliotheksausweis, um Anmeldung wird gebeten: blasewitz@bibio-dresden.de.

Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Städtischen Bibliotheken Dresden und des Deutschen Kulturforums östliches Europa.

Vera Schneider



Aufnahme aus dem Jahr 2005: die Bahnhofshalle in Lemberg Foto: Deutsches Kulturforum, A. Werner

ANZEIGE



Nach einem langen und ereignisreichen Leben
ist friedlich eingeschlafen

Heinz-Otto Gardeick

* 23.12.1924 in Schakuhnen/Ostpreußen
† 23.03.2024 in Jülich

Unendlich traurig, aber voll schöner Erinnerungen und großer Dankbarkeit nehmen Abschied

Olaf und Anita
Jan und Sabine mit Lars und Lena
Ole und Katarzyna
Pit

Dr.-Halbsohn-Straße 6, 52428 Jülich

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet statt am Freitag, 12. April 2024, um 11.00 Uhr in der Kapelle auf dem Friedhof in Jülich, Haubourdinstraße 11a.



Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842

ALBRECHTSDORF

Die bewegte Geschichte einer Gemeinde

Gründung durch den Deutschen Orden – Im Besitz von Gutsherren – Häufiger Wechsel der Eigentumsrechte

VON WOLFGANG KAUFMANN

In Ostpreußen gab es nicht nur 89 Städte, sondern auch eine Vielzahl von Dörfern – allein im Kreis Preußisch Eylau existierten am Ende 112 davon. Hierzu zählte Albrechtsdorf [Wojciechy], das um 1880 zur zweitgrößten Landgemeinde des Kreises avancierte und auf eine ebenso wechselvolle wie typische Geschichte zurückblicken konnte, die ihre letzte abrupte Wende nahm, als die Ortschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter polnische Verwaltung geriet.

Albrechtsdorf war wie viele andere Dörfer im heutigen Ostpreußen eine Gründung des Deutschen Ordens. In diesem Fall ging die Initiative von Heinrich von der Mauer alias Muro aus, dem Kommandanten der ältesten Ordensburg in der Region, Balga. Als erster Schulze der Siedlung, die wohl nach einem Bartens-teiner Ordensbruder benannt wurde, fungierte Lambert Krumm. Schon bald nach der Gründung im Jahr 1335 verlor Albrechtsdorf seine Unabhängigkeit und geriet in den Besitz der Gutsherren von Groß Peisten – das geschah spätestens im Jahr 1362. Erster Lehnsherr war sicher ein Ritter des Deutschen Ordens, der hiermit für seine Dienste abgefunden wurde.

Gründer war Heinrich von der Mauer

Die Gutsherren wechselten sehr oft, und manchmal teilten sich auch mehrere Personen die Eigentumsrechte. Zunächst gehörte Albrechtsdorf der Familie Malgedin, dann dem preußischen Ritter Santunge und ab dem Ende des 14. Jahrhunderts wiederum den Malgedins. Aus späterer Zeit sind fünf Teileigentümer überliefert: der Vogt zu Preußisch Eylau, der Söldnerführer Hans Ponnau, Melchior von Kreytzen, Georg von Aulack und



Anziehend aufgrund seiner guten Infrastruktur: Albrechtsdorf, Kreis Preußisch Eylau, Ansichtskarte aus den 1920er Jahren

Hans von Kalckstein, ein Hofdiener des brandenburgischen Kurfürsten und Markgrafen Johann Georg. Um etwa 1600 gelang es Albrecht von Kreytzen auf Groß Peisten, Albrechtsdorf zu seinem alleinigen Besitz zu machen. Anschließend blieb das Dorf bis 1820 in den Händen der Familie von Kreytzen. Allerdings musste diese Albrechtsdorf zeitweise an die Herren von Lehndorff verpfänden. 1794 hob Erdmann von Kreytzen die Erbuntertänigkeit für alle seine Dörfer auf.

In der Zeit bis 1820 erlebte Albrechtsdorf wie etliche andere Gemeinden in der Region viel Ungemach. So kam es während des Dreizehnjährigen Krieges

von 1454 bis 1466 zwischen den preußischen Ständen und dem Deutschen Orden zu schweren Verwüstungen und Plünderungen. Das wiederholte sich im Reiterkrieg, der 1519 ausbrach und eine Folge der Bestrebungen des letzten Ordenshochmeisters in Preußen Albrecht von Brandenburg-Ansbach war, den Deutschordensstaat von der Vormundschaft Polens zu befreien.

Die Reformation führte 1525 dazu, dass keine Gottesdienste mehr in der ab 1335 errichteten Kirche stattfanden, die den Mittelpunkt von Albrechtsdorf bildete. Der erste evangelische Pfarrer traf nicht vor 1577 ein, um in dem schlichten

Bau aus Feldsteinen zu predigen.

Anschließend suchten mehrere Pestwellen Ostpreußen und damit auch Albrechtsdorf heim, so zum Beispiel 1610 und 1709 bis 1711. Im Jahr 1807 brachte die feindliche französische Armee die Ruhr in die Region um Preußisch Eylau. Laut Kirchenbuch starben damals 157 Einwohner von Albrechtsdorf, während es sonst im Jahresdurchschnitt nur um die 20 Todesfälle gab.

Ab 1820 führte die Bauernbefreiung im Zuge der Stein-Hardenbergschen Reformen in Preußen zu einer Übertragung des Landes rund um Albrechtsdorf an insgesamt 18 Bauern. Diese zahlten den ehema-

ligen Lehnsherren in Groß Peisten eine jährliche Rente von 665 Talern sowie den einmaligen Betrag von 1829 Talern für das erhaltene Vieh und Saatgut sowie die Arbeitsgeräte. Außerdem waren nun auch Grundsteuern in Höhe von 136 Talern pro Jahr zugunsten der Kreiskasse fällig.

Durch die Neuregelung der Eigentumsverhältnisse erlebte Albrechtsdorf einen erheblichen Aufschwung. So verdoppelte sich die Einwohnerzahl bis 1846 auf 646. 1885 lebten dann sogar 1214 Menschen in den 156 Wohnhäusern des Ortes. Danach kam es zu einem leichten Rückgang, weil manche nach Westdeutschland oder in die Ukraine auswanderten.

Aufschwung im 19. Jahrhundert

Rund um Albrechtsdorf lagen zum Ende des 19. Jahrhunderts 922 Hektar Ackerland und 183 Hektar Wiesen. Im Dorf selbst befanden sich eine dreiklassige Schule für bis zu 250 Kinder und drei Wirtshäuser. In denen verkehrten nicht nur die Bauern, sondern auch etliche Handwerker, die wegen der guten Infrastruktur nach Albrechtsdorf gezogen waren. Auf Initiative des Gemeindevorstehers Friedrich Krause wurden beispielsweise zwischen 1876 und 1879 die Dorfstraßen erneuert und sogar ein Bürgersteig angelegt. Dazu kamen später der Neubau der Schule und der Anschluss an die Chaussee von Landsberg nach Bartenstein. Außerdem gab es seit Oktober 1912 eine freiwillige Feuerwehr mit 20 Mitgliedern.

Ab 1928 war Albrechtsdorf das Zentrum eines Amtsbezirkes im Zuständigkeitsbereich des Amtsgerichtes Bartenstein. Im Februar 1945 besetzte die Rote Armee Albrechtsdorf, das später wie der übrige südliche Teil Ostpreußens unter polnische Verwaltung kam. Dem folgte 1946/47 die Vertreibung aller deutschen Bewohner.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Auch in Ost-Guben wird das Stadion wieder schick

In den geteilten Städten liegen ruhmreiche Sportarenen auf der zur Republik Polen gehörenden Seite

Mit der Grenzziehung an Oder und Neisse 1990 wurden die Städte Frankfurt (Oder), Guben, Forst (Lausitz) und Görlitz geteilt. Von Küstrin blieb der Bundesrepublik Deutschland nur ein ganz kleiner Teil. Die vier erstgenannten Städte verbindet, dass ihre legendären Sportanlagen an die Republik Polen fielen. Über die wohl markanteste Anlage verfügte Frankfurt, wo damals die Straßenbahn bis zum 1927 errichteten Stadion an der Kleisthöhe (später Ostmarkstadion) verlängert wurde. Das Stadion mit seinem imposanten Arkadenbogen wurde 2003 renoviert und steht als architektonisches Denkmal heute unter Schutz.

In Görlitz fiel der Schenkendorffplatz, ebenfalls ein Großprojekt der Zwischenkriegszeit, an die Republik Polen. Sowohl das durch die Radsport-Friedensfahrt bekannte Stadion der Freundschaft als auch die „Junge Welt“ des „Niederschlesischen FV Gelb-Weiß 09“ sind Neubauprojekte aus DDR-Zeiten.

In Forst (Lausitz) ist das ebenfalls in der Zwischenkriegszeit gebaute Großstadion am Wasserturm zwar auf bundesdeutscher Seite verblieben, doch das „Manchester an der Neisse“ verlor seine Osthälfte nicht nur an die Republik Polen, sondern zudem an die Natur. Die zur Republik Polen gehörende Stadthälfte wur-

de nämlich nach dem Krieg komplett abgerissen, womit die in der Pionierzeit des Fußballs überaus erfolgreichen Vereine Viktoria und Askania Forst und mit ihnen ihre Stadien im Dickicht verschwanden und heute „Fußballarchäologen“ anziehen. Immerhin waren beide Klubs einst südostdeutsche Regionalmeister und standen in Endrunden der Deutschen Fußballmeisterschaften.

Auf- und Abstieg einstiger Fußballsterne

Imposant wie das Stadion an der Kleisthöhe stellt sich auch das Stadion von Ost-Guben [Gubin] dar. Als der Forster Fußballsterne in den 30er Jahren bereits im Sinkflug war, übernahm der 1. FC Guben an der Lausitzer Neisse das Zepter übernommen und 1934 die Aufstiegsspiele zur erstklassigen Gauliga Brandenburg gegen den Viktoria-Forst-Nachfolger FC 01 und gewann. In einer Liga, in der außer Guben sonst nur zehn Spitzenklubs der Hauptstadt Berlin spielten, folgte jedoch der umgehende Abstieg. Die am 1. Juni 1935 im Rahmen des NSDAP-Gautages eingeweihte „Jugendkampfbahn“ für 25.000 Zuschauer am Königpark im Norden der Stadt kam für große Fußballspiele deshalb wenige Wochen zu spät; der 1. FC blieb vor und nach dem Krieg am Westufer der Neisse ansässig.

Während der Adolf Hitler 1932 auf einer kleinen mobilen Tribüne auf einer Parteiveranstaltung im Frankfurter Stadion sprach, blieb er zur Eröffnung in Guben nur angekündigt. „Alle warteten stundenlang auf ihn, doch er kam nicht. Dann brach ein schweres Gewitter aus, alle wurden ganz nass. (...) Dann hat uns unser Lehrer zehn Pfennig gegeben, damit wir mit der Bahn nach Hause fahren konnten“, erinnerte sich die 1935 zehnjährige Waltraut Hoffmann 2009 in der Zeitung „Der Märkische Bote“. SA, HJ, BDM,

NSDAP und Wehrmacht füllten die Anlage in den Folgejahren jedoch gut.

Nach dem Krieg schlug aber auch hier der Zahn der Zeit zu, wenngleich „Carina Gubin“ nach wie vor hier in der 4. Fußballliga, also sehr erfolgreich kickt. Denn die ersten drei Spielklassen spielen in der Republik Polen landesweit und in der 4. Liga gibt es somit noch namhafte Gegner aus weit größeren Städten. 1975 hatte die örtliche Carina-Schuhfabrik den Klub übernommen. Der Name blieb auch nach dem Konkurs 1997. Die Schuhfabrik hatte

die Anlagen des Tuchfabrikanten Erich Wolf übernommen, dessen „Villa Wolf“ bis zur kriegsbedingten Zerstörung 1945 eine Attraktion am Ostufer der Neisse war, galt das Gebäude doch als modernes Erstlingswerk des Architekten Ludwig Mies van der Rohe. Eine Initiative setzt sich für den Wiederaufbau ein.

Moderne Erstlingswerk van der Rohes

Die architektonische Instandsetzung des Stadions ist indes seit wenigen Tagen in trockenen Tüchern. Umgerechnet knapp 4,7 Millionen Euro werden dafür aufgewendet. 2022 hatte der polnische Stadtrat schon einmal 3,5 Millionen Euro bereitgestellt, doch dann verstarb der beauftragte Architekt. Im Gegensatz zum Stadion an der Kleisthöhe regiert aber beim Stadion in Ost-Guben Funktionalität. Mit erheblichen Eingriffen in Wälle und Tribünen, mit einer Überdachung, einem Sprecherturm, Anzeigetafel und umfassender technischer Infrastruktur will man Auflagen des Polnischen Fußballverbandes PZPN bis hinauf für die 2. Liga erfüllen. Das wird man in West-Guben verschmerzen. Denn wie Forst braucht man solche Ausmaße auf deutscher Seite nicht mehr. Cottbus überstrahlt im Fußball heute das gesamte Umland.



Heute wieder in Topzustand: Der alte Schenkendorffplatz in Ost-Görlitz, Heimat des KS Nysa Zgorzelec Foto: Pander

Edmund Pander

STADTGESCHICHTE

Geburtsort der „Alten Kameraden“

Ein Streifzug durch die 775-jährige Geschichte der preußischen Provinzstadt Altdamm am Dammschen See

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Die Stadt Altdamm [Dąbie] liegt am Ostrand der Oder an der Mündung der Plöne, die hier in den Dammschen See fließt. Bis zum Jahr 1939 gehörte sie zum Kreis Randow und wurde nach der Auflösung des Kreises zur pommerischen Hauptstadt Stettin eingemeindet.

Nach Altdamm gabelt sich die von Stettin aus kommende Eisenbahnlinie. Sie führt über Stargard durch Hinterpommern, während die andere über Gollnow nach Swinemünde oder über Cammin zur Ostsee und ihren Badeorten führt. Diese Züge nannten die Berliner Bäderbahnen. Die Hökendorfer nutzten mehr den Finkenwalder als den Altdammer Bahnhof. Das mag jedoch an der Kleinbahnlinie Finkenwalde-Neumark, die über Hökendorf führte, gelegen haben.

Die legendäre DO-X landete hier

Im Jahr 1927 wurde am Südufer des Dammschen Sees der Stettiner Flughafen für Land- und Wasserflugzeuge erbaut. Er lag nur sechs Kilometer vom Stettiner Hauptbahnhof entfernt. Das größte Wasserflugzeug der Welt, die DO-X, konnte ohne Probleme auf dem Dammschen See landen, stets eine Sensation.

Die Straßenbahnlinie aus Stettin hatte ihre Endhaltestelle nicht weit vom Flughafen entfernt. Von hier aus gingen Busse bis 1939 nach Altdamm, Finkenwalde und Hökendorf. Der nächste Bahnhof war in Finkenwalde in einem Kilometer Entfernung, der Bahnhof Altdamm jedoch in zweieinhalb Kilometern. Eine erste Adresse war der Jachthafen am Dammschen See. Hier traf man sich zum Bummeln, zum Segeln und zum Gesehen werden.

Altdamm wurde früher nur Damm genannt. Der Name hat nichts mit dem Damm von 1299 zwischen Stettin und Damm zu tun, sondern kommt aus der wendischen Sprache „Damb“ und bedeutet Eiche. Der wendische, befestigte Fischerort wurde 1121 von Herzog Boleslaw III. von Polen zerstört. Auf den Trümmern entstand danach ein deutsches Dorf, das Herzog Bogislaw I. dem Kloster Kolbatz schenkte. Barnim I.

nahm 1226 den Ort von Kolbatz zu lebenslänglichem Lehen und erhob ihn 1249 zur Stadt. 1260 verlieh er der Stadt das Magdeburger Recht. Herzog Barnim I. baute eine Hofburg, die von weiten Forsten umgeben war. Am 14. November 1278 starb er in Altdamm.

dischen Truppen versorgen. 1637 lag Altdamm in Schweden. Im Frieden von Stockholm kam das Städtchen 1720 zu Preußen. Ein wirtschaftlicher Aufstieg begann ab 1746/47, als die Reglitzwiesen und der Plönebruch trockengelegt wurden und nun Kartoffeln angebaut werden

Landsberg an der Warthe. Er komponierte 1889 den später so populär gewordenen Marsch „Alte Kameraden“, der heute noch weltweit bekannt ist, dazu noch etwa 100 weitere Märsche.

Ein um 1590 spätgotisches Bauwerk ist die Pfarrkirche Sankt Marien. Nach dem großen Brand von 1863 wurde sie vollständig umgebaut und erhielt einen weithin sichtbaren Turm. Das Fürstenhaus wurde nach 1945 wiederhergestellt und beherbergt heute eine Bibliothek. Das Rathaus, ein Neubau von 1829 mit offener Vorhalle und kleinem Glockenturm auf dem Marktplatz, wurde Ende des Krieges zur Ruine.

Berühmte Persönlichkeiten

Aus Altdamm stammt der große Lehrmeister von Karl Friedrich Schinkel. Es ist der Baumeister Friedrich David Gilly, der am 16. Februar 1772 in Altdamm geboren wurde und am 3. August 1800 in Karlsbad starb. Er war ein führender Baumeister des deutschen Klassizismus und Begründer des modernen Theaterbaus.

Altdamm besaß zwei Volksschulen, seit 1919 eine Mittelschule und eine Berufsschule. Die Mittelschule wurde auch von Schülern aus den umliegenden Ortschaften besucht. Beliebt war besonders bei den Mittelschülern aus Richtung Hökendorf die Entschuldigung: „Die Schranken der Eisenbahn waren geschlossen. Wir mussten warten, bis die Züge vorbeigefahren waren.“ Unzählige Kinder aus Altdamm und der Umgebung lernten im Dammschen See das Schwimmen und erwarben in der dortigen Badeanstalt das Freischwimmerzeugnis. Man konnte auch hier ein Bademeisterexamen ablegen.

Das Ende, Verlust der Heimat

Altdamm wurde als letzte Bastion für Stettin am Ende des Krieges 1945 umkämpft. Viele Russen sind hier gefallen und mussten von den zurückgekehrten Altdammern begraben werden. Doch letztendlich mussten auch die Altdammer ihre Heimat verlassen.

Die 700-Jahr-Feier der Stadt wurde am 30. und 31. Juli 1949 in Lüneburg begangen. Also kann die pommerische Stadt in diesem Jahr auf 775 Jahre zurückblicken.



Damals wie heute alles überragend: Sankt Marien, einst evangelische Pfarrkirche, heute die katholische Pfarrei Mariä Himmelfahrt

Der seit Vorzeiten genutzte Knüppeldamm nach Stettin wurde 1299 durch einen steinernen ersetzt. Über die Reglitz (Ostoder) führte eine Fähre, an der Zoll erhoben wurde. Um 1370 versuchte Altdamm Verbindung zur Hanse aufzunehmen. Doch Stettin verhinderte den Beitritt. Erst im Jahr 1604 erhielt Altdamm sein eigenes Stapelrecht. In den Jahren 1540 und 1592 wüteten Brände in der Stadt. 1592 wurde die Hofburg ein Opfer der Flammen. Als Absteigequartier für seine Jagden erbaute Herzog Johann Friedrich 1592 das Fürstenhaus. Der preußische König Friedrich Wilhelm I. schenkte den Renaissancebau der Altdammer Kirchengemeinde.

Als befestigter Brückenkopf der Stadt Stettin hat Altdamm alle Kämpfe um Stettin mit ausfechten müssen. Im Dreißigjährigen Krieg musste der Ort die schwe-

konnten. Die Eisenbahn von Stettin schloss das Städtchen an das sich nun ausbreitende Bahnverkehrsnetz an.

Industrieansiedlung und Garnison

Ab 1872 wurde die Stadtmauer abgebrochen. Altdamm konnte sich nun an der Plöne und zur Buchheide hin ausdehnen. 1873 entstand die Zellulose- und Papierfabrik. Weitere Betriebe folgten wie eine Stärke- und Sirupfabrik, Sägewerke, Spinnereien, ein Textilgewerbe und eine Fassfabrik. Ein Elektrizitätswerk wurde in den 1930er Jahren an die Plöne gesetzt. Für die Holz verarbeitenden Betriebe wurde der kleine Hafen, von den Altdammern Ablage genannt, von großer Bedeutung.

Bis 1945 war Altdamm Garnisonsstadt. Der Militärmusiker und Komponist Carl Teike kam in Altdamm am 5. Februar 1864 zur Welt und starb am 28. Mai 1922 in

SCHIFFFAHRT

Das Schiffswrack von Heidebrink

Bei Sturm aufgetaucht – In Cammin fand das Segelfrachtschiff als Denkmal seinen letzten Ankerplatz

Die Geschichte von der Entdeckung bis zur Bergung des Schiffswracks von Heidebrink [Międzywodzie] erstreckte sich über viele Jahre. Der 30 Meter lange Schiffsrumpf wurde am östlichen Teil des Seeufers mehrfach vom Sturm aufgedeckt. Bereits 1997 war das Nationalmuseum in Stettin an einer Bergung interessiert. Der 30 Meter lange Schiffsrumpf wurde auch 2011 vom Sturm freigelegt, konnte jedoch wieder nicht geborgen werden.

Mehrere Bergungsversuche

Erst im Oktober 2016 ergab sich die Gelegenheit, als ein Teil des Wracks von starken Windböen 500 Meter nach Westen getrieben wurde. Ein Teil des Kiels, der mit dem Hecksteven rund 1,5 Tonnen wiegt, wurde sogar um drei Kilometer vertrieben. Nach Lageuntersuchungen, unter anderem mit Drohnenaufnahmen, konnten an diesen Plätzen die Teile im Dezember 2016 innerhalb von zwei Arbeitstagen

aus dem Wasser geborgen und nach Cammin in Pommern [Kamień Pomorski] gebracht werden.

Nach den dortigen Konservierungsarbeiten wurden die Reste des historischen Schiffes unter der Leitung des Zentrums

der Slawen und Wikingern [Centrum Slowian i Wikingów Wolin-Jomsborg-Vineta] in Wolin zusammengefügt.

Zeittypische Bautechnik

Mit der Radiocarbon-Methode wurde anschließend das Holz untersucht. Die Analyse ergab, dass das Schiffswrack aus dem 19. Jahrhundert stammt. Für das charakteristische Segelfrachtschiff der damaligen Zeit wurde 120-jähriges Eichenholz verwendet, das jedoch nicht aus der Gegend der südlichen Ostseeküste stammt. An den Überresten sind Elemente der damaligen Bautechnik zu erkennen, die bis zur Mitte des 20. Jahrhundert an den Ostseeküsten verwendet wurde.

Das Schiffswrack, das inzwischen als weitere Sehenswürdigkeit am Hafen von Cammin unter freiem Himmel zu besichtigen ist, steht unter Denkmalschutz. Die Geschichte der Bergung selbst ist im Historischen Museum in Cammin beschrieben.



Als Denkmal eingestuft: Das geborgene Segelfrachtschiff

Foto: Fritsche

Manfred E. Fritsche

MELDUNGEN

Fußball-EM, Fähre und „Gorch Fock“

Anklam – Die Hansestadt ist eine von 51 ausgelosten Städten, die 2024 anlässlich der Fußball-EM einen öffentlichen Trinkbrunnen durch die Kampagne „EURO nachhaltig: Ein Spiel – Ein Trinkbrunnen“ erhalten. Für Kauf, Bau und Wartung erhält Anklam 15.000 Euro vom Bund. TS

Stettin – Am vergangenen Sonntag wurden die Kommunalwahlen in Stettin und Hinterpommern durchgeführt. Am 9. Juni finden auch in Vorpommern Wahlen statt. Die Bürgervertreter werden für fünf Jahre gewählt. TS

Anklam – Der Historische Verein Anklam hat sich neu aufgestellt. Nach dem Rücktritt von Harald Schwarz ist Jens Braatz zum neuen Vorsitzenden und Angela Krüger zu seiner Stellvertreterin gewählt worden. Für dieses Jahr ist noch eine heimatkundliche Ausfahrt und ein neuer Heimatkalendar geplant. TS

Swinemünde – Ab Juli wird die Fähre „Varsovia“ auf der Linie von Swinemünde nach Ystad eingesetzt. Als modernstes Schiff, welches auf dieser Strecke über die Ostsee verkehrt, kann es etwa 920 Passagiere, 200 Pkw und 140 Lkw mit Sattelaufieger aufnehmen. TS

Lassan – Im Rahmen des 750. Jubiläums der Stadt Lassan trifft sich am 15. Mai das Festkomitee. Geplant ist ein Theaterstück am 11. und 15. Juli, das Hafenfest am 13. Juli und ein Festumzug mit Stadtfest am 20. Juli. Das 1274 gegründete Lassan ist eine der kleinsten deutschen Städte und liegt vis-à-vis der Insel Usedom, direkt am Peenestrom. TS

Stargard – In der vergangenen Woche wurde dem 2017 gegründeten Verein der Stargarder Schmalpurfreunde vom Verwaltungsbezirk Unterstützung für die Wiederbelebung der Kleinbahn zugesichert. Ihr Ziel sind Herstellung und Betrieb der Strecke Stargard-Nörenberg. TS

Wolgast – Im Rahmen von „900 Jahre Wolgast“ wird am 17. April um 19 Uhr zum Vortrag „Vermessen wie die Schweden“ mit Ivo Asmus in das Museum am Rathausplatz 6 eingeladen. Dabei geht es um die geometrische Landaufnahme in Schwedisch-Pommern (1692–1709). TS

Stolp – Auf der Bahnstrecke Stolp-Lauenburg erfolgt ein zweigleisiger Ausbau. Dieser ermöglicht Personenzügen Geschwindigkeiten bis 160 Kilometer pro Stunde und verkürzt die Fahrtzeit von Stolp nach Gdingen-Kielau um 15 Minuten. Die Erdarbeiten haben bereits am Stolper Bahnhof begonnen. TS

Stralsund – Die „Gorch Fock (1)“ hat die Werfthalle verlassen. Jetzt strahlt sie wieder in neuem Glanz. Am 5. April bewegte sie sich aus der großen Schiffbauhalle der Volkswerft in Richtung Schiffsflift und liegt jetzt an der Werf pier. Am 24. April soll sie mit Schleppern an ihren Stammliegeplatz an der Ballastkiste im Nordhafen verholt werden. Doch zuvor muss sie noch einige notwendige Prüfungen bestehen. Die 1933 erbaute „Gorch Fock“ ist die Vorgängerin des gleichnamigen Schiffes von 1958. Hansestadt Stralsund

„Warum wird ein solcher Anschlag bagatellisiert?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Eine wunderbare Zeitung! Ich bewundere diese engagierte Arbeit und warte gespannt auf die nächste Ausgabe.“

Micaela Grill,
Kleinmachnow



Ausgabe Nr. 13

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

IM DROGENSCHUNDEL

ZU: „MURKS“ SETZT SICH DURCH (NR. 13)

Was in über zwei Jahren diese Ampelregierung schon angerichtet hat, das dürfte doch eigentlich genügen, um Deutschland endgültig in die ökonomische und politische Katastrophe zu führen.

Dass nun auch noch das „Kiffen“ (so ziemlich durch alle staatlichen Hürden vermurkst) legalisiert wurde, zeigt, dass es keinerlei Hemmungen mehr gibt, den ohnehin missbrauchten, Steuer zahlenden Bürger in den Drogenschundel zu stürzen – mit Konsequenzen, wie sie haarsträubender nicht sein können. So auch zum Beispiel durch das im Artikel angesprochene Durchsehen von zirka 210 000 Straftakten.

Was muss eigentlich noch alles passieren? Wie wäre es mit einem Gesetz, das vorschreibt, dass eine Regierung nur durch Fachkräfte mit einem auch wirklich nachweisbaren Abschluss gebildet werden darf?

Aktuell wäre auch die Frage interessant: Wie lange noch regieren die für diese Taten Verantwortlichen?

Manfred Kristen, Freital

FEHLENDE BASIS FÜR „WERTE“

ZU: „UNSERE VORSTELLUNGEN HABEN ZUMEIST ETWAS BIEDERMEIERLICHES“ (NR. 13)

In dem Gespräch mit dem Historiker Herfried Münkler wird die Naivität hervorgehoben, sich heute beim politischen Handeln ausdrücklich auf „Werte“ zu berufen, die nirgendwo allgemeinverbindlich formuliert worden sind, nur in der Phantasie mancher Politiker existieren und keine Entsprechung in der realen Welt finden.

Das erinnert irgendwie an die Gesellschaftskunde in der damaligen erweiterten Oberschule in der DDR, aber selbst dort gab es ein nachlesbares Fundament in den Werken der Klassiker des Marxismus. Nur hatte das damals noch keinen feministischen Touch.

Vermutlich liegt es daran, dass in diesem Zusammenhang zwangsläufig ganz selbstverständlich „nationale Interessen“ auftauchen, die es in Deutschland als einzigem Staatsvolk der Welt aber nicht geben darf. China hat welche, Frankreich, Ungarn, Russland, Lettland und auch Israel (obwohl es dort komplizierter ist).

Stattdessen wird versucht, uns davon zu überzeugen, dass in der EU, die ja kein Staat ist, Mehrheitsbeschlüsse verbindlich werden sollten. Wie das ausgehen muss, kann man an den Klimazielen oder den Grenzwertfestlegungen der – Nichtregierung – der EU zeigen.

Harald Schneider, Gera

LEHRER IMPFTE ALS ERSTER

ZU: „DER IMPFZWANG MIT SCHUTZPOCKEN SOLL UNTERZUGEN WERDEN“ (NR. 12)

Eine Anmerkung zum Artikel über den Impfwang: Weder der englische Wundarzt Edward Jenner noch ein Unbekannter im mittelfränkischen Neustadt an der Aisch waren die ersten, die eine Kuhpockenimpfung durchführten. Nachweislich war dies der Dorflehrer Peter Plett, der schon 1791 Kinder seiner Schule erfolgreich im kleinen Dorf Stakendorf in Schleswig-Holstein impfte. Leider verfasste dieser aufmerksame Dorflehrer keine wissenschaftlichen Artikel, und so blieb dieses Ereignis lange unbekannt.

Reinhard Laszig, Kiel

NICHT TOTZUKRIEGEN

ZU: TRUMPS WIDERPART IN DER EIGENEN PARTEI (NR. 12)

Immer wieder versuchten politisch Gescheiterte oder Hinterbänkler, bei den Republikanern in den vergangenen Jahren innerhalb der Partei einen „Anti-Trump“-Kurs zu etablieren, was jedoch bei der Mehrheit der Basis keine Akzeptanz fand. Denn bei der „Anti-Trump“-Opposition innerhalb der republikanischen Partei handelt es sich nicht um Republikaner aus

der Volksmitte, sondern zumeist formiert sich diese Gruppe in den Hinterzimmern der Partei – angeführt von der „alten Garde“.

Da diese offenbar keine Möglichkeiten sahen, Donald Trump bei den Vorwahlen zu besiegen oder ihm die Unterstützung der Basis zu entziehen, möchten die „Anti-Trumps“ Trumps Wahlkampf nun „crashen“ – selbst wenn man damit zum nützlichen Idioten eines greisen (Noch-)Präsidenten wird. Zudem ist zu erwarten, dass sämtliche republikanischen Wähler – auch wenn sie keine Trumpisten sind – ihr Kreuz bei Trump machen, weil der juristische Kreuzzug demokratischer Ankläger zu einer Solidarisierungswelle mit Trump in der republikanischen Anhängerschaft geführt hat.

Der Ex-Präsident Trump ist zu einer Symbolfigur gegen das Establishment geworden, was nur noch um sich zu schlagen weiß. Und wer seiner innerparteilichen Kontrahenten hätte das Format Trumps bei der Wählerschaft, welches für einen Wahlkampf unerlässlich ist?

Weiterhin stellt sich die Frage nach einem politischen und gesellschaftlichen Konzept der „Anti-Trumps“ bei den Republikanern. Was wollen sie, wenn nicht „America first“? Und hätten sie überhaupt Rückhalt in der Partei? Gut möglich, dass Trumps innerparteiliche Widersacher nun zur Wahl des Demokraten Joe Biden aufrufen, um die Ära Donald Trump zu beenden. Aber sie vergessen: Trump ist nicht nur ein Kandidat, sondern auch ein Phänomen. Und diese sind nicht totzukriegen.

Marcel Jacobs Hamburg

SPUREN DER „GRAF SPEE“

ZU: VERSENKT IM RIO DE LA PLATA (NR. 12)

Einige „Graf Spee“-Leute habe ich noch getroffen. Die argentinische Gemeinde Villa General Belgrano war eines der Internierungsorte der „Graf Spee“-Mannschaft. Dort wird das im ganzen Land bekannte Oktoberfest gefeiert. Außerdem gab es ein weiteres Internierungslager: das des Ex-

Club-Hotels Sierra de la Ventana, in dem die Unteroffiziere der „Graf Spee“ untergebracht wurden. Sigurd Hammerfest, Buenos Aires/Argentinien

ZUM ASYL NACH NORDKOREA?

ZU: DIE MIGRANTIFA FORMIERT SICH (NR. 12)

Wenn man (angeblich) in einem Land schlecht behandelt wird, dann verlässt man es wieder. Also liebe Migrantifa: Ihr findet Deutschland nicht gut? Okay, die Grenzen sind offen, und ihr könnt es ohne Probleme verlassen. Wie wäre es zum Beispiel mit Nordkorea, Iran, Saudi-Arabien oder Kuba?

Alex Lund, Heinsberg

VERHARMLOSTER TERROR

ZU: RAF BERLIN (NR. 10)

Anders als bei den Attentaten der Roten Armee Fraktion (RAF) spricht beim Anschlag auf einen Strommast am Tesla-Werk in Grünheide bei Berlin kaum jemand von Terrorismus. Die Innenministerin Nancy Faeser nannte ihn lediglich einen „schweren Eingriff in unsere Energieinfrastruktur“.

Was für eine Verniedlichung, wenn man die mutmaßliche Schadenshöhe, die laut Werksleitung in einem hohen „neunstelligen Bereich“ liegen soll, und die Auswirkungen auf die betroffenen Bürger bedenkt! Warum wird ein solcher Anschlag bagatellisiert? Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

EINE FRAGE DER VERNUNFT

ZU: EINHEIMISCHE UNGELERNE SOLLEN NICHT ARBEITEN (NR. 10)

Was Quatsch ist, Herr Arbeitsminister Hubertus Heil, ist einzig und allein das Gesetz in der derzeitigen Fassung. Insbesondere können Schulungen und die Ausübung einer Tätigkeit sehr wohl auch parallel laufen. Das ist nur eine Frage der vernünftigen Regelung.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Was geschah in Wuhan? Der Zusammenhang zwischen Biowaffen und Impfstoffen

■ Nach seinem internationalen Mega-Bestseller *Das wahre Gesicht des Dr. Fauci* legt US-Präsidentschaftskandidat Robert F. Kennedy Jr. mit seinem neuen, nicht minder explosiven Enthüllungsbuch jetzt nach: Er entlarvt die verborgene und geheim gehaltene Allianz zwischen dem US-Militär, der CIA, den US-Gesundheitsbehörden und der Pharmaindustrie mit schrecklichen Folgen für die gesamte Menschheit. Dabei enthüllt er auch die explosive Wahrheit darüber, wie und von wem der wahre Ursprung von Covid-19 vertuscht wurde.

Im Mittelpunkt steht die sogenannte Gain-of-Function-Forschung – Experimente, bei denen es darum geht, im Labor hochgradig ansteckende und leicht übertragbare Krankheitserreger zu designen. Diese Art Forschung ist bestens dafür geeignet, verheerende Biowaffen herzustellen.

Wir alle sind spätestens mit der Covid-19-Pandemie Opfer einer globalen Verschwörung von unfassbarem Ausmaß und mit tödlichen Folgen geworden.

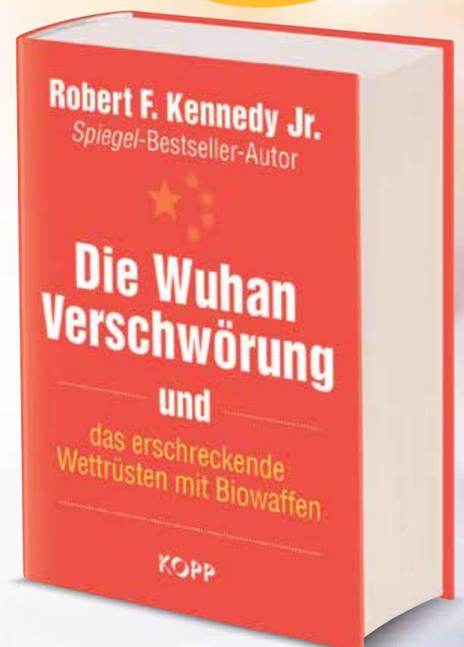
Robert F. Kennedy Jr. legt mit *Die Wuhan-Verschwörung* eine gründlich recherchierte und mit Quellen versehene Analyse vor. Hier erfahren Sie:

- warum Impfstoffe bei der Entwicklung von Biowaffen eine so große Rolle spielen;
- wie die Impfstoffentwicklung als Tarnmantel zur Biowaffenentwicklung genutzt wird;
- warum wir mit weiteren Pandemien rechnen müssen;

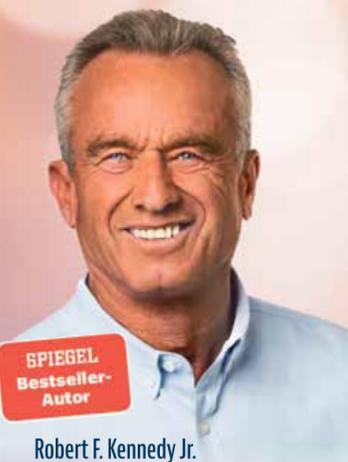
- wie Impfstoffe heimlich an großen Bevölkerungsgruppen getestet werden;
- wie eng Bill Gates mit den US-Geheimdiensten tatsächlich zusammenarbeitet;
- warum in der amerikanischen Biowaffenforschung 13 000 Wissenschaftler daran arbeiten, ständig neue Krankheitserreger zu entwickeln;
- warum neue Krankheitserreger ein Milliarden-geschäft sind;
- wie das Pentagon heimlich Biowaffentechnologie nach China geschleust hat und vieles mehr.

Robert F. Kennedy Jr. trotz der Mächtigen, nennt Ross und Reiter, deckt ihre Verbrechen schonungslos auf und gibt einen noch nie dagewesenen Einblick in die Entstehung der Covid-19-Pandemie. In diesem Buch finden Sie Antworten, die Sie vielleicht gar nicht wissen WOLLEN, aber unbedingt wissen SOLLTEN!

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas



Robert F. Kennedy Jr.: *Die Wuhan-Verschwörung* und das erschreckende Wettrüsten mit Biowaffen • gebunden 864 Seiten • Best.-Nr. 990 940 • 29,99 €



Robert F. Kennedy Jr.

»Ich respektiere Bobby Kennedy zutiefst, und ich denke, wenn jemand den Friedensnobelpreis verdient, dann ist er es.«

Dr. Robert W. Malone,
Virologe, Immunologe, Molekularbiologe

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

CYBERWELT

Mühsames Aufspüren digitaler Goldadern

Von den Glücksrittern des Internets: Gold schürfen war früher einmal, heute werden von zu Hause aus Kryptowährungen geschürft

VON STEPHANIE SIECKMANN

Goldschürfen ist ein Begriff, der für viele Menschen fest mit dem Wilden Westen verbunden ist. In der Vorstellung stehen Goldgräber mit verwitterten Gesichtern und staubigen Hemden neben windschiefen Holz-Hütten in einem Wald. Schwere Hacken werden wieder und wieder auf Steine geschlagen. Ein anderes Bild ist das des Mannes, der mit einem Goldwäscherseib im knöcheltiefen Wasser eines Flussbetts steht und mit den schwierigen Händen nach winzig kleinen Nuggets wühlt.

Die Suche nach dem großen Glück, das dem Traum von Reichtum und Freiheit Leben einhauchen soll, existiert auch heute noch. Doch gelebt wird er auf andere Weise und in einem ganz anderen Ambiente. Das glückliche Händchen beziehungsweise das Gespür dafür, wo die Goldader zu finden ist, wird heute durch technisches Equipment ersetzt. Der moderne Schürfer sitzt warm und trocken in einem Raum. Umgeben von Hochleistungsrechnern, die mathematische Rätsel lösen, den Blick auf Computermonitore gerichtet. Die größte Anzahl der digitalen Krypto-Schürfer ist dementsprechend in China und Indien zu finden. Hier finden sich die meisten Hochleistungsrechner.

Das digitale „Mining“, wie das Schürfen auf Englisch im Zusammenhang mit „Bergmine“ auch genannt wird, bringt keineswegs physisch greifbare Münzen oder Scheine hervor. Kryptowährungen sind virtuell. Trotzdem ist sehr großer Aufwand notwendig, um weitere Einheiten der Währung zu generieren. Mit jedem einzelnen Mining-Vorgang wird es aufwendiger, eine weitere neue Einheit dieser Währung zu erzeugen. Egal ob es sich um Bitcoin, Ethereum, Avalanche, Solana, Cardano oder eine der anderen Kryptowährungen handelt.

Das Herzstück des Schürfens ist in der sogenannten Blockchain verborgen. In dieser zur Sicherheit der Währung erdachten digitalen Datenbank werden alle



„Einsamer Wolf“ beim Schürfen: Kryptomining erfordert enorm viel Rechnerleistung

Foto: imago/Panthermedia

Transaktionen der jeweiligen digitalen Währung eingetragen. Der Begriff Blockchain verrät bereits, worum es dabei geht. Jede Währungseinheit (block) wird mit dem Herkunftspunkt, ihrem Ursprung und dem Transferpunkt verkettet (chain), so ergibt sich eine komplex verschlüsselte Information. Die Blockchain wird in ihrer Gesamtheit auf diese Weise zu einer Datenbank, in welcher der Verbleib der Währungseinheiten nachvollziehbar ist.

Neu erzeugte Transaktionen werden in Blöcken gesammelt und müssen durch komplexe mathematische Berechnungen bestätigt werden, um der Blockchain hinzugefügt zu werden. Dieses Vorgehen sichert Transparenz, kostet aber auch sehr viel Rechenleistung. Derartige Berechnungen werden ausschließlich von speziellen Computern durchgeführt, die als

„Miner“ – übersetzt „Schürfer“ – bezeichnet werden. Die Belohnung für diesen technischen Aufwand wird in Form von neuen Währungseinheiten zugeteilt.

Wie bei der Lotto-Tippgemeinschaft

So betrachtet, scheint digitales Schürfen eine reine Fleißarbeit zu sein, die von Rechnern geleistet wird. Das ist es auch. Doch der Nervenkitzel, den im Wilden Westen die Männer in staubigen Hemden am Flussbett erlebt haben, kommt beim Digitalen Schürfen nicht zu kurz. Denn es geht darum, den aufwendigen Rechenweg schneller als die Konkurrenz zu meistern. Im übertragenen Sinn: Den Weg zur dicken Goldader vor den anderen Mitbewerbern zu entdecken. Lediglich der erste Miner, der die mathematische Lösung präsentiert, darf sich über die Ehre freu-

en, den nächsten Block in die Blockchain einzufügen und die damit verbundene Belohnung zu erhalten – die heiß ersehnten Währungseinheiten. „Proof of Work“ wird dieses Vorgehen genannt. Die Belohnung in Form von Währungseinheiten wird dabei als Ausgleich für die eingesetzte Rechnerleistung angesehen.

Die Folge: Wer eine Chance haben möchte, das Wettrennen in Sachen Rechenoperationen zu gewinnen, muss permanent aufrüsten. Hardware, die hier große Chancen auf Erfolg bietet, muss stets auf dem Stand optimaler, spitzenmäßiger Leistungsfähigkeit sein.

Ist der Traum vom Kryptoerfolg damit einigen wenigen vorbehalten? Keineswegs. Auch Hobby-Goldschürfer können ihr Glück mit dem virtuellen Währungsschatz versuchen. Voraussetzung sind

passende Hard- und Software. Die ist inzwischen aber auf dem Markt erhältlich und bietet unterschiedliche Hilfestellungen. Mal für den Einsteiger, mal für den Fortgeschrittenen. Ein spezielles Betriebssystem zum Schürfen ist zum Beispiel Miner OS. Die eine oder andere Variante von Miner-Software ist aber auch mit den gängigen Betriebssystemen kompatibel. Einige Versionen bieten sogar die Möglichkeit, mit einer Grafikkarte zu schürfen. Es gibt sogar Software, die einen dabei unterstützt, die Kryptowährung mit dem aktuell größten Erfolgsversprechen zu generieren.

Wer auf der Suche nach der mathematisch richtigen Krypto-Mining-Lösung nicht als einsamer Wolf durch die virtuelle Galaxie streifen möchte, kann sich einem Mining-Pool anschließen. So werden Gruppen von Anwendern genannt, die sich zusammenschließen, um gemeinsam Jagd auf den Erfolg zu machen. Hinter Namen wie PEGA Pool, Awesome Miner oder Zionodes verstecken sich Miner-Pools. Der Gewinn, die Belohnung, die mit der Gruppe erzielt wird, wird wie bei einer Lotto-Tippgemeinschaft an die gemeinsam schürfenden Miner verteilt.

Der große Nachteil beim Kryptomining: Der Einsatz der Technik verbraucht immens große Mengen an Energie. Im Hinblick auf die Umwelt ist das Kryptomining mit seinem unfassbar hohen Stromverbrauch fragwürdig.

Der Szene der Miner ist das durchaus bewusst. Und so bastelt die Community an neuen Wegen, wie die Blockchain gesichert und weiterentwickelt werden kann. So setzt der Mechanismus „Proof of Stake“ auf den Einsatz von Währungseinheiten statt auf Rechenleistung. Ein ausgefeilter Algorithmus wählt denjenigen aus, der einen neuen Block erstellen darf. Die Auswahl erfolgt auf Basis von Währungseinheiten, die die Person oder der Pool besitzt und die als Sicherheit eingesetzt werden. Die so vorgenommene Verteilung entfacht Diskussionen und ist sicher nicht die letzte Entwicklung in dieser neuen Variante des Goldschürfens.

GOLDENE ZWANZIGER

Großer Kenner der Berliner Unterwelt

Einer der „namhaften Kulturjournalisten“: der Polizeireporter Leo Heller – Vor 100 Jahren erschienen sein Buch „Berliner Razzien“

Schriftsteller, Lyriker, „Brettdichter“, Bohémien, Journalist. Der 1876 in Wien geborene Fabrikantensohn Leo Heller hatte viele Facetten. Ernst von Wolzogen gelang es 1901, ihn als Texter für sein literarisches Kabarett „Überbrett!“ nach Berlin zu locken. Und Heller eilte herbei, nicht ahnend, dass das „Überbrett!“ nach zwei Jahren Geschichte sein würde. Als Redakteur der „Nationalzeitung“, des späteren „8-Uhr-Abendblatts“, konnte er sich jedoch weiterhin seine Brötchen verdienen, während er gleichzeitig Zeitschriften und Zeitungen des In- und Auslandes mit seinen Texten und Gedichten flutete.

Als Wiener mit reichlich schwarzem Humor gesegnet, war die Beschäftigung mit düsteren Tabuthemen in Prag ebenfalls charakteristisch für seine Werke. Ihn interessierten vor allem gesellschaftliche Randgruppen, nicht die Reichen und Schönen. So entstanden zunächst zahlreiche „Dirnenlieder“, die unter anderem in Berliner Kabarett geschmettert wurden, und das waren Vertonungen seiner Texte, geboren aus der Naturalismusbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Da

ging es mitunter ziemlich rabiat zu: „Doch jüngst, da hat er sie heimlich gesehn / Mit einem des Nachts auf der Straße gehen. Er lief ihr schnell nach beim Laternenschein / Schlag er ihr meuchlings den Schädel ein.“

Als der Erste Weltkrieg endete, Berlin zum Hexenkessel und zum „Chicago Deutschlands“ wurde, gab es kein Halten mehr. Alle Gestrandeten der Stadt durften sich zu Wort melden: Verbrecher, Dirnen, Schieber und andere zwielichtige

Nachgestalten. In den 1920er Jahren ging Heller in diesem Genre völlig auf und verfasste mehrere Bücher zum Thema, von denen das vor genau 100 Jahren veröffentlichte Reportagewerk „Berliner Razzien“ das erfolgreichste war. Er war live dabei, als die Polizei in Kaschemmen oder „Nachtbetrieben“ klar Schiff machte.

Heller präsentierte in seinen Werken – aus einem künstlerischen Anspruch heraus – stets Menschen am Rande der Gesellschaft. Das sorgte für viele für eine ganz neue Perspektive oder regte zumindest zum Nachdenken an, wozu aber die wenigsten bereit waren.

„Er zeigt die Deklassierten so wie sie sind und überlässt es mit mildem Lächeln dem Zuschauer, das alles entweder ekelhaft zu finden oder zu bemitleiden“, hieß es da schon mal 1927 in einer Kritik seines Theaterstücks „Vom Venusberg bis Kreuzberg“. Im selben Jahr hatte sich sein Mut und sein Fleiß bereits ausgezahlt, er zählte laut dem Berliner „Wochenspiegel“ neben Alfred Kerr, Egon Erwin Kisch und Siegfried Jacobsohn zu den „namhaften Kulturjournalisten Berlins“.

In der Zwischenzeit hatte er auch noch den Stummfilm für sich entdeckt und für mindestens zwölf Filme das Drehbuch geschrieben. Dass einer davon „Dirnentragödie“ hieß und mit Asta Nielsen prominent besetzt war, wunderte damals niemanden.

Das neue Jahrzehnt brach an, das Ende kam schnell. 1932 starb seine Ehefrau, und Leo Heller verließ die Stadt für immer. Der große Kenner der Berliner Unterwelt geriet in Vergessenheit und verstarb am 31. Januar 1941 in Prag.

Die eigene Dichtung war wahr geworden: „Die aus der Zeitung wie aus dem Troge / Täglich geistige Nahrung beziehen / Lasen gerührt die Nekrologe / Und vergaßen ihn.“

Bettina Müller



Im Berlin der Weimarer Zeit ging es rabiat zu: Die Polizei greift durch

Foto: agk



Von Bettina Müller herausgegeben: **Leo Heller, „Berliner Razzien. Reportagen aus der Unterwelt“**, Elsengold Verlag, Berlin 2021, 192 Seiten, 20 Euro

● FÜR SIE GELESEN

Im Dienst der British Army

Im Jahre 1886 hat die britische Armee ein Problem. Ihr wichtiger Verbindungsoffizier und Oberstabsarzt Carroll in Birma benötigt dringend einen Klavierstimmer für sein wertvolles Erard-Klavier. Da man den Offizier nicht verärgern will, engagiert das Kriegsministerium den Erard-Spezialisten Edgar Drake.

Die Bitte des britischen Militärs verwundert Drake, aber als folgsamer Bürger macht er sich auf die beschwerliche Reise nach Birma. Für den weltfremden Mann eröffnet sich eine Welt voller neuer Eindrücke, die ihn überwältigen, ihm aber auch erfüllte Tage bescheren. Er schreibt seiner Frau des Öfteren seine Eindrücke über die Reise mit all ihrer Farbenpracht, neben den farblos wirkenden britischen Soldaten – bis eines Tages kein Brief mehr bei ihr ankommt.

Daniel Mansons Roman „Der Klavierstimmer ihrer Majestät“ bietet in bildreichen und poetischen Beschreibungen viel Hintergrundwissen über die Kriege in Birma, zwischen den jeweiligen Kleinstaaten und dem britischen Empire. Es nimmt den Leser staunend mit in diese Welt voller Exoten und andersartigen Landschaften.

Manson ist Schriftsteller und Assistenzprofessor für Psychiatrie an der Universität Stanford. Er erhielt für den vorliegenden Roman mehrfach Preise, der Text wird für das Theater und die Oper adaptiert.

Angela Selke



Daniel Mason: „Der Klavierstimmer ihrer Majestät“, dtv, München 2024, Taschenbuch, 398 Seiten, 15 Euro

Klassiker der Spionage

Martin Compant gilt als deutscher „Krimipapst“. Diesen Ruf verdankt der 1954 in Witten geborene Autor seiner lebenslänglichen Beschäftigung mit dem Genre. Er war beispielsweise Herausgeber der Reihen „gelbe Krimis“ beim Ullstein-Verlag. Im Coesfelder Elsinor Verlag bringt er seit einiger Zeit in Vergessenheit geratene Klassiker des Kriminalromans neu heraus.

Der 1966 erstmals erschienene Spionagethriller „Dandy in Aspik“ von Derek Marlowe ist eine solche Rarität, welche die Wiederlektüre lohnt. Für den britischen „Guardian“ ist der Titel einer der zehn besten Erstlingsromane aller Zeiten. Compant und der Filmwissenschaftler Rolf Giesen steuern kundige Nachworte bei, die sich um den Roman und die verunglückte Verfilmung mit dem früh verstorbenen Laurence Harvey drehen.

Eine spannende Zeitreise in das Berlin und London der 1960er Jahre, geprägt vom Kalten Krieg und der Pop-Bewegung.

Ansgar Lange



Derek Marlowe: „Ein Dandy in Aspik. Ein Klassiker des Spionageromans“, Elsinor Verlag, Coesfeld 2023, kartoniert, 256 Seiten, 22 Euro

GLAUBE



Gedanken über das Fasten

Der Theologe Ralph Kunz zeigt, was der Nahrungsverzicht aus evangelischer Sicht bewirken kann, in welcher Tradition er steht, und welche Formen es gibt

Formen des Fastens – Das Buch „Fasten. Glauben geht durch den Magen“ bietet keine konkrete Anleitung, wie man fasten soll, sondern es enthält viele Überlegungen zum Thema: Welche Geschichte hat das Fasten? Wie

kann ein Christ durch das Mittel des Nahrungsverzichts zu Gott und zu sich selbst finden? Welche Bewegungen gab es und welche Kritik am Fasten gibt es? Teils sind die Texte sehr theoretisch, aber lohnend.

CRS



Ralph Kunz: „Fasten. Glauben geht durch den Magen“, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2024, gebunden, 189 Seiten, 25 Euro

RECHTSSTAAT

Verfassungsschützer auf Abwegen

Mathias Brodkorbs Kritik an einem Dienst, der zunehmend als Sprach- und Gedankenpolizei agiert

VON CORA STEPHAN

Es ist ein Krimi. Und eine Horrorstory. Mathias Brodkorbs Studie über den deutschen Verfassungsschutz bietet einen Berg von Argumenten für die Abschaffung dieses „Dienstes“, dessen Grundlage widersprüchlich ist, dessen argumentatives Gerüst wackelt und dessen Mitarbeiter offenbar überfordert sind, Texte und Aussagen logisch zu durchdringen.

Dass der Verfassungsschutz sich parteipolitisch engagiert, was ihm nicht zusteht, ist wohl mittlerweile offenkundig. Das gilt für die Beobachtung seines früheren Chefs Hans-Georg Maaßen ebenso wie für das Bemühen um die Delegitimierung einer großen Oppositionspartei, der AfD. Der Sozialdemokrat Brodkorb analysiert den Verfassungsschutz als „eine für die Demokratie unwürdige Institution“, die es im Übrigen in keiner anderen westlichen Demokratie gibt. Er schwingt sich immer mehr „zu einer Sprach- und Gedankenpolizei auf“ und halte wahnhaft „an seiner Verfolgungsabsicht entgegen der Beweislage“ fest.

Ein Pranger mit dem Potential, Existenzen zu vernichten

Der Verfassungsschutz ersetzt im Informationszeitalter den Pranger. Die Einstufung einer Person oder Organisation etwa als „rechtsextremistisch“ und die öffentliche Verkündung dieser Einstufung ist geeignet, bürgerliche Existenzen zu zerstören, zumal die derart Angeprangeren noch nicht einmal Einsicht in die sie belastenden Akten nehmen dürfen. Innerstaatliche Feinderklärung dient der Ausgrenzung, erst recht die Aufforderung an alle Bürger, sich daran zu beteiligen. Der derzeitige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Hal-

denwang, hat 2022 die Katze aus dem Sack gelassen: Es sei nicht allein seine Aufgabe, die Umfragewerte der AfD zu drücken, auch die Bürger müssten daran mitwirken. Hier wird der als neutral konzipierte Verfassungsschutz zum parteipolitischen Kampffross.

Als größten Skandal benennt Brodkorb die durch Haldenwang eingeführte Kategorie „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“, womit bereits bloße Regierungskritik gemeint ist. Dabei ist sogar verfassungsfeindliches Denken vom Grundgesetz gedeckt, es darf nur nicht zu einem Handeln gegen das Grundgesetz führen.

Ausgewogene Fallbeispiele

Brodkorb stammt wie so viele kluge und kritische Geister aus der DDR, war erst Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie bis 2019 Finanzminister in Mecklenburg-Vorpommern. Seine Analysen in der Zeitschrift „Cicero“ sind stets scharfsinnig und lesenswert. Und er macht sich mit den behandelten Themen oder Personen nicht gemein.

Seine Fallbeispiele sind ausgewogen. Der erste Fall betrifft Bodo Ramelow, Thüringer Ministerpräsident von der Partei „Die Linke“, der immerhin 27 Jahre lang vom Dienst beobachtet worden war und erst nach zehnjähriger rechtlicher Auseinandersetzung im Jahr 2013 vor dem Bundesverfassungsgericht obsiegte. Der Rechtsanwalt Rolf Gössner ist gleich vier Jahrzehnte beobachtet worden, mit einer eigenen Personenakte, die besonders bösen Verfassungsfeinden vorbehalten ist. Gössner wurde nicht nur Kontaktschuld, sondern auch „Konsensschuld“ vorgeworfen, da er teils wie die DKP argumentiere.

Hans-Georg Maaßen war stets dagegen, dass der Verfassungsschutz politische Parteien beobachtet und sich zum

Büttel der Politik macht. Nun ist er selbst Objekt des Dienstes geworden – wobei seine Beobachter ausschließlich öffentlich zugängliche Quellen zusammengetragen haben.

Brodkorb begibt sich auch in die ultrarechte Höhle der „Superspreader von Hass und Gewalt“, zum Institut für Sozialpolitik (IfS) in Schnellroda. Doch dort geht es seiner Beobachtung nach ruhig und freundlich zu, Besucher aus aller Welt schauen vorbei. Der Blick in die Akten des Verfassungsschutzes aber enthüllt Bemerkenswertes: Auf 1000 Seiten findet sich fast nichts, was man relevante heimdienstliche Erkenntnisse nennen könnte. Während das Innenministerium behauptet, die Schnellrodianer träumten von einem „Führer“ einer „ethnisch oder rassistisch homogenen Volksgemeinschaft“, hat der Verfassungsschutz dafür keine Beweise gefunden. Aber macht ja nichts, das ist diesen Rechten schließlich zuzutrauen. Doch sind schon „Demokratiefeinde“, wer die Parteienherrschaft kritisiert? Auch „Antisemitismus“ ist dem IfS nicht nachzuweisen, höchstens das Beharren darauf, dass man die politisch motivierten Massenmorde unter Mao, Stalin und Pol Pot nicht außer Acht lassen sollte, womit man schließlich das Leid der Juden weder leugne noch verkleinere.

Schwammige Begrifflichkeiten

Aber das Völkische! Dieser Holzhammer wird ja gern geschwungen, wenn sich jemand über Multikultur nicht so richtig zu freuen vermag. Doch auch hier sind die Instrumente des Verfassungsschutzes unscharf. Brodkorbs präzise Analyse führt vor Augen, wie begriffslos der Dienst argumentiert. Der „ethnische Volksbegriff“ ist dem Verfassungsschutz das größte Übel; es verstoße gegen die Menschenwürde, wenn man die Zugehörigkeit zum

deutschen Volk „von ethnisch-kulturellen Merkmalen“ abhängig mache. Man kennt dort offenbar den Unterschied zwischen „ethno-kultureller Identität“ und Staatsbürgerschaft nicht. Dabei bekennt sich das Bundesinnenministerium in einer Broschüre zur regelrechten Förderung der „ethnokulturellen Identität“ – von Auslandsdeutschen. Im Ausland also darf der Deutsche noch Volk sein. Verblüffend.

Mangelhaftes Grundlagenwissen

Offenbar muss so ein Verfassungsschutz nicht über solide historische Kenntnisse verfügen. Dass auch jene Menschen Deutsche seien, die im Zuge des Zweiten Weltkrieges in der DDR oder in Russland gelandet sind, bedeutete, dass sie auf den Schutz der Bundesrepublik setzen konnten. Den hätte es nicht geben können, hätte man sie lediglich als „Staatsbürger“ (der DDR, der SU) betrachtet, denn deutsche Staatsbürger waren sie ja nicht mehr. Deshalb hat das Grundgesetz schon immer zwischen rechtleichem Staatsvolk und ethnisch deutschem Volk unterschieden. Das Grundgesetz verpflichtet im Übrigen auch nicht zu einer Politik, die eine multikulturelle Gesellschaft herbeiführt.

Kurz: Beim Verfassungsschutz wird je nach eigener politischer Neigung geurteilt beziehungsweise danach, was dem Dienstherrn passt.



Mathias Brodkorb: „Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungshelfer der Politik“, zu Klampen Verlag, Springe 2024, Hardcover, 250 Seiten, 25 Euro

PROVINZ PREUSSEN

Eine Folge der preußischen Staatsreformen

Als Vorstufe zur Vereinigung entstand vor 200 Jahren eine Personalunion zwischen den Provinzen Ost- und Westpreußen

VON WOLFGANG REITH

Ab 1618 war der Kurfürst von Brandenburg in Personalunion Herzog in Preußen. Mit Zustimmung des römisch-deutschen Kaisers erreichte der seinerzeitige Kurfürst Friedrich III. schließlich 1701, dass er die Königswürde annehmen konnte. Allerdings galt dieser Titel nicht für die Mark Brandenburg, sondern allein für das außerhalb der Reichsgrenzen gelegene bisherige Herzogtum Preußen. Und da dieses bisherige Herzogtum nur einen Teil Preußens umfasste, durften sich die Hohenzollernherrscher auch nur „König in Preußen“ nennen. Das änderte sich erst 1772, als Friedrich der Große im Rahmen der Ersten Polnischen Teilung das Territorium von Preußen königlichen Anteils – ein autonomer preußischer Ständestaat unter polnischer Krone und deshalb auch Polnisch-Preußen oder Polnisch Preußen bezeichnet – erwarb, zunächst noch ohne die Städte Danzig und Thorn. Mit Ausnahme der beiden genannten Städte herrschte Friedrich nun über das gesamte Preußen, und so wurde aus dem König in Preußen der König von Preußen. Friedrich teilte seinen preußischen Besitz in zwei Provinzen. Bei der Ziehung der Grenze orientierte er sich an der zwischen seinem preußischen Altbesitz im Osten und seiner Neuerwerbung im Westen. Der westliche Teil erhielt per Kabinettsorder vom 31. Januar 1773 den Namen „Westpreußen“, der Ostteil den Namen „Ostpreußen“.

Neue Provinzen entstehen

Mit der Zweiten Polnischen Teilung 1793 kamen auch Danzig und Thorn zum Königreich Preußen, außerdem große Teile der bisherigen Woiwodschaften Großpolen und Masowien, woraus eine neue Provinz unter dem Namen „Südpreußen“ entstand. Im Zuge der Dritten Polnischen Teilung zwei Jahre später (1795) wurde dann aus den neu gewonnenen Landschaften auf dem Gebiet der historischen



Wurde 1824 zum Oberpräsidenten von Ostpreußen ernannt: Theodor von Schön

Foto: cyfrowe_mnw.art

Woiwodschaften Podlachien und Masowien – mit Ausnahme eines Gebietes um Warschau, das Südpreußen zugeschlagen wurde – sowie den bis dahin südpolnischen Kreisen nördlich/rechts der Weichsel per Kabinettsorder vom 20. November 1796 auch noch die Provinz Neuostpreußen geschaffen. Doch der Bestand der beiden letztgenannten Provinzen war nicht von langer Dauer, denn nach der Niederlage Preußens in der Schlacht von Jena und Auerstedt 1806 gingen sie mit Ausnahme von Bjalostok/Bialystok, das Napoleon Russland zuschanzte, in dem von dem Franzosenkaiser im folgenden Jahr errichteten Herzogtum Warschau auf, das bis 1815 existierte.

Mit den Stein-Hardenbergschen Reformen wurde im Februar 1808 Hans Jakob von Auerswald (1757–1833) Generallandschaftspräsident für Ostpreußen, die bisherigen Kriegs- und Domänenkammern wurden in Regierungen umbenannt. Ende desselben Jahres avancierte Auerswald zum Oberpräsidenten der Provinz Preußen, welche Ostpreußen, Westpreußen und Litauen umfasste. Letzteres war die Bezeichnung für den Regierungsbezirk Gumbinnen, der anfänglich „Regierungsbezirk Litthauen zu Gumbinnen“ hieß und auch als Kleinlitauen oder Preußisch Litauen bekannt war. Nach einer weiteren Reform 1810 schaffte man die Oberpräsidentenstellen formell ab, und

Auerswald, der ab 1811 auch den Titel Landhofmeister führte, trat an die Spitze der ostpreußischen Regierung. Die drei Regierungsbezirke Ostpreußen, Westpreußen und Litauen erhielten 1812 jeweils einen Provinzialkommissar als obersten Verwaltungschef.

Nach der Niederlage Napoleons erfolgte erneut eine Reform der Staatsstruktur Preußens, das man nun in zehn Provinzen (unter je einem Oberpräsidenten) und 25 Regierungsbezirke (mit je einem Regierungspräsidenten an der Spitze) einteilte. Zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ernannte der König wieder Auerswald, Oberpräsident von Westpreußen wurde Heinrich Theo-

dor von Schön (1773–1856). Beide waren ab 1814 zunächst kommissarisch im Amt, Auerswald übernahm dann am 30. April 1815 endgültig die Geschäfte, Schön am 1. April 1816.

Aus gesundheitlichen Gründen zog sich Auerswald nach zehn Jahren ins Privatleben zurück. Am 13. April 1824 erhielt er vom König seine offizielle Entlassung. Damit schlug die Stunde des westpreußischen Oberpräsidenten Schön, der seit 1815 regelmäßig die Vereinigung der Provinzen Ost- und Westpreußen angeregt hatte. Und tatsächlich wurde er auf sein Betreiben hin am 23. Juni 1824 als Nachfolger Auerswalds auch zum Oberpräsidenten von Ostpreußen ernannt, womit sein lange gehegter Wunsch endlich in Erfüllung ging.

Schöns Wunsch wurde wahr

Gemeinsamer Verwaltungssitz dieser zusammengesetzten Provinzen wurde Königsberg, wohin Schön noch im selben Jahr auch seinen Wohnsitz verlegte. Handelte es sich zunächst nur um eine Personalunion, so wurden am 3. Dezember 1829 die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen formell zur Provinz Preußen vereint. Schön blieb noch bis 1842 im Amt und wurde auf sein Abschiedsgesuch hin am 3. Juni jenes Jahres entlassen. Übrigens war Schön seit 1802 in erster Ehe mit Lydia von Auerswald (1785–1807) verheiratet und damit ein Schwiegersohn seines ostpreußischen Amtsvorgängers Hans Jakob von Auerswald.

Der Provinz Preußen war kein langer Bestand beschieden, denn nach etwas mehr als einem halben Jahrhundert löste man sie mit Wirkung vom 1. April 1878 – nach einem Gesetz vom 19. März 1877 – wieder auf, und es wurden erneut die eigenständigen Provinzen Ostpreußen (mit Verwaltungssitz Königsberg und den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen) und Westpreußen (mit Verwaltungssitz Danzig und den Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder) gebildet.

EINE GEDICHTAUSWAHL 1944

Voraus Erinnerung an das verlorene Ostpreußen

Gedanken über ein wiederentdecktes Buch aus dem Kanter-Verlag – Wegen NS-Nähe wurde 2022 Heiner-Dikreiter-Weg umbenannt

Was sollte man 1944 in Ostpreußen schreiben? Dass mit den Rückschlägen in Russland der Feind sich der Grenze näherte und eine Katastrophe bevorstand, wurde von Tag zu Tag wahrscheinlicher, aber wer hinter vorgehaltener Hand flüsterte, riskierte längst schon das Standgericht. Offiziell herrschte der Zweckoptimismus: Meiner Mutter, die nahe Posen lebte, erklärte noch Anfang Januar 1945 der Bürgermeister von Eichenbrück/Wongrowitz, die Front werde unbedingt halten.

Das 1944 im Kanter-Verlag Königsberg erschienene Büchlein, über das ich berichten, entzieht sich solchen absurden Beschönigungen. Es ist klein genug für die Westentasche eines Flüchtlings und wohl auch so in den Westen gelangt. Sein Titel lautet „Erinnerung. Eine Auswahl deutscher Gedichte“. Es gibt kein Vorwort – der Titel ist Programm genug. Noch einmal wird angesichts des nahen Untergangs beschworen, was die deutsche Dichtung auszeichnete.

Die Gedichte beginnen mit „Der Säemann“ von Matthias Claudius: Tod und Verwesung benennend, aber auch die Erhebung ins Höhere und Ewige. Es folgen

zwölf bekannte und eher unbekanntes Goethe-Gedichte, in denen es um Ergebung ins Schicksal, um Suche nach Ruhe und Todesstille, aber auch um Hoffnung, Zukunft und mutigen Kampf geht. Daran reihen sich zwei Schiller-Gedichte und fünf von Friedrich Hölderlin, darunter das großartige „Hyperions Schicksalslied“, in dem von den „leidenden Menschen“ gesprochen wird, die das Leben „jahrelang ins Ungewisse hinab“ schleudert.

Zwischen Schicksalsergebenheit, Hoffnung und Mut

Die Romantiker (Novalis, Schlegel, Kleist, Fouqué, Brentano, Kerner, Uhland, Eichendorff mit fünf Gedichten, Lenau, Mörike) bilden einen eher idyllischen Mittelteil mit „linder Trauer“ und „ewigen Gefühlen“, in dem der Morgen die Nachtgespenster vertreibt. Friedrich Theodor Vischer und Friedrich Hebbel bilden den Übergang in einen eher verdüsterten Realismus. „Leben und Liebe vorbei und der Himmel so leer“, so heißt es in Theodor Storms „Über die Heide“, während Gottfried Keller auf „der Freiheit Fechterchar“ und die „Morgenwende“ hofft.

Der melancholische Skeptiker Theodor Fontane sieht „Hoffen, Hassen, Lieben“ schwinden: „Und ist nichts in Sicht geblieben/als der letzte dunkle Punkt.“ Conrad Ferdinand Meyer dagegen nimmt Partei für das Leben: „Die Erde bleibt noch lange jung.“ Den Schluss bilden drei Gedichte kleinerer Poeten: des Badensers Joseph Victor von Scheffel (1826–1886; eine Bootfahrt in Dunkel und Nebel), des Schweizer Heinrich Leuthold (1827–1879; die im Leid tröstende Erinnerung) und des Bayern Karl Stieler (1842–1885). In dessen Gedicht unter dem Titel „Im Sturme“, dem letzten im Buch, geht es um ein alles zerstörendes Leid. Es endet: „Erbarungsloser Sturm, erbarme Dich meiner! Lasse mir meinen Schmerz!“

Auch der Hintergrund des Büchleins ist nicht ohne. Umschlag und Satz wurden gestaltet von dem Graphiker Emil Preetorius (1883–1973), einem der bedeutendsten Buchgestalter und Bühnenbildner Deutschlands. 1942 war er als „Judenfreund“ denunziert und von der Gestapo inhaftiert worden, kam aber auf Intervention Hitlers frei, der ihn für das Theater als unersetzlich ansah. Gestaltet hat Preetorius

den Satz mit einer sehr charaktervollen Frakturschrift. Die Nationalsozialisten hatten mit einem Rundschreiben der Reichskanzlei vom 3. Januar 1941 „im Auftrage des Führers“ solche Frakturschriften verboten. Die „Antiqua-Schrift“ als künftige „Normal-Schrift“ sollte die angeblichen „Schwabacher Judenlettern“ vollständig ersetzen: „Nach und nach sollen sämtliche Druckerzeugnisse auf diese Normal-Schrift umgestellt werden.“

Hier klitterten die NS-Barbaren die Geschichte: Juden war im Mittelalter jede Arbeit in einer Druckerei verboten. Aber nun wollte man als erträumte Weltmacht eine in allen Ländern leicht lesbare Schrift haben. Preetorius wusste sich in seinem künstlerischen Widerstand einig mit dem Herausgeber Otto Dikreiter (1899–1990), der 1928 als Verlagsleiter von Gräfe & Unzer nach Königsberg gekommen war und 1938 in der Graphischen Kunstanstalt den Kanter-Verlag gegründet hatte – benannt nach dem Buchhändler, Drucker, Zeitungsbesitzer, Papierfabrikanten und Lotteriedirektor Johann Jacob Kanter (1738–1786), einem Freund Kants, Herders und Hamanns. Im Kanter-Verlag erschien ein

Buch mit Illustrationen von Renée Sintenis (1888–1966), die als Schöpferin angeblich „Entarteter Kunst“, wegen einer konvertierten jüdischen Großmutter und auch wegen ihres offen antifaschistischen und 1933 als Kunstprofessor entlassenen Mannes, des Malers und Dichters Emil Rudolf Weiß (1875–1942), aus der Akademie der Künste ausgeschlossen wurde und 1941 ein Bronzeverbot erhielt. Otto Dikreiter war der Sohn des SPD-Politikers Heinrich Georg Dikreiter (1865–1947), dessen lesenswerte Autobiographie „Vom Waisenkind zur Fabrik. Geschichte einer Proletarierjugend“ 1914 erschien (Neuaufgabe 1988) und 1933 verboten wurde.

Noch eine Arabeske: Der im Würzburger Stadtteil Sanderau gelegene und nach dem zweiten Sohn H. G. Dikreiters, einem renommierten Maler und Museumsleiter, benannte Heiner-Dikreiter-Weg wurde nach einem Beschluss des Würzburger Stadtrats vom 11. März 2022 wegen Dikreiters Mitgliedschaft in der NSDAP und der Reichskammer der bildenden Künste umbenannt. Heldenhafter Widerstand der Selbstgerechten – mit 90 Jahren Verspätung. Rolf Stolz

● AUFGESCHNAPPT

Unsere Regierung erklärt die Verminderung des CO₂-Ausstoßes („Klimaschutz“) zur Menschheitsaufgabe und ersetzt CO₂-freie Atomkraft durch Kohle und Gas. Sie hält feierliche Reden gegen den Antisemitismus und überschüttet Judenhasser mit Steuergeld und Anerkennung (siehe documenta). Sie verschärft Grenzwerte für alle möglichen, angeblich gesundheitsschädlichen Substanzen bis ins Lachhafte und bezuschusst gleichzeitig Kiffer-Klubs in Kultureinrichtungen. Sie gibt vor, die Demokratie zu schützen, derweil sie in seit 1949 nicht gekannter Weise die Meinungsfreiheit einschnürt. Nun: Eine dieser Meldungen ist falsch. Es ist die mit den Kiffer-Klubs, welche die „FAZ“ am 2. April in die Welt gesetzt hat. Tags darauf stellte das Blatt die Ente als „Aprilscherz“ dar. Na ja, am 2. April sind die eigentlich nicht mehr statthaft. Trotzdem stellen wir uns die bohrende Frage, warum wir nur darauf hereinfliegen konnten. Warum wir die Kiffermeldung so ohne Weiteres für vollkommen glaubhaft gehalten haben. Haben Sie vielleicht eine Idee? H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Groß- und Außenhandel, warnt im „Focus“ (3. April) vor einem gefährlichen Irrweg:

„CO₂-Reduktion durch forcierte Deindustrialisierung ist der falsche Weg. Wir sind für den Rest der Welt nicht das leuchtende Vorbild des Klimaschutzes, sondern das abschreckende Beispiel des Niedergangs.“

Pauline Voss, Jahrgang 1993 Autorin des neuen Buches „Generation Krokodilstränen“, äußert in der „Welt“ (5. April) die Hoffnung, dass die linke „Woke“-Bewegung ihren Höhepunkt überschritten habe:

„Woke ist überall, deswegen ist es nicht mehr cool. Der Bonus der Avantgarde ist weg. Die Gegenbewegung, auch in meiner Generation, ist bereits spürbar. Nur in den Institutionen wird das noch ein paar Jahre länger dauern, da wird man für eine diskursive Vielfalt noch eine Weile kämpfen müssen.“

Der Rechtswissenschaftler Volker Boehme-Neffler erforscht auf „Nius.de“ (5. April), was die Ampel mit ihren Maßnahmen zum „Schutz der Demokratie“ wirklich vorhat:

„Die Demokratie schützen – und ihr gleichzeitig durch zutiefst undemokratische Maßnahmen schaden? Wer soll das glauben? Es geht im Wahljahr 2024 um die Macht. Die Ampel will die AfD mit allen Mitteln von der Macht fernhalten. Es geht nicht zuletzt um die Einschüchterung ihrer potentiellen Wähler.“

Der Regisseur Dietrich Brüggemann zeigt sich in der „Berliner Zeitung“ (30. März) immer noch zutiefst irritiert über die Zwangsmaßnahmen der Corona-Zeit:

„Was da passiert ist, war vollkommen irrsinnig, und das werde ich bis an mein Lebensende auch so sagen. Ich hätte mir niemals träumen können, dass so etwas passiert ... Seitdem ist jedenfalls eine große kritische Masse auf der ganzen Welt ziemlich sauer und schaut sich jetzt sehr genau an, was die Regierungen so machen.“

Susanne Gaschke zieht in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (8. April) einen politischen Schluss aus der explodierenden Zahl der Fälle von Ausländerkriminalität:

„Falls es eines weiteren Beweises bedürft hätte, dass Angela Merkels Satz ‚Wir schaffen das‘ zu den fatalsten Illusionen der bundesrepublikanischen Geschichte gehört, dann ist er erbracht.“

● WORT DER WOCHE

„Haldenwang, der CDU-Mann, betritt das düstere Reich des autoritären Staates und stellt sich selbst in die Tradition der Gestapo.“

Hans-Ulrich Jörges, Ex-Mitglied der „Stern“-Chefredaktion, im Portal „The Pioneer“ am 2. April über Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang

DER WOCHENRÜCKBLICK

Reich durch „Rechts“?

Wie der Rechtspopulismus auf die Wirtschaft wirkt, und wie Konzernlenker den Sozialismus entdecken

VON HANS HECKEL

Endlich haut mal einer auf den Tisch und spricht offen aus, was unser wirkliches Problem ist. Nicht etwa zu hohe Steuern, die überbordende Bürokratie oder der Mangel an Personal belasten die deutsche Wirtschaft am meisten, enthüllt uns Alexander Schirp, Chef der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg, sondern: „Das Standortproblem heißt Rechtspopulismus.“

Wären Sie von selbst darauf gekommen? Ich nicht. Gut deshalb, dass das jetzt raus ist. Schirp will dem größten Problem der deutschen Wirtschaft nicht länger tatenlos zusehen: „Ja. Meinungsfreiheit und Toleranz für Andersdenkende sind elementar“, beteuert er. Doch die AfD stehe „in vielen Punkten quer zu den Grundlagen einer offenen Gesellschaft und den Interessen der Wirtschaft“. Als Beispiele führt er unter anderem an, dass die AfD „die Zuwanderung stark begrenzen“ wolle und den Plan verfolge, „die D-Mark wieder einzuführen“.

Darf ich demnach ab sofort nichts mehr äußern, was nicht zur „offenen Gesellschaft“ oder zu den „Interessen der Wirtschaft“ passt? Nein, nein, Sie können beruhigt sein: Ihre Meinungsfreiheit bleibt auch am Arbeitsplatz garantiert, hat er gesagt. Es sei denn, Sie bezweifeln die Qualität des Euro als alternative Währung oder sie denken offen über eine Begrenzung der ungezügelten Zuwanderung nach. Da hat Ihre Freiheit ihre Grenzen, da ist die Toleranz von Herrn Schirp zu Ende. Über eine Begrenzung der Zuwanderung soll nach der soeben veröffentlichten Kriminalstatistik für 2023 mit den bemerkenswerten Anstiegen bei der Ausländerkriminalität ja tatsächlich hier und da geflüstert worden sein. Nicht zu tolerieren!

Dabei hat Alexander Schirp noch zwei weitere skandalöse Themen übersehen, die wir hier nachreichen. Man sollte den Mitarbeitern auch keinesfalls gestatten, über die Stellung der Rechtspopulisten in anderen europäischen Ländern zu reden. Nur ein paar Beispiele: In Italien und Ungarn führen sie die Regierung an, in den Niederlanden ist Geert Wilders der starke Mann in überaus zähen Koalitionsverhandlungen. Marine Le Pen läuft sich warm, um in ein paar Jahren französische Präsidentin zu werden. Die „Brandmauer“ ist ein äußerst deutsches Bauwerk, das in Rest-Europa seinesgleichen ver-

geblich sucht. Denn praktisch überall gehören die Rechtspopulisten längst ganz selbstverständlich zum Konzert der Parteien, es wird mit ihnen geredet, verhandelt und teilweise sogar gemeinsam regiert. Was, wenn das in den Betrieben von Berlin-Brandenburg die Runde macht?

Zudem sollte man seinen Angestellten verbieten, europäische Wirtschafts-Statistiken zu lesen. Es ist ausgerechnet das Brandmauer-geschützte Deutschland, das die rote Laterne in der Konjunktur-entwicklung der EU-Volkswirtschaften hält. Sämtliche Rechtspopulismus-offenen oder sogar von jenen dunklen Gestalten regierten Nationen sind an uns vorbeigezogen. Wer unbedingt einen direkten Zusammenhang zwischen der Behandlung des Rechtspopulismus und dem wirtschaftlichen Wohlergehen eines Landes sehen will, der muss zu einem entsetzlichen Schluss kommen: Rechtspopulismus müsste, wenn man es wirklich so simpel betrachtet wie Alexander Schirp, kein Standortproblem, sondern ein Standortvorteil sein.

Es ist schon tragisch, mit anzusehen, wie da jemand auf seiner eigenen ideologischen Schleimspur ausrutscht. Aber das macht eigentlich nichts. Schirp hat bewiesen, dass er auf der richtigen Seite steht. Das allein wird ihm von der Politik ganz bestimmt hoch anrechnet. Da ist es völlig gleich, was für einen Blödsinn er redet.

„Wirtschaftskapitäne“ wandeln sich

Die Nähe zur etablierten Politik scheint für Wirtschaftsvertreter ohnehin immer wichtiger zu werden. Eine frühe Sternstunde dieser Annäherung bereitete uns der damalige Daimler-Chef Dieter Zetsche, als er im Herbst 2015 angesichts der jähren Massenzuwanderung von einem neuen Wirtschaftswunder schwärmte, das diese vielen neu Hereingeschnitten in Deutschland auslösen würden. Nun ja, wir wollten jetzt eigentlich nicht gleich wieder in der Kriminalstatistik herumbohren, aber „gewundert“ haben sich die Deutschen dann doch auf eine etwas andere Weise. Und das nicht erst jetzt, sondern schon wenige Wochen nach Zetsches Bonmot angesichts der Silvester-Exzesse von Köln und anderswo.

Unser Bild vom Wesen der „Wirtschaftskapitäne“, wie man sie früher respektvoll nannte, scheint mit der Wirklichkeit von heute nur noch teilweise übereinzustimmen. Das Bild wurde geprägt in der Zeit des wirklichen

Wirtschaftswunders. Damals bestand die Kunst des Unternehmers darin, sich den möglichen Kunden ganz genau anzusehen, um herauszubekommen, was dem wohl gefallen könnte. Dann hat er das produziert, auf den Markt gebracht und dort gewinnbringend verkauft – vorausgesetzt, er hat am Anfang richtig hingeguckt. Wenn nicht, hat er eben Pech gehabt

Heute geht das ganz anders: Weil die Kunden ohne staatliche Prämie keine E-Autos mehr wollen, bieten ihnen die Konzerne eben nicht einfach wieder Verbrenner an, wie sie der Konsument offenbar haben will. Nein, VW-Chef Oliver Blume fordert im Interview mit dem NDR stattdessen eine „vielseitige Unterstützung“ durch die Politik. Das seien „verbindliche Regelungen, das sind angemessene CO₂-Ziele, das ist Unterstützung der Ladeinfrastruktur. Und das sind auch Förderungen ...“ Er warnt davor, am geplanten Verbrenner-Aus im Jahre 2035 zu rütteln. Man dürfe die Elektromobilität nicht infrage stellen, sondern brauche einen „Konsens in der Gesellschaft“ für das E-Auto.

Fassen wir zusammen: Verbindliche Regelungen statt freier Entscheidung des Kunden, was er haben will, „Konsens in der Gesellschaft“ statt Technologie-Offenheit, per Steuergeld finanzierte Zuschüsse statt am Markt erkämpfter Gewinne aus freiwillig vom Kunden bezahlten Kaufpreisen – viel sozialistischer kann es nicht mehr werden aus dem Mund eines Konzernlenkers, der immer noch in einer angeblichen Marktwirtschaft operiert.

Was sagt eigentlich die FDP als vorgebliche Wirtschaftspartei und Anwältin des freien Marktes zu solchen Abwegen? Ach, die hat momentan ganz woanders zu tun, und damit meine ich nicht den dauernden Ampelzwist. Parteichef Lindner spricht vor tollen Ideen. Ausländische Fachkräfte will er mit Steuerprivilegien ins Land locken. Gleichzeitig spricht der Finanzminister davon, dass man den Deutschen wieder mehr „Lust auf Überstunden“ machen müsse. Soll wie aus einem Guss klingen, dürfte bei den Beschäftigten aber trotzdem nur mittelgut ankommen. Wie die sich wohl fühlen, wenn man ihnen einerseits ankündigt, sie wegen ihres bisherigen Wohnorts steuerlich benachteiligen zu wollen, um sie im selben Atemzug zu ermuntern, doch mal mehr zu arbeiten? Oder fragen wir besser – frei nach Holger Fuß: Vielleicht will die FDP gar nicht, dass es sie gibt?

Es ist schon tragisch, mit anzusehen, wie da jemand auf seiner eigenen ideologischen Schleimspur ausrutscht



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de